



**ANARCHISTISCHE BEITRÄGE
ZUM ERSTEN MAI
BERLIN 2013**

Inhalt

Vorwort 4

Dossier 1.Mai – Aufrufe/Diskussionen/Nachbereitung

Davor

Der 1. Mai und eine anarchistische Perspektive darauf	8
Anarchistischer Aufruf zum 1.Mai	10
1.Mai – überholtes Ritual oder nötiger Widerstand?	11
Haymarket! Für einen anarchistischen 1. Mai in Berlin	13
Kooperation mit den Bullen statt out of control	14
Nie wieder Löschpapier	16
Aufruf zum anarchistischen Block am 1. Mai	24
1. Mai - Nicht alle Wege führen zur Revolution / Aufruf / Diskussion	25
Unangemeldete Demonstration am 1. Mai	28

Danach

1.MAI - eine AUSWERTUNG	30
Unser Eindruck - Schmierblatt - Wandzeitung – Kommunique	32
Agonie und Hoffnung	34
Die Wege, die wir gehen....	37

Momente des Angriffs

Scherbendemo	41
Vom Grollen der Vulkane in den Metropolen: 1. Mai verlängert	42
Lohnarbeit du seist verdammt, Feuer und Flamme fürs Arbeitsamt!	46

Gedanken und Ideen für ein Ende des Bestehenden

Warum und wie kämpfen wir	49
Sind wir im sozialen Krieg?	53
Mietenkämpfe, Zwangsräumungen, Widerstand	60
Die Freiheit die wir meinen...	70

Vorwort

Brüche.

Das sind bewusste Einschnitte und Lossagungen, die wir als AnarchistInnen als notwendig empfinden. Um mit dem Bestehenden zu brechen, um neue Wege gehen zu können, um die Risse des kapitalistischen Alltags zu öffnen. Damit wir mit unseren Ideen und Praxen der Selbstorganisation und der gegenseitigen Hilfe experimentieren können. Für eine Welt, die wir in unseren Herzen tragen und durch unsere alltäglichen Angriffe zu verwirklichen versuchen.

Angriff heißt aber nicht nur eine direkte Aktion gegen die StellvertreterInnen der Ausbeutung auszuführen oder den wirtschaftlichen Fluss durch Sabotage temporär aufzuhalten. Angriff heißt auch unsere Beziehungen zu vertiefen, sich auseinanderzusetzen, auf andere Menschen zuzugehen, mit ihnen in Berührung zu kommen, Kritik auszuüben und Solidarität zu ermöglichen. Brüche können wir durch die Schärfe unserer Kritik und Selbstkritik erreichen. Dort wo sich kontroverse Diskussionen entwickeln, entstehen auch Risse.

Mit Brüchen meinen wir nicht nur die, die wir zwischen uns und der kapitalistischen Realität erreichen wollen, sondern auch die Momente, wo wir innerhalb einer Bewegung Kritik formulieren, sowohl theoretisch als auch praktisch, die darauf zielt unseren Angriff in seiner Allgemeinheit zu verbessern. Denn ein Angriff kann auch als ein Versuch verstanden werden Rituale, Traditionen und die Reproduktion des Spektakels zu unterbrechen, die in der eigenen Umgebung aufrecht erhalten werden.

Wir denken, dass in den letzten Jahren viele dieser Einschnitte auf unterschiedlichste Weise stattgefunden haben und dass die Zeit, in der wir gerade leben, doch viel interessanter ist, als viele zu denken scheinen. Wenn jüngst auf der ganzen Welt ein zunehmender Untergang einer bestimmten Art des autoritären Denkens und Handelns innerhalb der aufblühenden sozialen

Bewegungen festzustellen und die Verbreitung einer diffusen libertären Attitüde zu begrüßen ist, dann bleibt auch hier in Berlin – und in Deutschland - nicht unbedingt alles beim Alten. Eine vage Selbstorganisation von Menschen, die sich als AnarchistInnen begreifen, macht sich bemerkbar. Das geschieht manchmal durch die Veröffentlichung von Texten und Plakaten, manchmal durch das militante Eingreifen innerhalb der Kämpfe, die hier geführt werden. Manchmal aber auch durch die Versuche Einiger neue Wege zu gehen und zum Teil unangenehme Fragen an die Bewegung zu stellen, inwiefern wir unsere Angriffe begreifen und fortführen wollen. Wenn AnarchistInnen sich sonst eher den Aktionen und Demonstrationen der anderen Teile der Bewegung angeschlossen und versucht haben dort ihre Kritik einzubringen, stellen wir unlängst fest, dass es nicht nur dabei bleibt.

Anhand bestimmter Ereignisse wurde versucht, nicht bloß im Schatten anderer zu bleiben sondern eigene Akzente zu setzen, indem man eigenständig Momente der Auseinandersetzung bestimmt hat. Wir hinterfragen das klassische Konzept der üblichen Gruppen, wollen uns diesem nicht einfach so anschließen, wie es viel zu lange geschehen ist, sondern versuchen unsere eigenen Wege zu gehen. In diesem Zusammenhang möchten wir an die Ereignisse um den 10. Todestag von Carlo Giuliani im Juli 2011 oder an die Mobilisierungen gegen den jährlich stattfindenden Polizeikongress erinnern, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Mögen diese Wege von vielen Widersprüchen begleitet sein tragen sie doch das Potenzial Auseinandersetzungen zu eröffnen, die wir als unabdingbar betrachten.

Beispielsweise diskutieren wir seit geraumer Zeit darüber, wie wir wieder unangemeldete Demonstrationen durchführen können – jenseits von den klandestin organisierten Mob-Aktionen - mit dem Ziel selbstbestimmt zu sein und ohne die Feinde nach Erlaubnis fragen zu müssen. Es wurden Konzepte ausgebaut und neu erkundet,

die eine Antwort gegen das Organisationsniveau unserer Gegner darstellen können – damit meinen wir eine begrüßenswerte Erhöhung von dezentralen Konzepten. Bestimmte Ereignisse wurden mit Plakaten und Flyern begleitet, die den Sinn und Zweck zu vermitteln versuchten, manchmal nicht nur vor sondern auch nach Aktionen. Denn wenn wir es ablehnen unsere Ideen durch die Massenmedien „vermitteln“ zu lassen und anstelle dieser die direkte Kommunikation suchen, kann solch eine Anstrengung in ein Schritt in die richtige Richtung sein. Wir wissen aber auch nur zu gut, dass die Kluft zwischen unseren Ansprüchen und der Realität noch viel zu groß ist...

Wir möchten den Erfolg dieser Aktionen – entgegen der Logik der Effizienz – nicht daran beurteilen wie viel Sachschaden verursacht wurde oder ob die „Massen“ gefolgt sind. Vielmehr geht es uns um das Experiment, inwiefern wir unser Verlangen leben können, wie unsere Kritik wahrgenommen wird und wie wir in die stattfindenden Kämpfe qualitativ eingreifen können. Die Qualität dieses Eingreifens lässt sich sowohl an dem Prozess bemessen, den wir auslösen, indem wir uns organisieren, als auch an den Diskussionen, die wir unter uns und mit allen Anderen, die unser Eingreifen wahrnehmen (wollen), führen.

Die Ereignisse um den ersten Mai diesen Jahres sind ein weiterer Beitrag innerhalb dieses Prozesses. Seit Jahren beklagen Viele seine Ritualisierung und seine Verabschiedung von einem Moment des aufständischen Festes, aus dem er einst - zumindest hier in Berlin - entstand. Er reiht sich nun vielmehr in die Agenda der traditionellen Termine der „Bewegung“ ein, während jegliches explosive Potenzial auf der Strecke bleibt. Zunehmend wurde er zu einem Tag, an dem bestimmte Gruppen Werbung für sich machen können. Ein Prozess der dieses Jahr „qualitativ“ durch ein gefilmtes Interview des „Vice Magazines“ mit einigen „Linksradiakalen“ einer bestimmten Gruppe zusätzlich einen weiteren Sprung nach hinten gemacht hat. Eine Inszenierung bei der durch die Anwesenheit der „Massen“ das Gefühl entstehen kann Speerspitze irgendeiner Bewegung sein zu können um vermeintliche Winterpaläste zu stürmen.

Die Stimmen derjenigen, die diese Kritik schon lange hatten, blieben oft stumm oder man schaffte es in manchen Jahren einige Akzente zu setzen, indem die Demonstrationen eine andere Richtung als sonst genommen haben. Die Frage blieb und bleibt jedoch auch dann, inwieweit man dadurch bloß ein Teil des von anderen vorbereiteten Spektakels gewesen ist. Das ist eine Kritik, die sicherlich nicht nur AnarchistInnen formulieren, sondern weit außerhalb unserer Zirkel verbreitet ist. Es ist insofern ein kleiner Erfolg, dass nach der endgültigen Blamage in 2012 dieses Mal versucht wurde, an diesem Tag andere Konzepte auszuprobieren.

Die anarchistische Präsenz im Vorfeld und während der Demonstration selbst hat unserer Meinung nach Potenzial und betrachten wir diese mit nüchternem Blick, wünschen wir uns für die Zukunft mehr Entschlossenheit und mehr Inhalte bei möglichen anarchistischen Blöcken. Wir sehen vor allem den Diskussionprozess als positiv, der im Vorfeld ausgelöst wurde. Es wurden erstaunlicherweise viele Beiträge niedergeschrieben und veröffentlicht. Aus unterschiedlichen Richtungen wurden Fragen aufgegriffen, die auch uns sehr am Herzen liegen.

Wir sehen dies als einen Impuls in die Richtung, die wir gehen wollen. Sicherlich finden wir uns in manchen Veröffentlichungen nicht wieder, die niedergeschrieben worden sind. Sei es aufgrund ihres Inhalts oder dem Ton der Kritik. Trotzdem begrüßen wir diesen Prozess, eben weil wir kontroverse Diskussionen mögen, die oben genannte Brüche verursachen können.

Viele haben sich durch diese Kritik angegriffen gefühlt: Wir denken, ja, Kritik ist immer eine Art von Angriff gegen irgendetwas, das uns nicht passt. Der Unterschied ist, wie wir sie formulieren.

Und natürlich gibt es auch Beiträge einiger Gruppen, die jene Ereignisse zu hoch schätzen und sich abfeiern, ohne genug Selbstkritik auszuüben. Eine Balance wäre wünschenswert, in der wir auch unabhängig vom ersten Mai nicht vergessen dürfen, dass wir - und nicht immer nur die Anderen - eine Verantwortung tragen, wenn die Dinge mal nicht so laufen, wie wir sie gerne hätten. Wir denken, dass es wichtig ist mit den eigenen Konzepten zu experimentieren und

dabei keine Angst zu haben zu scheitern: Dabei lernen wir immer wieder eine ganze Menge. Denn es geht uns in diesen Zeiten der Verzweiflung nicht um den Aufbau eines „Abkottz-Zirkels“, sondern um die Schaffung einer antagonistischen Perspektive.

Und natürlich ist uns klar, dass nach wie vor niemand die richtige Formel besitzt, um das System zu stürzen. Deshalb erkennen wir uns auch in der Vielfalt der unterschiedlichen Absage gegen die kapitalistische Normalität. Jenseits konstruierter Etiketten, Identitäten und Autoritäten, die dazu dienen uns voneinander zu trennen.

Dennoch geht es uns nicht darum, dass wir zahlenmäßig mehr AnarchistInnen werden, sondern dass wir Anarchie verbreiten.

Ein weiteres großes Manko, das oft Gift unter GefährhtInnen verbreitet, ist die Verlagerung notwendiger Debatten auf eine rein virtuelle Ebene. Die Freude sich während einer Versammlung auseinanderzusetzen, auszutauschen, neue GefährhtInnen zu entdecken und sich auch heftig zu streiten, nimmt mehr und mehr ab und lässt den Platz für all diejenigen offen, deren politische Auseinandersetzung vor dem Rechner stattfindet. Durch ihre Anonymität - die allerdings nicht gegenüber dem Repressionsapparat besteht - können sie Angriffe gegen Andere lancieren und dabei Konflikte entstehen lassen, die uns eher ablenken als nach Vorne bringen. Unserer Meinung nach können diese durch die Wiederetablierung punktueller Versammlungen mindestens zum Teil bekämpft werden. Es gilt das Gleiche wie bei der direkten Kommunikation jenseits der Massenmedien: Kommunikation unter Mitkämpfenden, die Angesicht zu Angesicht stattfindet, ist unabdingbar und darf nicht durch die virtuelle Ebene ersetzt werden.

Dies alles gesagt und sich dem Drahtseilakt zwischen Euphorie und nüchterner Erkenntnis hingeben zu haben müssen wir festhalten, dass sich innerhalb dieser Diskussionen niemand immer hinter dem Mantel der „unsolidarischen Kritik“ verstecken kann und dabei vieles klein oder tot redet. Die radikalen Bewegungen wurden immer durch heftige Diskussionen begleitet, die sie oft gestärkt haben - die Logik des „Friede, Freude, Eierkuchen“ hat uns im Gegensatz

nie weiter nach Vorne gebracht. Wenn wir das Gefühl haben, dass irgendwelche Gruppen oder Individuen z.B. unsere Bestrebungen für ihren Zweck instrumentalisieren; wenn wir denken, dass eine gewisse Art der politischen Handlung eher in die Hände unserer Feinde spielt; wenn wir denken, dass bestimmte Konzepte und Ideen unser Handeln eher bremsen oder zurückdrängen, dann sollten und müssten wir es benennen können.

Durch all diese Gedanken animiert veröffentlichen wir diese Broschüre. Der Schwerpunkt dieser liegt auf der einen Seite darin, der stattgefundenen Diskussion den Platz einzuräumen, den sie unserer Meinung nach verdient und sie für alle Interessierten zugänglich zu machen. Auf der anderen Seite wollen wir der anarchistischen Selbstorganisation in Berlin mehr Aufmerksamkeit schenken. Allein schon weil der Großteil der Beiträge von AnarchistInnen verfasst wurde. Weiterhin sind Erklärungen von Aktionen enthalten, die einen klaren Bezug zum ersten Mai in Berlin aufzeigen und einen praktischen Ausdruck des zerstreuten und dezentralisierten Angriffs darstellen.

Schließlich sind es auch Texte, die wir inhaltlich spannend finden und sich mit vielen der Fragen beschäftigen, die auch die unseren sind. Wenn wir unsere Energie und Zeit in dieses Projekt stecken, dann nicht um uns punktuell jedes Jahr am ersten Mai abzuarbeiten, sondern um die Zirkulation der Ideen zu ermöglichen, welche die Mobilisierung begleiteten und die uns auch für andere Kämpfe, in denen wir involviert sind, nützlich sein könnten - seien es die Interventionen gegen die Zwangsräumungen, gegen die Asylpolitik oder gegen die Polizeigewalt.

Wir wünschen uns, dass diese angerissene Diskussion ein Ansporn ist um mehr Menschen zu motivieren, ihre Ideen zu formulieren und sich aktiv an zukünftigen Diskussionen zu beteiligen. Wir sind uns sicher, dass Manche sich gewünscht hätten, dass eine solche Diskussion schnell in Vergessenheit gerät. Jene müssen wir leider enttäuschen.

Wir haben Lust die Debatte fortzuführen.



Der 1. Mai und eine anarchistische Perspektive darauf

Dieser Text soll uns allen noch einmal ins Gedächtnis holen, welche Geschichte der 1. Mai als internationaler Feiertag hat, und, dass in der Entstehung dieses Tages ein Stück anarchistischer Historie zu finden ist. Wir möchten mit diesem Beitrag versuchen unsere Teilhabe an diesem einen Tag der Auflehnung zu begründen und noch einmal mehr das Bewusstsein für ihn schärfen. Auch und gerade deshalb erscheint es uns wichtig uns mit dem Entstehungstag 1886 auseinander zu setzen und auf eben dessen Geschichte verweisen. Dieser Text erzählt allerdings 'nur' die Geschichte der Haymarket Ereignisse, er lässt die weiteren 127 Jahre Geschichte rund um den 1. Mai außen vor, welche durchaus auch anarchistische Motivationen beinhalten.

Die Haymarket Affäre

Die Ursprünge des 1. Mai liegen in den USA. In den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts kamen mit der Einwandererwelle aus Europa viele in ihrer Heimat verfolgte Sozialist_innen und Anarchist_innen in die USA. Während der Neuorganisierung der nordamerikanischen Arbeiterbewegung spielten sie eine wichtige Rolle. Anarchist_innen wollten damals wie heute eine Gesellschaft ohne Herrschaft des Menschen über den Menschen aufbauen. Vor allem in Chicago, eines der großen Industriezentren, wurden sie zur treibenden Kraft der Arbeiterbewegung. Viele Gewerkschaften und Zeitungen wurden von ihnen ins Leben gerufen.

Bereits in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts wurden von Anarchist_innen und Sozialist_innen die Forderung nach einem 8-Stunden-Tag in den USA aber auch in sämtlichen Ländern auf dieser Welt, erhoben. 1884 wurde die Forderung auf dem „All- Unions Day“ der Gewerkschaften erneut gestellt und eine landesweite Kampagne beschlossen. Durch eine großangelegte Strei-

koffensive und einen landesweiten Generalstreik am 1. Mai 1886 sollte der 8-Stunden-Tag endgültig durchgesetzt werden. Anarchist_innen wurden, wie ein Chronist der Arbeiterbewegung schrieb, zum Motor und revolutionären Spitze der gesamten Bewegung.

Am 1. Mai 1886 wurde der Generalstreikaufruf von 350.000 Arbeiter_innen befolgt, davon 40.000 aus Chicago. Unternehmen setzten Streikbrecher, Polizei und privat angeheuete Söldnertruppen gegen die Streikenden ein. Am 3. Mai fand in der Nähe der Landmaschinenfabrik McCormick eine Massenveranstaltung der Holzarbeitergewerkschaft statt. Die Polizei überfiel die Versammlung und erschoss 4 Arbeiter. Einen Tag später versammelten sich aus Protest darüber tausende auf dem Chicagoer Haymarket. Als die Versammlung begann sich aufzulösen, wurde sie von einer Polizeieinheit angegriffen. Augenblicke später detonierte eine Bombe, die von einem Unbekannten geworfen wurde. Bis heute ist nicht geklärt, ob es sich um einen "Provokateur" handelte. Die Polizei eröffnete sofort das Feuer auf die fliehenden Männer, Frauen und Kinder. Der ganze Platz war von Leichen übersät.

Da auch sieben Polizisten getötet wurden, hatten Staat und Unternehmer nun endlich einen Vorwand um gegen die Arbeiter_innenbewegung vorzugehen. Hunderte von Arbeiter_innen, egal ob aus anarchistischen, sozialistischen oder kommunistischen Kreisen, wurden verhaftet. Den prominentesten Anarchisten wurde wegen der Haymarket Vorfälle der Prozess gemacht. Obwohl nachgewiesen war, dass keiner der Angeklagten die Tat hätte begehen können, wurde gegen sie ein Schauprozess eröffnet. Da es keine Beweise für die Mordanklage gab, hieß es danach, sie seien an einer Verschwörung beteiligt gewesen und hätten Artikel verfasst, in

denen zum Umsturz der bestehenden Verhältnisse aufgerufen worden sei. Damit seien sie verantwortlich für die Tat, da sie die Täter_innen inspiriert hätten. Am 20. August 1886 wurden Todesurteile gegen die Angeklagten verkündet. Die Schlussreden der Verurteilten wurden als "Anklagen der Angeklagten" weltberühmt. Sie waren ein Manifest gegen die Ausbeutung und für eine freie, menschliche Gesellschaft ohne soziale Ungerechtigkeit.

Die vier Anarchisten Parsons, Engel, Fischer und Spiess wurden am 11. November 1887 gehängt. Ein weiterer Anarchist, aus Deutschland in die USA eingewandert, Louis Lingg beging einen Tag vor seiner Hinrichtung vermutlich Selbstmord. Linggs Worte zu dem gesprochenen Todesurteil...

„Ich sterbe glücklich am Galgen, denn ich bin überzeugt, dass die Hunderte und die Tausende, mit denen ich gesprochen habe, sich meiner Worte erinnern werden. Wenn sie uns erhängt haben, erst dann werden sie das Bombenwerfen erledigen. In dieser Hoffnung sage ich ihnen: Ich verachte Sie, ich verachte Ihren Auftrag, Ihre Gesetze, Ihre Gewaltherrschaft. Hängen Sie mich dafür.“

Die anderen Angeklagten wurden zu Haftstrafen verurteilt und nach 7 Jahren, ebenso wie die Hingerichteten vom neuen Gouverneur für unschuldig und zu „Opfern eines Justizmordes“ erklärt.

Die Demonstrationen am 1. Mai, die in der Folge des Haymarket Massakers, überall auf der Welt abgehalten wurden, waren in Spanien am stärksten. Der 1. Mai 1890 bildete dabei den Auftakt zur bis dahin größten europäischen Streikwelle, die erst am 8. Mai in seiner Allgemeinheit für beendet erklärt wurde.

Für ein besseres Verständnis was wir in diesem Tag sehen...

Die Anarchist_innen in Chicago sind nicht für die Arbeit gestorben und noch weniger für die 40 Stunden Woche. Sie wollten die Gesellschaft abschaffen und diese bis zu den Wurzeln vernichten, um eine neue Welt aufzubauen. Mit dem Kampf für den 8 Stunden Arbeitstag war der Versuch unternommen worden, den Ar-

beitszwang auf eine würdevollere Bezahlung und weniger Ausbeutung der Arbeiter_innen hin zu verändern. In den Prozessen dieses Arbeitskampfes fanden hohe Selbstorganisation der Arbeiter_innen und eine generelle Auflehnung gegen die Unterdrückung des Kapitals statt. Niedergeschlagen wurde diese Selbstorganisation durch massive Repression mit Todesfolgen. Wir sehen also mehr als nur den reformerischen Kampf für besser Arbeitsbedingungen in dieser Phase. Wir sehen auch eine Auflehnung gegen die bestehenden Verhältnisse, die Missstände sowie die Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen durch die Herrschenden und das Kapital.

Daher wollen wir den ersten Mai als den Tag gegen die Arbeit und 'unser' gesellschaftliches Konzept von Arbeit und Konsum feiern und dementsprechend agieren.

Alte, abgelaufene Parolen und langweilige, ritualisierte Demonstrationen ziehen durch die Straßen, um den Herrschenden zu zeigen, dass 'Wir', als die Massen kontrolliert sind und auf ihr Regelwerk gehorchen. Wir, die Menschen, die in dieser Gesellschaft leben wissen nicht was Freiheit ist. Genauso wenig wie ein Löwe, der im Zoo aufwächst und stirbt, niemals die Freiheit sehen wird und daher nicht wissen kann was Freiheit ist. Es bleibt uns nur das Streben danach, das Kämpfen dafür....

Natürlich kann es ein Leben ohne die klassische Lohnarbeit geben. Durch die bewusste radikale Aktion der Enteignung der Waren z.B. durch Diebstähle, oder auch die Besetzung von leerstehenden Häusern, mit dem Versuch „freie“ Räume zu schaffen, um diese als Ausgangspunkt direkter Aktionen und Selbstverwaltung zu nutzen.

Wir sind Feinde von Unterdrückung, Konsum und Gehorsamkeit und deswegen auch Feinde der Arbeit. Wir wollen leidenschaftlich Zeit und Arbeit in Dinge investieren, die uns interessieren oder die wir als notwendig erachten. Das kann und wird innerhalb der Logik des Kapitalismus nicht realisiert werden. Und selbst falls ein Individuum in dem ausgeübten Job seinen persönlichen Interessen nachgehen kann, ist diese

Person in der Zwangsjacke der Lohnsklaverei gefesselt.

Der erste Mai ist für uns eine Feier der Konflikte mit dieser Gesellschaft. Er ist für uns eine Feier gegen die Arbeit und gegen die Warenlogik dieser Gesellschaft. Denn diese uns aufgezwungenen Ketten, lassen nicht zu, dass wir frei leben, solange wir uns nicht von ihnen befreien.

Wir hassen die Logik dieser durch Arbeitswahn

geprägten Gesellschaft!

Wir wollen keine Chefs, Politiker_innen oder Vertreter_innen!

Wir kämpfen für Freiheit, Eigenverantwortlichkeit, Selbstorganisation und Kollektivität!

Dieser Staat und die Menschen die ihn unterstützen kotzen uns an! Tot allen Staaten!

Für die Anarchie!

Anarchistischer Aufruf zum 1.Mai

Wir stellen keine Forderungen – auch nicht am 1.Mai. Die Hoffnungen auf Veränderungen, die mit dem Austausch von Argumenten auf der Ebene einer gleichberechtigten Diskussion beginnen, sind schon lange verflogen. Von den herrschenden Parteien, Eliten und bürokratischen Apparaten, von der Wirtschaft und ihren ideologischen Wegbereitern, wird ihr Anspruch auf unsere Zukunft scheinbar unveränderlich in Beton gegossen.

Bestimmte Viertel in Berlin werden in absehbarer Zeit frei sein von Hartz 4 BezieherInnen und Menschen mit geringem Einkommen.

Die Stadt wird mit einem immer dichteren und subtileren Netz von Sicherheitsmaßnahmen überzogen, mehr Bullen, mehr Kameras, mehr Quartiersmanagement, mehr private Securitys und mehr Aufrufe zur Denunziation.

Der seit dem Jugoslawien Überfall 1999 fast ununterbrochene Krieg Deutschlands wird zu einem Dauerzustand. Die Bundeswehr schießt täglich irgendwo auf der Welt, ein Kampf mit wechselnden Gegnern und Einsatzgebieten wie in Orwells Buch „1984“.

Rassismus, Leistungszwang und Konsum sind die einzigen „Werte“, die der Staat vertritt und über Schule, Medien und Beamte versucht seinen Insassen einzupflegen.

Der 1.Mai hat seine Bedeutung in Berlin zunächst aus dem Aufstand der KreuzbergerInnen 1987 und auch noch 1989 geschöpft, danach wurde dieser Tag hauptsächlich von Medien und Innensenatoren als Schreckgespenst an die Wand gemalt, manchmal zur Projektionsfläche für linke Grabenkämpfe, meistens Schauplatz

mehr oder weniger gelungener Auseinandersetzungen mit einer hochgerüsteten Polizeiarmee aber selten noch ein gemeinschaftliches Zusammenkommen und über den Tag hinaus wirkendes Zuschlagen von staatsfeindlichen oder frustrierten Menschen, die den Alltag in dieser Stadt unerträglich finden.

Die gute Nachricht: Während in den letzten Jahren die sogenannten „demokratischen Akteure“ noch gelegentlich Zivilgesellschaft und Opposition spielten, indem sie Demos gegen Sozialabbau, Montagsdemos, Antikriegsdemos oder Volksbegehren gegen Mediaspree als Ventil für die Unzufriedenen anboten, haben sie inzwischen jede Tätigkeit eingestellt. Die Herrschaft fühlt sich so sicher, dass sie auf den inszenierten Streit mit Parteien im Abgeordnetenhaus verzichtet und Gewerkschaften und Sozialverbände ihren rituellen Scheinwiderstand vergessen haben. Alle sind satt und bilden die große Koalition der Vernunft, kein Thema polarisiert die „VolksvertreterInnen“.

Dieser Zustand ermöglicht Raum für Angebote an diejenigen, die entweder von den Zwängen des Systems, wie Verdrängung aus dem Kiez oder beschissenen Jobangeboten vom Amt betroffen sind sowie natürlich an alle, die nur auf eine Gelegenheit warten um gegen die Unerträglichkeit einer sinnentleerten Knastgesellschaft vorzugehen.

Unser Angebot am 1.Mai in Kreuzberg ist ein anarchistischer Block – oder damit es sich nicht so abgrenzend anhört – Mob, Haufen oder Zusammenrottung von Individuen und Gruppen, mit dem Ziel sich diesen Tag nicht von den Bullen

diktieren zu lassen und Kommunikationsformen für andere Tage und Situationen auszuprobieren.

Die anarchistische Präsenz auf dieser Demonstration wird ihre TeilnehmerInnen nicht in sinnlos riskante Situationen bringen, wie zum Beispiel im letzten Jahr vor dem Jüdischen Museum oder bei den jährlichen Massenfestnahmen abends am Kotti. Wir sind der Mob, der weder Vorkon-

trollen noch Alkohol auf dieser Demo braucht und wir suchen nicht den Krawall um jeden Preis. Vielleicht laufen wir auch nicht jede Route bis zum Ende mit. Wir unterstützen den Aufruf des Bündnisses, wenn wir auch in einigen Punkten andere Prioritäten setzen.

Haltet die Augen offen wenn ihr uns auf der Demo finden wollt!

1.Mai – überholtes Ritual oder nötiger Widerstand?

Liebe Kreuzbergerinnen und Kreuzberger, in einigen Tagen wird unser Kiez wieder zum Aufmarschgebiet Tausender Polizisten und Schauplatz einer Demonstration, die entweder als „revolutionär“ oder als „sinnentleertes Gewaltritual“ bezeichnet wird. Der Berliner Senat und der Bezirk haben in der Vergangenheit weder Kosten noch Mühen gescheut um den 1.Mai zu entpolitisieren und die Demonstrierenden als „betrunkene Chaoten“ zu diskreditieren.

Dazu wurde mit dem Myfest eine Fress- und Saufmeile erfunden, die Weihnachtsmarkt, Karneval und Love Parade vereint und den BesucherInnen das Gefühl einer politischen Party geben soll, obwohl sie nur als Deckungsmasse für die in den Höfen stationierten Polizeihundertschaften instrumentalisiert werden.

Zugegeben, die Ereignisse am 1.Mai waren in den letzten 26 Jahren nicht immer erfreulich. Betrunkene haben idiotische Sachen gemacht und so manch zerstörtes Auto war überflüssig. Allerdings hat sich der in den Medien beschriebene Krieg der Autonomen gegen die AnwohnerInnen nur in den Hirnen der Zeitungsredaktionen abgespielt. Immer haben auch Menschen, die in diesem Kiez wohnen, sich an den Auseinandersetzungen beteiligt, die früher auch von einer Mehrheit unterstützt wurden.

Ohne die Entwicklung dieses Tages bis ins Detail analysieren zu wollen, ist es natürlich so, dass Krawalltouristen hinzugekommen sind und KiezbewohnerInnen durch die Mietentwicklung verdrängt wurden, bis es den Organisatoren des

Myfest gelang sich als Sprachrohr der KreuzbergerInnen verkaufen zu können.

Wir wollen hier nicht die Straßenschlachten mit der Polizei glorifizieren und auch nicht die gelegentlichen Plünderungen, aber wie seht ihr die Entwicklung in SO 36?

Ist es nicht so, das die Gegend mit monotoner Gastronomie nur noch für Touristen interessant ist und ein großer Teil der BewohnerInnen den Kiez schon verlassen musste weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können?

In einem aktuellen Artikel im Tagesspiegel wird noch eine viel schlimmere Entwicklung der Wohnungsmieten vorher gesagt, was andere sehr erfreut.

Der Protest gegen die Lebensbedingungen in dieser Stadt hat 1987 zu einer unerwarteten Explosion geführt, über deren Erbe heute gestritten wird. Keines der damaligen gesellschaftlichen Probleme ist vom Staat gelöst worden – warum auch, ist doch der eigene Machterhalt seine einzige Aufgabe.

Deshalb war es richtig in der Vergangenheit öfter mal auszuprobieren, wo denn die Grenze zwischen unserem Anspruch auf Veränderung und dem staatlichen Gewaltmonopol liegt. Das dabei auch viele Fehler gemacht wurden ist selbstverständlich, kann aber nicht zu unserem einseitigem Frieden mit dem System führen.

Wir sollten versuchen, gemeinsam das Ritual von verbaler Radikalität und gleichzeitiger Unfähigkeit dem kapitalistischen Normalzustand etwas entgegensetzen, zu überwinden. Im

Februar ist bei der Zwangsäumung in der Lausitzer Str. ein möglicher Ansatz sichtbar geworden. Wer den 1. Mai nur als Gelegenheit sieht um mit einem Stand auf dem Myfest Geld zu verdienen, die eigene Bar zu füllen, einmal nur von den Bullen als Myfest Ordner respektiert zu werden, besoffen in Hauseingänge zu pissen oder aus der 10. Reihe einen Stein in die eigenen Leute zu werfen, wer nur Randalen Fotos machen will oder auf der Suche nach einer Eigentumswohnung ist, soll sich hier nicht angesprochen fühlen.

Von allen anderen erhoffen wir uns eine Beteiligung an dem diesjährigen Krawall, den die Polizei mit Sicherheit provozieren wird, wenn wir nicht vorher damit anfangen. Eine Beteiligung muss nicht im Steine schmeißen bestehen, sie kann auch Kritik an der Demo oder an „den Autonomen“ sein, sie kann auch Kunst sein oder

irgendeine subversive Sache die wir uns bislang nicht vorstellen können.

Damit die Bullen nicht später sagen, es wäre friedlicher als in den Vorjahren gewesen.

Damit die BZ nicht später schreiben kann, es wäre wie im Krieg gewesen.

Damit das Bezirksamt sich nicht später wieder für das Myfest loben kann.

Damit nicht unerfahrene Jugendliche später in U-haft sitzen.

Damit die Krawalltouristen auch nächstes Jahr wieder kommen.

Damit die Immobilien Spekulanten nicht in Kreuzberg investieren wollen.



Haymarket! Für einen anarchistischen 1. Mai in Berlin

Alle Versuche das Bündnis, das die „Revolutionäre 1. Mai Demo“ 2013 organisiert, dazu zu bewegen endlich Lehren aus dem Fiasko des letzten Jahres zu ziehen, sind leider gescheitert. Alle Erfahrungen, positive, wie negative, die während der PK13-Demo gesammelt wurden, wurden in den Wind geschlagen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Bullen auch dieses Jahr die Demo angreifen und zerschlagen werden. Mit dem Verzicht auf die Südschleife, vorbei am IZH und durch Neukölln, ist zusätzlich eine brenzlige Ausgangslage entstanden. Eingeklemmt zwischen Spree und Bullensperren, wird spätestens ab der Köpenickerstr. die Demo gefährlich für alle Teilnehmer_innen.

Überhaupt halten wir das ganze Konzept der 18 Uhr Demo für überholt und es besitzt in unseren Augen nur noch einen rituellen Charakter. Konsum von Demonstrationenkultur. Als AnarchistInnen wollen wir weder in das Herz der Regierungsmaschine laufen, um dort bettelnd politische Forderungen zu stellen, noch wollen wir weiterhin Demonstrationen bei denen anmelden, die uns ausbeuten und mit dem Polizeiknüppel unterdrücken. Die Gedenkdemo für Rosemarie und deren gezielte und geplante Zerschlagung auf Höhe der Bürknerstr. in Neukölln, zeigt einmal mehr, dass die Bullen keinen Grund brauchen, um eine friedliche und nicht militante Demo mit brutaler Gewalt aufzulösen. Wir wollen die soziale Frage stellen. Auf den Straßen dieser Stadt, um die der Kampf gerade heiß entbrannt ist und dessen Feuer wir leidenschaftlich anfachen wollen. Wir sind uns voll bewusst, dass wir eine direkte, statische Konfrontation mit den Bullen mit einem enorm hohen Preis bezahlen müssten. Viele würden im Knast landen. Viele würden verletzt werden.

Wir wenden uns auch gegen das Konzept der Latschdemo, die hinter lärmenden Lautis herzieht, wie die Wähler_innen zur Wahlurne. Wir wollen laute Demos, die von den Teilnehmer_innen mit eigenen Parolen lautstark und wütend

gestaltet werden. Von wenigen wird vorgeben, wo gelaufen wird und das alles im Einklang mit den Bullen, mit denen ja leider kooperiert werden müsste, da die Demo ja schön und brav angemeldet wurde. Wir sagen: Ya, Basta! Es reicht! Die Bildung eines eigenen autonom-anarchistischen Blocks im Rahmen der 18 Uhr ist ein Anfang. Eine gute Ausgangslage, aber mehr auch nicht. Diese Ausgangslage hat sich durch die Änderung der Route massiv verschlechtert. Jede_r steht nicht nur in der Verantwortung darauf zu achten, dass Teilnehmer_innen sich oder andere nicht durch unbedachte Aktionen gefährden, sondern auch Jede_r trägt die Verantwortung dafür, dass wir diesen Tag mit Leben, mit Wut und Phantasie füllen. Die Taktik der Bullen ist offensichtlich: Jedes Unruhepotenzial aus Kreuzberg 36 fernzuhalten. Nicht zuletzt deshalb existiert das MyFest. Als Befriedungsmaßnahme für die Unzufriedenen. Lasst uns dieses Konzept durchkreuzen.

Lasst uns für die Bullen so unberechenbar werden wir noch nie. Suchen wir nicht die direkte Konfrontation mit ihnen. Lasst uns ausweichen ohne zurückzuweichen. Lasst uns da auftauchen, wo keine oder wenige Cops sind. Lohnende Ziele existieren in Kreuzberg, Neukölln, Friedrichshain und anderswo genug. Die 18 Uhr Demo taugt dank der mit den Bullen ausverhandelten Änderung der Route nur noch bedingt als Plattform für Aktionen. Im Gegensatz zu der nicht angemeldeten Sponti, die letztes Jahr vom Feuerwehrdenkmal am südlichen Mariannenplatz quer durch Kreuzberg zum Sammelpunkt der 18 Uhr Demo zog. Diese wurde „nur“ von vielen Zivis begleitet, während die uniformierten Schläger_innen der Demo mit Abstand folgten. Auf dem MyFest wollen und müssen die Bullen sich zurückhalten.

Gehen wir nach Neukölln, wo in diesen Tagen aus Angst vor einer Welle der Solidarität Zwangsräumungen abgesagt bzw. verschoben werden, wo Wohnungsbesichtigungen verhindert oder

gestört werden, da bei diesen Wohnungen weit über 10 Euro der Quadratmeter kalt verlangt werden und der Kampf um Wohnraum jeden Tag mehr Fahrt aufnimmt. Wem gehört die Stadt? Stellen wir diese Frage auf den Straßen und setzen schon einmal die Segel und nehmen unbekanntes Kurs auf eine bessere Welt. Jene Welt, die feurig in unseren Herzen wächst. Mögen wir

auch Schiffbruch erleiden. Voll von Angst im Hafen zu bleiben, um den rauen Wellen des Lebens auszuweichen, ist für uns keine Alternative.

Für die soziale Revolution!
Für den Umsturz aller Verhältnisse!
Lang lebe die Anarchie!

Kooperation mit den Bullen statt out of control

Die diesjährige „Revolutionäre 1.Mai Demo“ droht ähnlich wie letztes Jahr in einem Desaster zu enden. Nach der unangemeldeten Demo zum Bullenkongress im Februar in Berlin gab es verschiedene Aufrufe an das Bündnis, das massgeblich diese Demo alljährlich organisiert, in diesem Jahr „andere Wege“ am 1. Mai zu suchen.

Das Bündnis hat jedoch darauf bestanden, die Demo im gewohnten Rahmen stattfinden zu lassen. Ebenso wurden keine Lehren aus der durch die Bullen erzwungenen Auflösung der letztjährigen Demo gezogen. Erneut wurde eine Route zum Brandenburger Tor gewählt. Grossspurig wurde via „ARAB- Pressesprecher“ in der taz verkündet, man sei in der Lage, diese Route bei Angriffen der Bullen auf die eine oder andere Art durchzusetzen.

Einige Gruppen haben in den letzten Wochen zu einem „autonom-anarchistischen Block“ auf der Demo aufgerufen und deutlich gemacht, das auch offensive Aktionen auf der Demo möglich seien und man „nicht unbedingt die gesamte Route mitlaufen werde“. Die bisherige Routenplanung mit einem anfänglichen Schwenker durch Neukölln und über den Kottbusser Damm, sowie dem Kottbusser Tor, beinhaltete verschiedene Optionen, die es für die Bullen schwierig gemacht hätte, die Demo vollständig zu kontrollieren. Sie hätten mit einem Ausweichen von Teilen der Demo nach Neukölln, 61 oder zurück in das „Myfest“ rechnen müssen, trotz der An-

zahl der eingesetzten Bullen wären möglicherweise unkontrollierbare Situationen entstanden.

Dieses Szenario hätte auch die Sicherheit für all jene DemoteilnehmerInnen erhöht, die sich aus verschiedenen Gründen nicht auf Auseinandersetzungen mit den Bullen einlassen wollen oder können, da die Bullen aus taktischen Gründen wahrscheinlich auf massive Repression verzichtet hätten, solange sich die Demo in diesem Bereich befindet.

Heute nun wurde auf der website der Demoorganisatoren eine geänderte Routenführung bekannt gegeben:

Spreewaldplatz-Skalitzerstr.-Manteuffelstr.-Köpenickerstr.-Heinrich-Heine-Str.-Moritzplatz-Oranienstr.-Wilhelmstr.-Bundesfinanzministerium-Glinkastr.-Unter den Linden....

Allen, die sich mit den räumlichen Gegebenheiten auskennen, wird sofort das daraus entstehende Dilemma deutlich. Solange die Demo sich noch in Kreuzberg 36 befindet, wird es für die Bullen ein leichtes, mit geringem Kräfteinsatz alle Strassen in Richtung Myfest abzusperren, ebenso reduziert sich das „Aufmarschgebiet“ für die Bullen im ersten Teil der Demo auf 36, unkontrollierte Menschenansammlungen in Neukölln oder Kreuzberg 61 sind auszuschliessen. Spätestens ab der Köpenicker Strasse wird die Demo dem Kalkül der Bullen ausgeliefert sein. Auf der einen Seite ist durch die Spree kein Ausweichen möglich, die 4,5 Querstrassen ins Kerngebiet von 36 sind leicht abzuriegeln.

Nach den Geschehnissen im letzten Jahr, die so im wesentlichen übrigens von Leuten aus dem autonomen Spektrum vorausgesehen wurde, finden wir die jetzige Routenplanung eine Unverschämtheit. Die organisierenden Gruppen tragen unter diesen Umständen eine politische Mitverantwortung für die Verletzten und Festgenommenen, die es unweigerlich geben wird,

sollten die Bullen die taktischen Gegebenheiten ausnutzen.

Aus dem Spektrum des „autonom - anarchistischen“ Blocks gab es eine klare Ansage, dass „man keine Leute der Willkür der Bullen“ ausliefern werde, wir hoffen, dass diesen Worten auch Taten folgen.



Nie wieder Löschpapier

Der folgende Text erinnert an ein (fast) singuläres Ereignis, den Aufstand der BewohnerInnen eines Viertels mitten im kapitalistischen Wohlstand/Normalzustand in der BRD. Die VerfasserInnen begrüßen ausdrücklich den Versuch einiger Gruppen und Zusammenhänge, am 1. Mai wieder die Fragestellung der sozialen Revolte zum Thema zu machen und Wege jenseits der ritualisierten Abläufe zu suchen.

Wer aber über den Ersten Mai redet, darf vom Zweiten Mai nicht schweigen

Als der geplünderte Sekt gekreist und die erbeuteten Zigaretten geschwisterlich geteilt und genüsslich unter der hochgerollten Maskierung gepafft waren (das waren jene Jahre, als der Aufstand noch ein Fest war, und bevor eine selbst ernannte autonome Avantgarde bei Plünderungen als erstes sämtliche Alkoholikflaschen zerklopfte, auf dass der Pöbel nicht vergesse, dass die Revolution eine ernste Sache sei), erklang aus der Mitte der Feiernden jene zunächst befremdlich anmutende Parole: "Die rote Armee aufbauen!"

Ein Blick quer hinüber zur O 3, wo die Antiimps (oldschool) immer noch eifrig IHRE Barrikade bewachten, (obwohl seit Stunden keine Bulleneinheit auch nur in Sichtweite vorgestoßen war, aber nachdem sie sich nach Stunden des allgemeinen Aufstandes endlich überwunden hatten, selber aktiver Teil des Geschehens zu werden und aus den kümmerlichen Resten des noch zur Verfügung stehenden Materials eine Barrikade errichtet hatten - die nun aber nichtsdestotrotz ihr Werk war, dass sie mit einer Mischung aus Stolz und Verlegenheit auch in den nächsten Stunden hüteten) ergab, dass diese Parole wohl aus anderen Kehlen in die Nacht geschmettert wurde.

Wobei sie es schwierig hatte, jene Parole (eigentlich von Anfang an, sozusagen ein programmiertes Handicap, aber darauf ist später zurückzukommen). In jener Nacht ergab sich nun die Schwierigkeit aus dem allgemeinen Lärm, der in erster Linie davon herrührte, dass sich Hunderte

nicht mehr damit begnügten, die Pflastersteine rhythmisch aneinander zuschlagen, sondern mit diesen auch auf das Blech umgestürzter Autos, zweckentfremdeter Verkehrszeichen und den metallischen Außenhülle des Hochbahnhofes hämmerten.

Um aber nicht von einer nicht ganz unwesentlichen Angelegenheit des Ganzen abzulenken, muss an dieser Stelle noch einmal betont werden, dass jener Chor dem Beobachter bis zu diesem Zeitpunkt (und eigentlich auch darüber hinaus, soweit sich dies mit Gewissheit sagen lässt), nicht im Geringsten als Anhängerschaft leninistischer Sichtweisen oder Wunschvorstellungen aufgefallen war. So muss an dieser Stelle davon ausgegangen werden, dass jene Forderung (denn darum handelte es sich ohne Zweifel, eine FORDERUNG - kein Wunsch- kein Appell), sich aus anderen Quellen speiste, als der unterdrückten Sehnsucht nach Ordnung und Führerschaft, die ja im Kern immer ein regressives Bedürfnis nach NICHTVERANTWORTUNG ist. Ob in ihrer linken oder rechten Spielart.

Was aber nun mag diese Helden, und es fällt uns gar nicht schwer, dies noch einmal auszusprechen: HELDEN - denn in jener Nacht waren waren ALLE Helden ("Niemand gibt uns eine Chance - Doch wir können siegen - Für immer und immer..."), dazu bewogen haben, eine solche FORDERUNG an die Masse der HEROES zu richten.

Machte sich hier angesichts der GESCHEHNISSE Maßlosigkeit oder gar Größenwahn breit (wobei die Vorstellung eines Allgemeinen Aufstandes ja im Kern immer eine gehörige Portion Maßlosigkeit benötigt), waren sie einem neuem Katechismus verfallen, oder gar konvertiert, so sie andere Götzen zuvor angebetet hatten? Wir BEHAUPTEN an dieser Stelle (was ein leichtes ist, denn wer mag jetzt schon noch zu widersprechen), dass aus diesem kollektiven Gedanken (denn jegliche Parole, jegliche FORDERUNG in dieser NACHT war kollektiv) eine spontane Weitsicht sprach, die sich aus

mehr speiste, als aus lüsternder Maßlosigkeit und Grössenwahn.

Prolog (und ja, an dieser Stelle)

Über den Ersten Mai ist viel geschrieben und behauptet worden, vieles davon stimmt, aber so wie immer ist ALLES immer ebenso eine Summe, wie auch vielleicht nur eigentlich ein Splitter, der vergessen, aber doch die eigentliche Geschichte erzählt. Und ja, es war schwül an diesem Tag, der Sommer grüßte früh und heiß und das erklärt bestimmt auch mehr als die ungezählten Anekdoten vom Kinderbauernhof und umgestürzten Bauwagen vor der Mauer.

Auf jeden Fall setzte sich am Nachmittag, und noch bevor der Bullenwagen auf die Seite gelegt wurde (was auch wahrscheinlich sowie so passiert wäre, Durchsuchung im Mehringhof hin oder her), ein Trupp von jungen Türken (so sprach man damals, übrigens auf beiden Seite der willkürlichen ethnischen Zuschreibung) scheinbar schlagartig vom Lauseplatz in Richtung Görlitzer Bahnhof in Bewegung. Ihre Anzahl (um die Fünfzig), ihre Körperhaltung, sowie ihr trotz der Hitze schnelle, und elastische Schritt, ließen mutmaßen, dass es um wesentliche Dinge gehen musste. Wir haben schon darauf hingewiesen: Es war schwül an diesem Tag. Aber auf eine angenehme Art und Weise, mit dieser leicht feuchte Hitze, die das Blut in Wallung bringt, wenn ihr wisst, was wir meinen. Und irgendwo sieht und registriert man an solchen Tagen Geschehnisse, die sonst völlig unbeachtet an einem vorbei ziehen.

Auf jeden Fall kam man schnell ins Gespräch (was keine Schwierigkeit damals war, weil identitäre Zuschreibungen nicht so bedeutend waren, außer jener geteilten als Aufständischer an jenem Tag und in jener Nacht - aber das war ja noch zu dieser Stunde eine ferne Ahnung) und war sich auch schnell handelseinig: Begleitung okay, aber keine Fragen.

So fand man sich dann zwei, drei Genossen mit 50 Jugendlichen auf dem Oberdeck eines Busses wieder. Den hektischen Wortwechseln konnte man nicht folgen, auf ein Kommando, dass man verpasst hatte, wurde der Bus gewechselt und mühsam Anschluss gehalten, um dann in einer

Ecke im Süden von Berlin, die man niemals zuvor gesehen hatte (und die ganz sicher ein Vorort gewesen wäre, wenn es denn so etwas wie Vororte damals gegeben hätte), aus dem Bus zu stürmen und durch eine kleine Einkaufspassage zu rennen. Wobei weder Supermarkt noch Bankfiliale ins Visier der Jugendlichen gerieten, aber dafür einige Werbeträger und Aussteller umgetreten wurden. Nach dieser wilden Hatz schien etwas Ruhe in der Meute einzukehren, es wurde ausgiebig auf türkisch beratschlagt, dann zog der ganze Haufen durch die akkurat gepflegten Wege und Pfade einer deutschen Kleingartensiedlung ab.

Woraufhin sich Fassungslosigkeit bei den an diesem sonnigen Feiertag in Massen vertretenden Kleingärtnern breitmachte und die zahlreich gehissten deutschen Nationalfahnen auf einmal am liebsten unsichtbar gemacht worden wären. Von Ferne waren jetzt die ersten Bullensirenen zu vernehmen und unserer Trupp löste sich nach und nach in kleinere Grüppchen auf, die sich wieder nach 36 zurückzogen. Wer nun an dieser Stelle nach dem Sinn und dem GEHALT der ganzen Angelegenheit fragt, dem sei versichert, wenn er oder sie nach eben dem GEHALT des 1. Mai 1987 an und für sich fragt, so ist die Antwort in dieser scheinbar so bedeutungslosen Episode am Nachmittag im KERN enthalten.

Komödie / Tragödie

Während sich also am Morgen des zweiten Mai, und dieser Morgen war ein noch späterer Morgen als gewöhnlich, inmitten der ausgebrannten Autowracks und Skelette der Bauwagen ein ALLGEMEINES LÄCHELN ausbreitete, trieb es einige autonome BERUFSBETROFFENE schon um. Dutzende Wannen kurvten im hellen Sonnenlicht völlig sinnfrei durch die Straßen und wurden von Anwohnern, Schaulustigen und den HEROES der Nacht mit lautem Spott überschüttet.

Als am Abend rund um den Heinrichplatz Hunderte die erneute Konfrontation mit den mittlerweile vorbereiteten Bullen suchten, hielten sich die meisten ORGANISIERTEN AUTONOMEN zurück. Das Ergebnis war ein veritabler Krawall, dessen Ausmaß die heutigen Geplänkel in den Schatten stellen würde, an diesem Tag jedoch

als Niederlage erlebt wurde. Die Bullen nahmen Rache, schlugen alles zusammen, was auf der Straße nicht schnell genug war, drangen bis in Kneipen vor und räucherten diese mit Tränengas aus. Etliche wurden festgenommen, viele landeten im Bau.

Die eigentliche Tragödie/Komödie ereignete sich jedoch einige Kilometer entfernt im Mehringhof. Während auf den Gesichtern von VIELEN, die zur Vollversammlung strömten, immer noch ein Lächeln strahlte, stießen sie im Versammlungsraum auf das Grimmen all jener BERUFSBETROFFENEN, die nur darauf warteten, ihren Hang zur Pädagogik der Massen endlich ausleben zu können. Ausgeräumte Kleinhändler und Kleinwagen als Barrikadenmaterial waren ebenso wie Steinwürfe auf Feuerwehrgewagen und der Hang des Pöbels, sich während des Festes des Aufstandes einen hinter die Binde zu kippen, VORWAND in aller notwendigen Schärfe das GESCHEHEN so nicht stehen lassen zu können.

Alles Gerede von Selbstbestimmung, hierarchiefreien Organisationsansätzen und der ganzen Bäckerei (eines der schlimmsten Bilder des autonomen Pipi Langstrump Flügels, das bis heute immer wieder bemüht wird), wurde im Nu als das entlarvt, was es schon immer war: Propaganda der Verblödung. Der AUFSTAND habe in vorher festgelegter Form und selbstverständlich unter Anleitung der autonomen Avantgarde stattzufinden.

Oder wie es damals einige GenossInnen als Antwort auf das Gejammer jener autonomen Avantgarde ausdrückten: "Auch die politische Szene hat in Kreuzberg ihre Nische. Wenn aber dermaßen lang aufstauter HASS und unterdrückte Wut in der Form eines solchen Aufstandes explodieren, begnügen sich die Menschen nicht mehr mit der von der HERRschaft tolerierten Randalen, und AUCH NICHT mit der von einer einflussarmen politischen Szene propagierten. ES KNALLT BIS DIE LUFT RAUS IST."

"Nie wieder Löschpapier" (Seite 153, Dokumentation zum 1. Mai 1987), <http://erstermai.nostate.net/web/images/stories/doku-revolutionaerer-1-mai-1987.pdf>

Jene Verstörung, die diese Vollversammlung bei den HEROES zurück ließ (und die medial mit Beifall versehen allgemein kolportiert wurde), war jedoch nur die Ouvertüre zum Prozess der kommenden Monate und Jahre. Während es anlässlich diverser Anlässe und Nichtanlässe (Punkkonzerte / Demos / laue Abende) immer wieder zu Zusammenstößen mit den Bullen kam, wurden sogenannte Kiezpalaver etabliert und Rechtfertigungspamphlete in den Umlauf gebracht. Die Dutzenden von Eingeknasteten wurden jedoch zur Angelegenheit der üblichen Spezialisten.

Lediglich nach dem Suizid von Norbert, der seit dem 1. Mai inhaftiert war, gab es eine größere gemeinsame Aktion, die sich zu den Gefangenen verhielt. Ansonsten wurden Strassenfeste initiiert und Gelder für die Gewerbetreibenden gesammelt. Jener Prozess, der sich hin zur alljährlichen Gedenkdemo am 1. Mai entwickelte und der von Anfang an eher an die Aufmärsche in Peking oder Moskau denken lies, als an eine permanente soziale Revolte, kulminierte im Spätsommer 1987 zur offenen Konfrontation zwischen einer selbsternannten autonomen Ordnungsmacht und den Freunden des Aufstandes.

Als am Rande eines von der Szene organisierten Strassenfestes am Abend in angemessener Würdigung des Geschehens der letzten Monate EINIGE sich daran machten, den PLUS Supermarkt am Oranienplatz aufzumachen und seine Konsumgüter der Allgemeinheit unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, eilten einige AUTONOME herbei und bildeten eine Kette vor dem Supermarkt, um weitere Plünderungen zu verhindern. Nur dem besonnenen Verhalten der Freunde des Aufstandes war es zu verdanken, dass es nicht an dieser Stelle zu einer Massenschlägerei kam.

In dem Konflikt an diesem Abend drückte sich exemplarisch noch einmal jener notwendige Antagonismus aus, der sich eigentlich schon am Abend des 2. Mai gezeigt hatte. Nur dass nun wohl selbst all jenen wohlwollenden Geister (wir wollen in diesem Zusammenhang nicht die Vokabel naiv verwenden, obwohl dies nahe liegt) eigentlich nicht mehr verborgen bleiben konnte, dass sich hier eine realpolitische autonome

Option entfaltet. Die sich wiederum in den kommenden Jahren in zahllosen ätzenden Zwischenschritten hin zu jener kruden Mischung aus K Gruppen mit "autonomen" Habitus (oder sollten wir sagen Outfit) und antifaschistischen Linkssozialdemokraten hin entwickelte, die heute die unsägliche Veranstaltung "Revolutionäre 1. Mai Demonstration" verantwortet.

Shine Like A Diamond

Kommen wir zurück zum Geschehen jener Nacht, verlassen wir die Abgründe der Machtoptionen der diversen Avantgarden. Als also jene Gestalten (die wir der Gerechtigkeit halber und weil wir wohl auch melancholisch milde gestimmt sind, wenn wir an jene Nacht denken, als zu mindestens unbewusst eher dem Vermächtnis einer Situationistischen Internationale zurechnen wollen, als einer wie auch immer gearteten leninistischen Tradition), jene FORDERUNG an ALLE stellten: "Die Rote Armee aufbauen", verwiesen sie auf eine Praxis, die erstens bis in die Anfänge der 80iger in 36 zurückreichte und zweitens bis in die mörderischen Jahre der Wiedervereinigung weisen sollte.

Da es für den Aufstand am 1. Mai 1987 keine allgemein gültige Erklärung gibt, die im Nachhinein konstruierten Zusammenhänge, hier genauso wie bei allen anderen Aufständen, nur billige Erklärungsmuster darstellen würden, wollen wir an dieser Stelle keine weiteren ebenso überflüssigen, wie banalisierenden Ableitung präsentieren. Wobei aber aber doch unbedingt auf einige (kurz gehaltene) Aspekte hingewiesen werden muss, weil es ohne diese keinen Aufstand am 1. Mai 1987 und auch nicht die Kämpfe der folgenden Jahre hätte.

Die 80iger waren geprägt von ständigen militanten Auseinandersetzungen im Stadtteil, wobei sich die Akteure des häufigeren nicht auf die üblichen Verdächtigen beschränkten. Die Praxis der Bullen, am 2. Mai 1987 ganze Kneipensammlungen zu stürmen und mit CN einzunehmen, war eben nicht eine kalkulierte Abschreckungsstrategie oder die billige Rache einzelner Bullenabteilungen, sondern eben genau nur die Fortschreibung jenes Verhaltens, dass seit

Jahren die allgemeingültige Praxis einer Besatzungsmacht war, die sich um eine politisch motivierte Differenzierung nicht scherte.

In einem proletarisch geprägten Viertel, in dem sich Heimatlose aus dem Süden Europas mit den Flüchtlingen vor Wehrpflicht und monotoner Arbeitsproduktivität trafen, war der Hang, sich der allgemeinen Verwertung zu entziehen, ebenso ausgeprägt, wie eine staatsferne Alltagsrealität. Wer immer bei den militanten Auseinandersetzungen jener Jahre vor den Bullenhorden in die Hausflure und Treppenhäuser flüchtete, konnte sich sicher sein, dass sich ihm eine Wohnungtür öffnete, noch bevor die nachsetzenden Bullen ihn im Treppenhaus zusammenschlagen konnten. Hier konnte man durchatmen, sich das Tränengas aus dem Gesicht waschen, bekam einen kräftigen türkischen Schwarztee serviert und wurde dann mit aufmunternden Schulterklopfen und frischem Zitronensaft für das Halstuch in das Geschehen auf der Straße entlassen. So mancher Nachbar machte seinen Unmut über das Vorgehen der Bullen auch dadurch deutlich, dass er diese aus seinem Fenster mit Blumentöpfen, oder anderen Gegenständen, die gerade greifbar waren, bewarf.

Ebenso allgemein verbreitet war der Versuch, sich den üblichen Verwertungslogiken zu entziehen. Die Sachbearbeiter im Sozialamt am Bethanien hatten schon lange kapituliert, wohl nirgends in der Republik wurden Anträge so "wohlwollend" geprüft, im Zweifelsfall erschien eben eine größere "Abordnung", um Streitigkeiten im Sinne der Bezieher der Transferleistungen zu klären.

Während beim Besuch des US Präsidenten 1982 noch eine Ansammlung von mehreren tausend Menschen am Nollendorfplatz mit Stacheldrahtverhau eingekesselt wurde, ging man 1989 dazu über, einen ganzen Stadtteil, eben SO 36, komplett mit Checkpoints abzuriegeln und den öffentlichen Nahverkehr in diesem Gebiet einzustellen. Wo doch ein allgemeiner Aufschrei über diese Verletzung der allgemeinen Spielregeln zu erwarten gewesen wäre, fiel die Empörung der Demokraten dann doch eher verhalten aus. Weil eben ALLGEMEIN angenommen

wurde, dass man diesen Stadtteil aus GUTEM GRUND abgeriegelt habe, seine Bewohner aus gutem Grund unter Generalverdacht stünden. Auch wenn sich das natürlich nicht gerade appetitlich darstellte.

Während also nun die Fraktion der Verantwortungsbewussten Autonomen mit sogenannten Kiezpalavern und Aufklärungsflugblättern auf Tour gingen, um die Bevölkerung im Viertel zu erreichen, ist der Irrwitz an der ganzen Geschichte, dass es solcher Verrichtungen gar nicht bedurft hätte, wenn man seine identitäre Scheuklappen nur für einen Moment gelüftet hätte. Es gab keine "Bevölkerung aufzuklären", keine Notwendigkeit, sich in ermüdenden Plenas zusammenzufinden (die aus gutem Grund von Menschen jenseits der Szene gemieden wurden). REAL war man einfach nur Teil eines ALLGEMEINEN AUFSTANDES geworden. Anstatt sich nun dankbar an der Aufgabe zu versuchen, wie man sich dies zu Nutzen machen könne, wurden selbstherrlich Spielregeln verkündet (kein Alk, keine kleinen Autos, kein übermässiger Spaß) und Ersatzhandlungen vorgenommen. Die absolute Überflüssigkeit solcher Veranstaltungen wie die Etablierung einer Revolutionären 1. Mai Demo (Schon die Namensgebung lässt eher an die unsäglichen Versuche der K- Gruppen 15 Jahre zuvor denken) manifestierte sich spätestens am 1. Mai 1989, wo einer bestens vorbereitete Staatsmacht ihre Grenzen aufgezeigt wurden.

Die Tatsache, dass es während der Demo möglich war, diverse Geschäfte platt zu machen, sowie an einigen Stellen Plünderungen zu initiieren, mag noch den taktischen Fehlern und Fehleinschätzungen der Einsatzleitung geschuldet gewesen zu sein (spätestens mit dem Heranführen größerer Einheiten und der Bildung eines engen Spaliers in der Werbellinstraße verlief die Demo ja auch nicht weiter aufregend), letztendlich wäre aus Sicht der Bullen mit dem Geschehen während der Demo wohl zu noch zu leben gewesen.

Das Eigentliche ereignete sich jedoch an diesem Tag erst nach Beendigung der Demo (die damals noch um 13.00 Uhr begann), als am späten

Nachmittag und Abend die ganze Sache rund um den Lausitzer Platz völlig aus dem Ruder lief. Ganze Hundertschaften wurden durch die Straßen gehetzt, verängstigte Bullen, die sich hinter ihren Schildern einigelten und hilflos mit Steinen zurückwarfen. Gegen WaWes und Räumpanzer flogen immer wieder Mollis, teilweise fuhren die Bullen in größeren Kolonnen einfach nur noch ziellos hin und her, wurden dabei so eingedeckt, dass sie sich nicht mehr traute, ihre Fahrzeuge zu verlassen. Als am Abend eine Menge von über tausend Menschen geschlossen mit Steinen auf eine große Bulleneinheit zurennt und diese zum schleunigsten Rückzug zwingt, ist der Tag für die Bullen endgültig gelaufen. Alle weitere Anstrengungen der Staatsmacht dienen nur noch dazu, das Gesicht zu wahren, am Ende gibt es über 300 verletzte Bullen, sämtliche Einsatzfahrzeuge haben etwas abbekommen und es gelingen im Laufe des gesamten Tages und der Nacht nur 20 Festnahmen, von denen 3 Leute im Knast landen.

Geschichte wiederholt sich als...

Die Niederlage der Bullen am 1. Mai 1989 löste innerhalb aller politischen Lager pures Entsetzen aus. Konnte man den 1. Mai 1987 noch als singuläres Ereignis abtun, das für die Bullen nicht voraussehbar war und dem sie mit nur einigen einsatzbereiten Hundertschaften nicht Herr werden konnten, bot sich nun ein völlig anderes Szenario dar. In den beiden letzten Jahren hatten die Berliner Bullen massiv aufgerüstet. Vollkörperschutz für alle, neue technische Geräte und herausgehend aus den Erkenntnisgewinnen der faschistischen Prügela Vanguardie EbLT war die Einsatzhundertschaften und ihr Vorgehen völlig umgestellt worden. Ebenso waren am 1. Mai 1989 mit über 1500 Bullen genügend Kräfte im Einsatz, um ein eigentlich überschaubares Gebiet vollständig unter Kontrolle zu bringen. Da aber eben dies nicht einmal ansatzweise gelungen war, mussten nun neue Mythen erschaffen werden, denn HERSCHAFT ist im Kern ja meistens nur geliehene Macht. So wurde denn das Märchen von den Bullenführern in die Welt gesetzt, die den Einsatz gegen die Wand gefahren hätten, um dem gerade angetretenen Regierungsbündnis von SPD und

Alternative Liste eins auszuwischen. Und damit die HEROES nicht allzu übermütig werden, wurde (besonders gerne von der taz) von bewaffneten Anwohnern fabuliert, die dem chaotischen Treiben ein Ende setzen wollten.

Wo soviel Angst vor einem allgemeinen Kontrollverlust florierte, durften die Autonomen nicht fehlen. Eben jener Reale Flügel, der sich schon zwei Jahre zuvor voller ENTSETZEN von dem aufständischen Treiben distanziert hatte, verlor sich nun anhand eines unmittelbar neben der Demoroute angezündeten Containers. Dieser musste als Beweis für die Ziellosigkeit und GEFÄHRDUNG ALLER durch EINIGE erhalten. Ebenso beliebt in den Wochen nach dem 1. Mai war das allgemeine Gerede in einigen autonomen Kreisen von "Mackermilitanz", wenn über den Sieg über die Bullen am Lausitzer Platz geredet wurde. Über die Entwertung des Anteils von Frauenzusammenhängen an den militanten Aktionen, das Unsichtbarmachen von feministischer Praxis ausgerechnet durch männliche/gemischte Zusammenhänge haben an den Kämpfen beteiligte Frauenbanden in der Radikal damals alles notwendige dazu gesagt.

Darüber hinaus

Das am 1. Mai 1989 neu geschmiedete Bündnis in SO 36, dem keine ideologischen Phrasen zugrunde lagen, sondern eine geteilte alltägliche Erfahrung und der Unwillen, diese in OHNMACHT ertragen zu wollen, sollte sich auch in naher Zukunft bewähren. Als nur wenige Monate später, nach dem Mauerfall besoffene Faschohools immer wieder von der Oberbaumbrücke zum U Bahnhof Schlesischen Tor zogen, bekamen sie so lange auf die Fresse, bis sie sich andere Wege durch die Stadt suchen mussten. Die ersten, die am Alex den Nazis das Terrain streitig machten, waren Banden von Migranten, die sich dort etablierten. Nach Überfallen von Faschos zogen regelmäßig buntgemischte Trupps durch den Ostteil der Stadt und machten Jagd auf die Nazis und ihre besoffene Volksgemeinschaft.

In den folgenden Jahren war SO 36 am 20. April immer in allgemeiner Aufregung Hunderte

sammelten sich, um Übergriffe von Nazischlägern zu verhindern oder um sich gemeinsam in Richtung Ostberlin aufzumachen, dabei kam es immer wieder zu heftigen Kämpfen mit den Bullen. Nach dem faschistischen Massaker in Mölln zogen Tausende spontan durch die Straßen von SO 36, die auftauchenden Bulleneinheiten wurden sofort massiv attackiert.

Als der Nazifunktionär Kaindl im April 1992 zusammen mit anderen Faschos am Kottbusser Damm zu speisen wagte und bei der anschließenden Auseinandersetzung mit der migrantischen Antifa durch einen Messerstich getötet wurde, erschienen nun wieder all jene VERANTWORTUNGSBEWUSSTEN AUTONOMEN auf der Bildfläche, denen Politik machen zur Gewohnheit geworden war und die nun wortgewaltig einen Eiertanz zwischen Nichtdistanzierung und Diffamierung aufführten.

All jenen, denen zur Last des alltäglichen sozialen Krieges, dem sie aufgrund ihrer REALEN Situation unterworfen waren, nun auch noch die volksgemeinschaftliche Krieg erklärt worden war (mit der Folge von Dutzenden Ermordeten), war diese Intervention zur Differenzierung nur noch Hohn und Spott wert. Vielleicht etablierte sich ja in jenen Tagen schon jene zivilgesellschaftliche Antifa, die heutzutage mit Winkelementen auf dem Boden hockend, die Staatsmacht anfleht, den bösen Nazis ihren Marsch zu verwehren.

Epilog/ Oberfläche

"Wir erleben die Rückkehr der Oberflächenverliebtheit", schrieb Christian Klar schon Anfang der 90er aus dem Knast, in dem er wegen seiner Mitgliedschaft in einer bewaffneten Formation des AUFSTANDES einsaß. Andere sprechen von der Gesellschaft des Spektakels, die GenossInnen von Tiqqun gehen von einem totalgesellschaftlichen binären Code aus, dem nur im Rauschen zu entkommen ist. Fern jener differenzialdiagnostischen Begrifflichkeiten gilt es trostlos Bilanz zu ziehen. Der Niedergang des Staatskapitalismus hat auch all Jene ihrer politischen Verortung beraubt, die sich fern des Hochniedermit wähten. Während in den letzten 10 Jahren mehrere AUFSTÄNDE Europa und

den Mittelmeerraum erschütterten, verfiel die POSTAUTONOME LINKE in Begriffslosigkeit und Handlungsunfähigkeit.

Am 27. Oktober 2005 brachen in den Vorstädten Frankreichs Unruhen aus, die sich über drei Wochen hinzogen und zur Verhängung des Ausnahmezustandes führten. Während der gesamten Zeit blieben die Protagonisten unter sich, von einigen wenigen Anarchisten abgesehen, die Flugblätter verteilten. Während also der Staat in völliger Weitsicht mit dem Rückgriff auf eine Gesetzgebung aus der Zeit des Algerischen Unabhängigkeitskrieges den Gehalt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung auf den Begriff bringt, kommt es erst drei Wochen nach Beginn der Unruhen zu der einzigen nennenswerten linken Intervention, als Tausende fern ab des Geschehens auf der Avenue des Champs-Élysées zur demokratischen Besonnenheit mahnen. In Berlin brennen im Stadtteil Moabit einige Autos, was nur die lokalen Medien beunruhigt, ansonsten aber keine weitere Beachtung findet.

Der Aufstand 2008 in Griechenland nach dem Mord an Alexis findet unter besonderen Bedingungen statt. Alexis war ein Teil der anarchistischen/antiautoritären Bewegung, zur völligen Überraschung der Szene beteiligten sich Tausende von Migranten, Schüler und Hools an den folgenden Kämpfen. In den kleinsten Orten werden Bullenreviere angezündet, erst das christliche Weihnachtsfest kann die Dynamik der Auseinandersetzungen stoppen. Während es u.a. in Italien und Spanien zu copyriots kommt, bleiben militanten Interventionen in der BRD interessanterweise im wesentlichen auf kleinere Orte beschränkt. Erst ein Jahr später kommt es in Hamburg zu dem bekannten Angriff auf die Lerchenwache, der Ermittlungen des BKA nach sich zieht.

Die Aufstände in Nordafrika und im Nahen Osten, deren Wellenbewegungen bis heute anhalten, fanden hier so gut wie keinen Widergang, wenn man mal vom bescheuerten Yalla Motto der 1. Mai Demo 2011 in Berlin absieht. Ähnliches gilt für den heißen Sommer 2011 in England, in dem die Bullen in mehreren INNENSTÄDTEN über Stunden keine ALLGEMEINE KONTROL-



LE mehr ausüben konnten. Auch hier gab es nur völlig deplatzierte Banalisierungen, wie z.B. anlässlich einer "Solidaritätskundgebung" vor der britischen Botschaft.

REAL finden wir mittlerweile eine Situation vor, in der die diverse Sekten und Parteigänger eine IMAGINATION VON WIDERSTAND erschaffen, sich dabei der CODES und BILDER des Aufstandes bedienen, im Kern aber nur eine trostlose Elendsverwaltung betreiben. Dabei unterscheiden sie sich im übrigen nicht von den diversen "autonomen" Zentren, die im Zweifelsfall Gerichtsprozesse um Schankgenehmigungen führen oder unangemeldete Strassenfeste organisieren, dabei mit dem RIOT FEELING posen, aber nicht mal in der Lage sind, soviel Organisation und Verantwortung zu übernehmen, um ein Dutzend Idioten tatsächlich in die Schranken weisen zu können.

Wer also auf der Suche nach den TATSÄCHLICHEN FREUNDEN des AUFSTANDES ist, wird sich der Mühe unterziehen müssen, andere, ungewohnte Pfade zu betreten, auch auf die Gefahr hin, sich jenseits der Selbstverortungen/

Identitäten der Szene ziemlich einsam zu fühlen. So wahr es ist, dass wir alle in einer Welt des Spektakels leben und die Totalität des Systems alle Lebensbereiche durchzieht, uns keine Intimität mehr gegönnt ist, es keinen Freiraum, keinen Fluchtpunkt mehr gibt (außer den Drogen, die ALLE einwerfen und die letztendlich den Wahnsinn ins Unendliche verlängern), so werden wir auch feststellen, dass wir auf so viele andere treffen, die eigentlich auch alles ganz anders wollen. Wenn wir denn den Kordon unserer Identitäten verlassen, um diese Menschen überhaupt begegnen zu können. Woran es nicht fehlt, ist die Sehnsucht nach einem anderem Leben, wahrscheinlich war diese Sehnsucht seit 20 Jahren in dieser Gesellschaft nicht mehr so allgemein verbreitet. Was uns fehlt, sind produktive Vorschläge für einen ALLGEMEINEN AUFSTAND und ein konsequenter Abschied von all jenen, die sich eingerichtet haben in der moralischen Überlegenheit des Ewigen Opfers und die dabei sind, andere an ihr Schicksal zu ketten.

Sich finden – Organisieren- Aufstand

FreundInnen des Aufstandes



Aufruf zum anarchistischen Block am 1. Mai

Letzter Aufruf für Alle! Kommt am 1. Mai nach Kreuzberg!

Auch in diesem Jahr gibt es wieder eine breite Mobilisierung zu den Protesten rund um den 1. Mai. Und auch dieses Jahr geht es um weit mehr als soziale Reformen in einem vermeintlichen „sozialen Staat“. Es geht nicht darum, Forderungen an Herrschende zu formulieren, sondern darum Herrschaft abzuschaffen!

Natürlich ist der 1. Mai nicht der Dreh- und Angelpunkt revolutionärer Bestrebungen und wir werden hier wohl kaum einen Umsturz vom Zaun brechen. Doch mit der Formulierung unserer Ziele werden wir davon kein Stück abweichen!

Wir müssen an diesem Tag auf die Straße gehen um den Herrschenden zu zeigen, dass wir nicht länger gewillt sind, uns ihnen zu unterwerfen.

Der 1. Mai ist nach wie vor in der Lage eine Masse Mensch zu mobilisieren, die andere Ereignisse kaum schaffen auf die Straße zu locken. Als diese taktische Masse können wir uns Handlungsräume erschaffen die uns bei „kleineren Demonstrationen“ und anderen Anlässen leider versagt bleiben. Zum Anderen formierte sich um den 1. Mai schon lange ein spektrenübergreifender Protest. In diesem haben wir als Autonome, Anarchist_innen, Squatter_innen, Antiautoritäre oder wie wir uns auch immer nennen wollen, in den letzten Jahren immer mehr an Präsenz verloren. Die politischen Inhalte unseres Protestes wurden immer mehr aufgeweicht und verbanden sich in der öffentlichen Wahrnehmung entweder mit DGB und Konsorten zu minimalreformistischen Forderungen in einem klaren Bekenntnis zu neoliberaler Finanz- und Wirtschaftspolitik oder wurden zu einer „linksradi-kalen“ Klassenkampfpolemik zusammenkonstruiert.

Wir können uns weder in Forderungen nach „gleichem (billig)Lohn auch für Leiharbeiter_in-

nen“ noch nach „alle Macht dem Proletariat“ wiederfinden.

Wir können eine Befreiung des Lebens nur in der absoluten Negation von Macht und Herrschaft erkämpfen!

Das diese „Mächtigen“ nur herrschen können, weil der Großteil der Menschen gewillt ist sich beherrschen zu lassen, haben inzwischen immer mehr Menschen erkannt. Überall brodelte es deshalb auf der Welt. Überall begeben sich deshalb Menschen in klare Konfrontation mit Staat und Kapital. Viele Regierungen müssen deswegen näher zusammen rücken um gemeinsam gegen die Menschen vorzugehen, die gegen das Regiert-werden kämpfen. Seit Jahren trainieren EU und Nato die Niederschlagung sozialer Aufstände und schotten die Grenzen ab, weil sie genau wissen, dass sie mit dem Rücken immer mehr Richtung Wand gedrängt werden. Um so mehr der Staat dabei unter Druck gerät, um so offener und härter wird er seine Schläge führen. Dass eine kapitalistische Logik dabei auch über Leichen geht beweist nicht zuletzt der Fall Rosemarie F. Hier hat das sogenannte „Rechtssystem“ ganz klar abgewogen: Ein Menschenleben gegen Eigentumsansprüche...

Doch gerade in Dt. ist das Eigentum unantastbar und wird mit aller Macht verteidigt!

Dabei lässt der Staat auch keine Gelegenheit aus zu beweisen dass nur er das Monopol auf die Ausübung von Gewalt besitzt.

Um dieses Monopol zu brechen müssen wir uns als erstes klar werden, dass die Kategorien von „Recht“ und „Unrecht“ von staatlicher Gesetzgebung besetzt sind. Diese Kategorisierung gilt es ebenso aufzubrechen wie die Schleier mit denen der Staat seine Angriffe auf unsere Bewegung zu kaschieren versucht.

Als Beispiel sei hier das Mayfest genannt was

mit taktischer „Platzbesetzung“ und Medienpropaganda versucht eine Befriedung der Proteste zu erreichen. Mit Bier und Bratwurst statt Steinen und Hasskappen wollen Bullen und Senat soziale Spannungen mit einer großen Party überlagern. Welchen Zustand soll es an diesem Tag aber zu feiern geben?

Diesen altbewährten und neu entwickelten Angriffen des Staates müssen wir neue und unkon-

ventionelle Strategien entgegensetzen. Diese gemeinsam zu entwickeln muss ein Ziel einer radikalen Bewegung sein!

In diesem Sinne:

Kommt alle zu Demo am 1. Mai und seid kreativ! Lasst uns den Widerstand in kollektiven Momenten entfalten und aus ihrer Logik ausbrechen!

Für die Anarchie!

rigaer94

Nicht alle Wege führen zur Revolution

Aufruf / Diskussion

Nicht alle Wege führen zur Revolution

Das Herausführen der 1. Mai Demo aus Kreuzberg nach nur wenigen hundert Meter kommt einem Kniefall vor dem Berliner Senat und einem Demoverbot für Kreuzberg³⁶, 61 und Neukölln gleich. Wir teilen hier die Ansicht bisher veröffentlichter Stellungnahmen unserer anarchistischen GenossInnen.

Schon im Vorjahr standen wir der Route ablehnend gegenüber. Dass, was geschehen ist, war abzusehen. Wir irrten nur im Ort des Angriffes - erwarteten das Springerhochhaus. Perfide verlegte der Repressionsapparat den Angriff vor das Jüdische Museum und lancierte danach antisemitische Intentionen unsererseits in den Medien. Ihr Lügengebäude brach schnell zusammen. Nichtsdestotrotz wurde die Demonstration in einem für uns ungünstigen Terrain zerschlagen. Weder schätzten die DemoveranstalterInnen das, was kam, richtig ein - noch existierte ein Plan B. Der Lautsprecherwagen zog noch das Demoprogramm durch, als vorne schon GenossInnen zusammengeschlagen wurden. Der schicke Monstertruck war ja erst vor Ort, als die Suppe schon eingebrockt war.

Unbeeindruckt von vorher und nachher stattfindenden Diskussionen, ohne auch mal die Bereitschaft zur Reflektion: dieses Jahr „*the same procedure as last year*“.

Weder gibt es eine Erklärung, warum es nötig ist Unter den Linden zu wandeln, noch warum zum Ort nationaler Erweckungsriten wie Fussball WM/EM, Tag der DDR-Annektion u.ä. zu gehen.

Eine politische Sinnhaftigkeit und Erklärung hierzu fehlt vollkommen. Inhaltslos wird es zum touristischen Schaulauf oder trägt vielleicht dem Wunsch Rechnung in ferner Zukunft vom Hotel Adlon aus zu regieren und als neue Politbürokratie über die Shopping- und Amüsiermeile zu flanieren. Oder sollen wir vor den an diesem Tag leeren Institutionen um ein besseres Leben oder gar „ums Ganze“ betteln? Dort befindet sich an diesem Tag weder ein Kongress - wie IWF/Weltbank Tagung 88 oder G8 in Heiligendamm - noch sonst was, dem es auf die Pelle zu rücken gilt.

Dieses Jahr findet die 25. Revolutionäre 1. Mai Demo statt, trotz aller Versuche der Herrschenden diese zu zerkloppen, illegalisieren, Teile und Herrsche oder ins Allerlei zu integrieren. Im Eröffnungsbeitrag der ersten Revolutionären 1. Mai Demonstration 1988 nach der Revolte 1987 hieß es bereits: „*Dass wir nun hier stehen, um durch Kreuzberg und Neukölln zu laufen, das hat seine Gründe: Hier, und nicht im Reichstag, leben viele Menschen, die das Leben nicht mehr wollen, das ihnen in diesem System geboten wird.*“

Wenn wir die Flaniermeile Unter den Linden überhaupt erreichen, was wir nicht denken und

auch garnicht wollen, was sollen wir dann dort tun?

Den TouristInnen erklären, dass sie demnächst in ihren Ferienwohnungen in innerstädtischen Wohnhäusern etwas rücksichtsvoller agieren sollen, da wir am nächsten Tag vielleicht zur Maloche, in die Uni oder auf irgendwelche repressiven Ämter müssen? Unsere Kinder nachts ab und an schlafen? Den sicherlich prekär beschäftigten Starbucks-VerkäuferInnen von einem besseren Leben in ferner Zukunft erzählen, wenn er/sie sich endlich von dieser prekären Situation befreit haben? Wir könnten dort nichts anderes als appellieren und unsere sicherlich schicken Transparente auf tausenden Youtube-Videos bannen lassen.

Das kann nicht unser Ziel sein.

Denn diese Route hat nichts mit unseren Kämpfen der letzten Jahre und Monate zu tun.

Als die Flüchtlinge vor diesem Schandmal deutscher Großmannssucht und Kolonialismus - dem Brandenburger Tor - demonstrierten ergab dies einen Sinn. Sie konfrontierten die dort flanierenden TouristInnen mit dem der Mehrheitsgesellschaft innewohnenden Rassismus und neokolonialistischen Denken. Inzwischen sind sie längst weitergezogen. Dorthin, wo auch sie ein Recht haben zu leben und zu wohnen. Quer durch Deutschland ins innerstädtische Kreuzberg. An den Oranienplatz und ins Irving Zola Haus. Sie sind uns willkommen und wir haben begonnen unsere Kämpfe um ein würdiges Leben gemeinsam zu führen. Vielleicht erst in den Anfängen, aber mit dem gemeinsamen Gedanken uns nicht mehr an die Stadtränder verbringen oder verdrängen zu lassen. Wir sind weit davon entfernt unseren Kampf mit ihrem sicherlich viel schwierigeren gleichzusetzen, können aber schon jetzt an vielen Punkten zusammenkommen. Wären Irving Zola Haus und Refugee House nicht bessere Ort um unsere Präsenz und Unterstützung zu zeigen?

Seit letztes Jahr protestieren, informieren und demonstrieren AnwohnerInnen der Initiative „Kotti & Co“ an zentraler Stelle in Kreuzberg. Ihr Thema: Verdrängung durch steigende Mieten, sprich Gentrifikation. Ein Thema, das sicherlich viele noch nicht zwangsumgezogene und umgezogene KreuzbergerInnen betrifft. Sie demonstrieren und protestieren in Kreuzberg, dem Ort, dan dem sie zu bleiben gedenken und nicht jwd („janz weit draussen“) auf Flaniermeilen.

Ist es ein Zufall, dass unweit des Kotti-Camps die immer größer werdende Bewegung gegen Zwangsräumungen ihren Anfang nahm? Nein, denn wir haben immer noch ein gesteigertes Mobilisierungspotential in den Bezirken Kreuzberg, Neukölln und Friedrichshain. Die Situation im Wedding ist zukünftig eine ähnliche. Deshalb demonstrieren wir auch dort.

Die Bewegung gegen Zwangsräumungen nahm in der Lausitzer Straße ihren Anfang. Eine weitere in Neukölln ist ersteinmal verschoben, weil GenossInnen im Vorfeld des 1. Mai zur Verhinderung aufriefen. Die Demonstration gegen Zwangsräumung und in Gedenken an Rosemarie fand von Kreuzberg nach Neukölln statt. Muss man sich wirklich fragen warum? Hier ist das Potential derer, die sich nicht vertreiben lassen wollen und auch unser Mobilisierungspotential am größten. Hier gilt es den Menschen zu zeigen, dass sie unserer Solidarität sicher sein können und sie mitzunehmen. Hier entwickeln wir unseren Widerstand in konkreten Kämpfen und nicht bei Spaziergängen Unter den Linden, wenn sie in Routenbesprechungen mit der Polizei zugelassen werden.

Es ist immer noch Sache der traditionellen Gewerkschaft ihre Gefolgschaft stets vom Geschehen weg in die Pampa zu führen. Wir, ob wir uns anarchistisch oder kommunistisch nennen, ob antiautoritär oder basisdemokratisch - demonstrieren dort wo wir kämpfen und leben. Mit Kotti & Co, Irving Zola Haus, Spreeufer für alle, Flüchtlingscamp, Stoppt Zwangsumzüge usw. immer noch mehrheitlich in Kreuzberg oder nahem Neukölln und Friedrichshain. Oder auch im Wedding. Wer sich dort per Verhandlung oder Polizeidekret vertreiben lässt, soll doch bitte nicht vom Widerstand reden.

Schon 2002, als es die ersten akademischen Versuche gab, ein Stadtteilstatt Demo in Kreuzberg36 zu installieren und im Austausch dafür dass die Bullen dort eventuell nicht präsent sein würden, außerhalb in unbewohntes Gebiet zu laufen, waren unsere Forderungen u.a.:

Schon 2002, als es die ersten akademischen Versuche gab, ein Stadtteilstatt Demo in Kreuzberg36 zu installieren und im Austausch dafür dass die Bullen dort eventuell nicht präsent sein würden, außerhalb in unbewohntes Gebiet zu laufen, waren unsere Forderungen u.a.:

Schon 2002, als es die ersten akademischen Versuche gab, ein Stadtteilstatt Demo in Kreuzberg36 zu installieren und im Austausch dafür dass die Bullen dort eventuell nicht präsent sein würden, außerhalb in unbewohntes Gebiet zu laufen, waren unsere Forderungen u.a.:

„Einstellung aller Zwangsräumungen, Auflösung aller Obdachlosen- und Asylheime und menschenwürdige Unterbringung in lehrstehende Wohnungen, Nutzung leerstehender Schulen und anderer Gebäude als soziale Zentren und Volkskantinen für selbstorganisierte Initiativen, etc.“

Der damalige Senat (SPD-PDS/„Linke“) scherte sich, wie nicht anders zu erwarten, einen Dreck um diese Forderungen. Heute haben Initiativen und Gruppen begonnen diese von unten umzusetzen. Und zwar in Kreuzberg, Neukölln, Friedrichshain und nicht am Anhalter Bahnhof oder Unter den Linden.

Protest ist, wenn ich irgendwo jwd sage, dies und das passt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dort, wo ich zu bleiben gedenke, 365 Tage, auch am 1. Mai trotz Polizeifestspiele und Biermeile meinen Willen zur Revolte zum Ausdruck bringe.

Protest kann schnell der kleine Bruder vom Reformismus sein, Widerstand dagegen ist ein Funke zur Revolte und Revolution.

Wir finden keinerlei Verständnis für die Entscheidung die Demo nicht im Bereich Wrangel- und Reiche-Kiez, Kreuzkölln, Neukölln oder Rand 61 stattfinden zu lassen. Kein Verständnis dafür, neben Akzeptanz vom Mistfest uns sogar gleich ganz aus unseren Kiezen zu verpissen. Es ist kein dummes Ritual, wie von Springer bis Hipster stets kolportiert wird, auf Routen durch altbekannte Stadtteile in Kreuzberg und Neukölln zu bestehen. Das haben gerade auch die Kämpfe der letzten Monate gezeigt (s.o.).

Im Aufruf „Für eine Revolutionäre 1. Mai Demo“ 1988 wurde schon damals festgestellt: *„...Was uns dabei als radikale Linke trotz aller Unterschiede verbindet, ist die Erkenntnis, daß revolutionärer Widerstand perspektivisch die Machtfrage stellen muß, und daß sich diese Perspektive in allen Punkten, wo Widerstand geleistet wird, ausdrücken muß, um voranzukommen“.*

Und die Auswertung revolutionärer GenossInnen nach der Kreuzberger Revolte 1987 *„Gewisse Dinge sollten sie einfach tun, bevor Ihnen das Wasser bis zum Halse steht!“ hat auch heute ihre Gültigkeit: „Die CDU spricht nach der 1. Mai*

Nacht von der -besonderen Zusammensetzung verschiedener Problemgruppen- in Kreuzberg. Gemeint sind damit vor allem die Menschen, deren Loyalität zum Staat gebrochen ist bis hin zu denen, die sich bewußt im Widerspruch und Widerstand gegen die HERRschende Klasse begreifen. Eine Frage des Bewußtseins also, und nicht bloß der schlechten sozialen Bedingungen, wie es auch die AL (Anmerkung: AL = Alternative Liste-Grüne) rumerzählt. Sie versuchen zu verschleiern, daß es hier im Kiez politische Strukturen gibt, Ansätze revolutionärer Politik und damit einen Widerstand, wo ihre Befriedungs- und Integrationsstrategien nicht mehr greifen. Das ist es, was ihnen Angst macht.“

Dass fehlen des Sicherheitsaspekts bei der Demoführung in diesem Jahr sehen wir genauso wie die anarchistischen GenossInnen. Brauchen dies daher nicht nochmal erläutern. Auch wir behalten uns vor die Demo bei gegebenen Anlass vorher zu verlassen. An Durchsickeraktionen, deren Sinn völlig im Dunkeln bleibt, Richtung Flaniermeile Unter den Linden, werden wir uns nicht beteiligen. Den Aufruf dazu sehen wir eher als zahnlose Drohgebärde denn praktisch umsetzbar. Den Latte Macchiato gibt es sicherlich mit weniger Herumlaferei auch in Kreuzkölln.

Die Stärke der Autonomen Bewegung war früher einmal für uns, die durch den Sicherheitsapparat diktierten nichtkalkulierbaren Situationen zu umschiffen, sich selbst nicht ein Bein zu stellen und selbst dafür zu sorgen, dass wir unberechenbar bleiben.

Diejenigen, die fahrlässig handeln, riskieren unnötige Übergriffe, Kiezverbote und Spaltung der Demo.

Der revolutionäre 1. Mai Aspekt findet sich zunehmend in der angekündigten nichtangemeldeten autonomen Demo durchs staatlich finanzierte Myfest in Kreuzberg.

Holen wir uns unser Recht auf Bewegungsfreiheit in Kreuzberg und Neukölln zurück!

Für einen widerspenstigen und unberechenbaren Revolutionären 1. Mai!

Autonome KommunistInnen / Traditioneller Flügel

Unangemeldete Demonstration am 1. Mai

Wie bereits in den letzten beiden Jahren soll es auch dieses Jahr am ersten Mai in Kreuzberg eine unangemeldete Demonstration geben: gegen steigende Mieten und Verdrängung, Zwangsumzüge, Polizeigewalt und die drohende Räumung alternativer Projekte wie Linienstraße 206, KVV, Rummelplatz, Baiz...

Seit Jahren steigen die Mieten in der Berliner Innenstadt rasant. Auf der einen Seite, bei den Immobilien-Firmen, explodieren die Profite rasant. Auf der anderen Seite stehen hunderttausende Mieterinnen und Mieter, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Miete bezahlen sollen; Menschen, die nicht mehr ins Kino gehen oder sogar ihr Essen nicht mehr bezahlen können, weil der Großteil des Einkommens für Miete draufgeht; Hartz IV-Bezieher_innen, wo das Jobcenter die gestiegene Miete nicht mehr übernimmt; Menschen, die den Kiez, in dem sie seit Jahrzehnten wohnen, verlassen müssen, weil hier keine bezahlbaren Wohnungen mehr zu finden sind.

Diese Verdrängung von Menschen mit geringen Einkommen aus der Innenstadt hat mittlerweile sehr große Ausmaße angenommen. Die Politik nimmt diesen Prozess nicht nur hin, sondern unterstützt ihn auch aktiv: durch die Privatisierung hunderttausender ehemals öffentlicher Wohnungen in den letzten Jahren, durch die bewusste „Aufwertung“ von bestimmten Stadtteilen, und direkt durch teils massive Polizeieinsätze bei Zwangsräumungen, die mittels heftiger Gewalt von den Eigentümer_innen der Mietshäuser in Berlin durchgesetzt werden.

Betroffen von steigenden Mieten, Verdrängung und Zwangsumzügen vertrauen immer weniger Menschen auf den Staat und die herrschenden Parteien. Dass CDU und FDP eh nur immer die Interessen der Reichen im Blick haben, ist offensichtlich. Dass es hier in Berlin die sogenannte „Linke“ war, die zusammen mit der SPD die Privatisierung öffentlicher Wohnungen vorangetrieben haben, haben die Menschen auch nicht vergessen. Und wer erinnert sich nicht, dass es die „Grünen“ waren, die mit der Einführung von

Hartz IV eine Massenverarmung auf breiter Ebene politisch durchgesetzt haben?

Statt auf den Staat und die herrschenden Parteien zu vertrauen, organisieren sich immer mehr Menschen selbst – und das auch zunehmend mit Erfolg. Mit Blockaden von Nachbar_innen und Aktivist_innen wurden etwa in den letzten Monaten Zwangsräumungen teilweise nur noch mit Hilfe massiver Polizeieinsätze möglich. Und alleine in der zweiten April-Hälfte wurden mindestens zwei konkret geplante Zwangsräumungen in Berlin wieder abgesagt – alleine aufgrund der Ankündigung von Protesten. Diese Entwicklung finden wir super.

Derzeit ist es noch die Regel, dass Mieterhöhungen zur Profitsteigerung von den Eigentümern und Immobilien-Konzernen durchgesetzt werden – mit der Androhung der Räumung durch Polizeigewalt, falls die Miete nicht vollständig und pünktlich gezahlt wird. Gleichzeitig werden Mieterinnen und Mieter mit langjährigen Verträgen häufig schikaniert und bedroht, um sie zum Auszug zu bewegen – und so Platz für lukrative Neuvermietungen, häufig zur doppelten Miete oder mehr, zu schaffen.

Wenn wir es schaffen, Zwangsräumungen gemeinsam effektiv zu verhindern, schaffen wir auch einen Spielraum für Mieterinnen und Mieter, den unverschämten Mietforderungen und regelmäßigen Mieterhöhungen der Hausbesitzer und Immobilien-Konzerne entgegen zu treten. Und wenn sich auch nur ein Teil der hunderttausenden Menschen in Berlin, die von unverschämten Mietforderungen betroffen sind, für eine gemeinsame Verweigerung, für den Miet-Streik, entscheidet, werden diese Mieterinnen und Mieter eine solche Macht haben, dass auch die hochgerüstete Berliner Polizei ihren Widerstand nicht wird brechen können.

Nicht nur hunderttausende Mieterinnen und Mieter, sondern auch diverse alternative Projekte sind bedroht durch eine Entwicklung, die vor allem auf hohe Renditen aus lukrativen Immobilien setzt: die Hausprojekte „Linienstraße 206“

und „Köpi“ in Mitte, das langjährige Veranstaltungszentrum „Kirche von Unten“ in Prenzlauer Berg, der Wagenplatz „Rummelplatz“ in Lichtenberg, das Hausprojekt „Rigaer 94“ in Friedrichshain, das politische und soziale Zentrum „Irving Zola Haus“ in Kreuzberg und viele mehr. Und auch diese Projekte sagen, wie viele Mieterinnen und Mieter: „Verdrängung verhindern – Wir bleiben Alle!“

Die Basis für zunehmende Verarmung großer Teile der Bevölkerung sowie für steigende Mieten, explodierende Immobilien-Profite und Verdrängung wird von der Politik und den herrschenden Parteien geschaffen. Umgesetzt wird diese Entwicklung mit tatkräftiger Entwicklung der Berliner Polizei, vor allem auch in Form der besonders gewalttätigen kasernierten sogenannten „Hundertschaften“.

Bei Zwangsräumungen werden Blockaden von Nachbar_innen und Aktivist_innen von der Straße geknüpelt. Erst letzte Woche wurde eine Demonstration wegen des Todes von Rosemarie F. – gestorben in einer Notunterkunft zwei Tage nachdem sie mittels eines größeren Polizeieinsatzes zwangsgeräumt wurde – von starken Polizeikräften völlig grundlos mitten auf der Demonstrostrecke angegriffen, massiv wurde Pfefferspray eingesetzt, mehrere Demonstranten und Demonstrantinnen wurden festgenommen, ein Demonstrant wurde nicht nur vor seiner Festnahme bewußtlos geprügelt, es wurde ihm auch medizinische Hilfe verweigert.

Wir haben die Schnauze voll von der Berliner Polizei, die versucht, durch permanente und

brutale Gewalt den Protest gegen die unsoziale Politik und die steigenden Mieten von der Straße zu knüppeln. Auf unserer Demonstration am 1. Mai wollen wir von diesen Schlägerbanden nichts sehen – weder in Uniform noch verkleidet in zivil.

Um sich etwas gegen die staatlichen, bezahlten Schlägerbanden zu schützen – die bekanntermaßen auch keinerlei Probleme damit haben, vor Gericht zu lügen, dass sich Balken biegen – wird ein Schutz gegen Maßnahmen, wie das zwar illegale, aber natürlich trotzdem ständig durch die Berliner Polizei durchgeführte, Abfilmen von Demonstrationen empfohlen. Als Farben für die 17-Uhr-Demo am 1. Mai in Berlin würden wir etwa grün, pink und rot empfehlen. Die Demonstration „Schnauze voll: Verdrängung stoppen – Zwangsumzüge verhindern! Miet-Streik jetzt!“ am 1. Mai in Berlin wird nicht angemeldet.

Wir sehen überhaupt nicht ein, für unsere Demonstration ausgerechnet bei denjenigen um Erlaubnis zu fragen, die für die derzeitige Entwicklung von explodierenden Mieten, Verdrängung und Zwangsräumungen verantwortlich sind, und gleichzeitig regelmäßig ihre polizeilichen Schlägerbanden losschicken, um den sozialen Protest niederzuschlagen – im Sinne des Wortes.

Demonstration „Schnauze voll: Verdrängung stoppen – Zwangsumzüge verhindern! Miet-Streik jetzt!“

1.MAI - eine AUSWERTUNG

Nach öffentlicher Diskussion autonomer Gruppen um den 1. Mai gab es einen Aufruf zur Teilnahme an der Bündnisdemo um 18 Uhr. In Form eines Blocks sollte das kritische Verhältnis von Libertären zu den Veranstalter_innen und ihrem (Un-)Konzept demonstriert werden. Ebenso sollte aber natürlich auch die Solidarität mit den vielfältigen Inhalten der Demo ausgedrückt werden sowie eine Form des Widerstandes gelebt werden, der die Unversöhnlichkeit mit den herrschenden Verhältnissen nicht als leere Phrase oder Utopie begreift.

Vorweg muss eingestanden werden, dass der Ablauf der Demo die vielfach geäußerte Erwartung eines massiven Bullenangriffs in Mitte nicht erfüllt hat. Auch sonst waren die Ereignisse etwas verwunderlich. Allein die enorme Größe der Demo war erstaunlich, zumal die Mobilisierung des Bündnisses im Stadtbild mager wie nie ausfiel. Aber jetzt von vorne:

Um 17 Uhr fand wie schon die vergangenen Jahre eine unangemeldete Demo vom Mariannenplatz zur Auftaktkundgebung der 18 Uhr Demo statt. Thema war dort der Kampf um Wohnraum und gegen Kommerzialisierung in Berlin. Erneut gelang es mit mehreren hundert bis tausend(en?) Leuten ohne Bullen sich einen Weg durch die Menschenmassen zu bahnen. Eine gelungene, wenn auch viel zu kurze und für manche Geschmäcker sicher auch zu wenig freche Aktion.

Die 18 Uhr Demo selbst startete vom Lausitzer Platz durch die Eisenbahnstraße in die Köpenicker Straße. Vorne weg die griechische Linkspartei, hinterher das Zentralorgan des Bündnisses - der LKW sowie zugehöriger Block. Der angekündigte schwarze Block formierte sich an mindestens drei unterschiedlichen Stellen, wie aus Erzählungen im Nachhinein zu schließen ist. Es gab Schwierigkeiten sich zu finden und auch die Stimmung der Demo trug nicht dazu

bei, Elan zu entwickeln. Bis zur Heinrich Heine Straße gab es kaum Sprechchöre und Emotionen. Da in vielen Texten die Verhandlungsbereitschaft des Bündnisses mit der Polizei und die dadurch entwickelte Route nach Mitte kritisiert wurde, gab es Einigkeit in großen Teilen der anarchistischen Zusammenhänge, dass die Demo am Moritzplatz verlassen werden muss, um eine Situation wie im letzten Jahr zu vermeiden, bei der die gesamte Masse von den Bullen aufgerieben wurde. So war also die letzte Chance zur gemeinsamen Aktion zwischen U-Bahnhof Heinrich Heine Straße und Moritzplatz. Als einige die Initiative ergriffen und sich aus der Demo lösten, um auf dem seitlichen Grünstreifen nach vorne zu laufen, formierte sich dort sofort ein schwarzer Block guter Dinge, die Polizei, die in den Seitenstraßen mitlief anzugreifen. Die friedliche und träge Stimmung der Demo fand ihr Ende, als eine Hundertschaft Berliner Bullen dann dran glauben musste. Viele in und auch aus der Spitze der Demo, die in diesem Moment überholt wurden schlossen sich an oder applaudierten. Der Gegenangriff der Hundertschaft verlief sich nach wenigen Metern in der Weite der Grünfläche und im Bewurf aus dem schwarzen Block. In der Folge wurden aus dem Demozug die vielfach fotografierte Sparkasse, einige Bonzenautos und Werbetafeln entglast. Zwei Wasserwerfer in einer Seitenstraße wurden ebenso beworfen ohne eine Reaktion hervorzurufen. Am Moritzplatz dann versuchten die Bullen, über den Rechtsknick der Demoroute an der linken Seite Spalier aufzuziehen. Das haben sie unterlassen, als sie auch dort mit Steinen attackiert wurden. Somit hatte der schwarze Block sich nochmal Platz verschafft, um bis zur Shelltankstelle entgegen der Prognose mitzulaufen und dort die Bullen anzugreifen, die diese schützten. Sie verschanzten sich hinter ihren Wannen. Kurz später kam dann ein Angriff von rechts in die Demo, in deren Folge sich der Block vermutlich ohne Festnahmen auflöste. Lediglich zwei Festnahmen, deren Zusammenhang

nicht klar ist, erfolgten an dieser Stelle.

Auch über wenig Bildmaterial dürften sich die Bullen ärgern, da Fotograf_innen von Anfang an eine klare Absage an ihren Voyeurismus erteilt wurde. Einige Kameras mussten dafür zu Bruch gehen. Es ist seit einiger Zeit ein guter Trend erkennbar, Presse und Spanner aus den Aktionen fernzuhalten.

Soweit ist die anarchistische Präsenz auf der Demo als Erfolg zu werten.

Dass die Demonstration dann durch Mitte bis Unter den Linden lief wurde unsererseits nicht erwartet. Welche Gründe das hatte weiß die Einsatzleitung. Vermutlich liegen diese irgendwo zwischen Skrupel und Angst. Skrupel davor, eine ausländische demokratisch-bürgerliche Partei anzugreifen. Angst davor, den gut zusammenhaltenden und scheinbar gut organisierten schwarzen Block noch mehr als durch ihre Präsenz zu provozieren.

Hätten alle gewusst, dass der Rückweg vom Demoende auf Unter den Linden nach Kreuzberg durch die schlecht geschützte Friedrichstraße führte, hätte sich der schwarze Block sicherlich breitschlagen lassen, mitzukommen.

Eine erste Bewertung des politischen 1. Mai in Berlin

Die Kritik bleibt bestehen: die 18 Uhr Demo nach Vorstellung des Bündnisses ist unpolitisch und falsch. Schande, aber Schande vor allem für das Bündnis, dass hier die TAZ, die sämtliche guten Aktionen der gestrigen Demo unter den Tisch fallen lässt, zitiert werden will: „Was unterscheidet noch von den anderen Protestlern am 1. Mai? Was bedeutet dort noch das „Unver-

söhnliche“ mit dem System? Sollte es das bloße Ziel einer zu Ende gebrachten Demonstration sein, hätte man das auch einfach haben können. Mit einer Bitte um Aufnahme bei den Gewerkschaftern. Auch die demonstrieren ja jeden 1. Mai für eine gerechte Gesellschaft – direkt vorm Brandenburger Tor.“

Auch das Myfest mit seinem Barrio Antifascista ist unpolitisch und falsch. Während die Polizei durch das eigene Fest randaliert und Leute an- und abgreift, während wir kämpfen sollten gegen den kapitalistischen Frieden hier und gegen den kapitalistischen Krieg dort, feiert eine Alternativkultur ohne Alternative zu den herrschenden Zuständen bei antikapitalistischen Texten und Bier in Plastikbechern ihr Dasein und ihre Kooperation mit den Bullen und Politikern.

Zum ersten Mai müssen dieses Jahr aber auch noch zwei weitere Aktionen gerechnet werden: in der Karl-Marx-Straße in Neukölln gab es eine Scherbendemo mit Glasbruch bei einer Santander-Bank, bei H&M (Remember Savar!) und bei Rossmann.

Außerdem gab es eine Sabotage-Aktion an der Berliner S-Bahn. Nur unter Anderem wird klargemacht: „Wir stellen unseren Angriff zur Diskussion als Alternative oder Ergänzung zur Ritualisierung der Maifestspiele, die uns durch die Repression aufgezwungen wird und die der derzeitigen Macht vielleicht gar nicht mehr schadet.“ [...]

Gespannt ist außerdem noch auf die Auswertungen der Walpurgisnacht im Wedding zu warten, die es mindestens geschafft hat, die Walpurgisnacht wieder mit Inhalten zu beleben.

autonome Gruppe „Guter Dinge“

Unser Eindruck

Schmierblatt - Wandzeitung - Kommuniké

Zur 17 Uhr Demo

Für uns, die wir uns im vorderen Teil der Demonstration bewegten, war diese dieses Jahr äußerst angenehm und kraftvoll.

Im Gegensatz zu den letzten Jahren, als die Demonstration von den Menschen auf dem „Myfest“ als touristische Attraktion gefeiert wurde, wurde der großteilig bunte, aber verummte Demozug mit Überraschung und einer Art „Schock“ wargenommen, so unser Eindruck.

Trotz dessen und dem energischen und starken Auftreten der Demonstration, gelang es viele der Anwesenden mittels

Flugblattverteilung zu erreichen und die Inhalte der Demonstration zumindest bei einigen zu vermitteln.

Die Einschätzung der Gruppe „autodingsbums“ können wir hier nicht teilen (<https://linksunten.indymedia.org/de/node/85175>).

Ziel der Demonstration war es unserer Meinung nach nicht eine sinnlose Konfrontation mit den Bullen herbei zu führen, sondern dem „Partyvolk“ auf dem „Myfest“ zu vermitteln dass immer noch und gerade jetzt verstärkt zahlreiche soziale Kämpfe auch in Berlin geführt werden.

Auch ein „selbtsicheres behaupten der Straße“ auf Höhe des Carlo Giuliani Parks hielten und halten wir, wie auch viele andere Teilnehmer_innen der Demonstration, an dieser Stelle für nicht nur unsinnig, sondern auch eine unnötige Gefährdung der ganzen Aktion.

Die Tatsachen dass an der Ecke Bethaniendamm/Mariannenplatz ein Wasserwerfer und an der Ecke Engeldamm/Melchiorstraße ein weiterer Wasserwerfer postiert waren, sowie das sich eine parkende Hundertschaft in der Melchiorstraße und eine Einheit der Cops an der Ecke Adalbert/Bethaniendamm befanden, hätte besagte Eskalation an dieser Stelle zu einem Fiasko werden lassen und wahrscheinlich unnötige Verletzungen und Festnahmen bedeutet.

Das große Teile der teilnehmenden Menschen

dann innerhalb des „Myfestes“ den Anschluss verloren, können wir zwar nicht bestätigen jedoch auch nicht verneinen, insofern können wir uns darüber kein gutes Urteil bilden.

Im Zuge der Ankündigungen verschiedener anarchistischer Gruppen im Zusammenhang mit der 18 Uhr Demonstration jedoch halten wir das Zurückhalten (in Bezug auf Eskalation/Konfrontation) der 17 Uhr Demonstration für sinnvoll.

Die „revolutionäre 1.Mai“ Demonstration

Unsere Geschwisterchen entschlossen sich trotz immenser und frustrierend hoher Präsenz von hierarchischen/lenistischen/„demokratischen“/parlamentarischen Gruppen aufgrund des anarchistischen Blocks an der 18 Uhr Demonstration teilzunehmen und begannen im Vorfeld die nähere Umgebung der Demonstrationsroute zu erkunden.

Hierbei wurde mehr als deutlich was für eine enorm hohes Polizeiaufgebot für die Demonstration bereit gestellt worden war.

In der Wrangelstraße trafen unsere Geschwisterchen auf mindestens 200 Cops mitsamt Einsatzfahrzeugen und geschätzte 40-50 BFE'ler.

Außerdem wurde die Demonstration auf der Wrangelstraße mit einer Einsatzhundertschaft in Fahrzeugen parallel zur Route auf der Wrangelstraße begleitet.

Jeder Rückweg zum „Myfest“ wurde von den Cops vorsorglich mit geschätzten 50 Leuten abgeriegelt, welche bis zum vorüberziehen der Demonstration Stellung hielten.

Unabhängig von der eher geringen Präsenz von Wohngebäuden und Passant_innen auf der Köpenicker Straße und der damit, unserer Meinung nach, einhergehenden „Sinnlosigkeit“ dieses Teils der Route, wurde also von den Bullen jegliche Möglichkeit des „Ausfalls“ mehrerer Teile der Demonstration in Betracht gezogen und im Vorfeld eingeplant.

Die kurze Eskalation auf der Heinrich-Heine-

Straße dürfte auf „menschliches“ Versagen seitens einiger Einsatzhundertschaften zurück zu führen sein.

Dies zeigt auch das vorsorgliche postieren einer Polizeikette am Moritzplatz, die unseren Eindrücken nach durchaus geplant war.

Auch wenn dort einige Steine und Flaschen flogen, so zielten diese dort wohl am ehesten auf 2-3 Kamerateams der Cops, welche davon allerdings weitgehend unbeeindruckt blieben.

Der Großteil der Bullen dort blieb erstaunlich und ungewohnt ruhig, während die Demonstration weiter in Richtung Axel-Springer-Haus zog. Spätestens aber ab der Tankstelle auf dem Weg und dem darauf folgenden Angriffen auf die Demonstration war klar, dass die Taktik der Cops durchaus aufging.

Abgesehen von geschätzten 8 Kameras, die in den einzelnen Gruppen verteilt waren, war auch die plötzliche aggressive Präsenz der Bullen ein eindeutiges Zeichen dafür, das alles mehr oder weniger im „vorgesehen“ Rahmen stattfand was auch die Bilanz die Kandt zog, zeigt.

Unsere Geschwisterchen setzen sich dann auch von der Demonstration ab, nicht ohne die geschätzten 60-70 Cops am hinteren Teil der Demonstration zu bemerken die jegliches „zurückfallen lassen“ von Aktionsgruppen versuchten zu unterbinden.

Auch eine Straßensperre ungefähr auf halber Strecke zum Moritzplatz mit vermutlich 30 Cops und weiteren Einsatzkräften in den Seitenstraßen ließen uns auf eine sehr gut geplante Taktik schließen.

Unser Fazit

Alles in allem unser Eindruck der Demonstration der eines riesigen, mobilen Kessels der leider viel zu gut funktionierte.

Erschreckender Weise wurde das Konfliktpotential erstaunlich gut kalkuliert und die Möglichkeit wirklich aus der Demonstration auszubrechen bestand unserer Meinung nach maximal am Lausitzer Platz, indem der anarchistische Block dort hätte stehen bleiben oder eine andere Route einschlagen können.

Wir hoffen, dass die im Vorfeld des 1.Mai begonnenen Debatten und Diskussionen über das

„Bündnis Revolutionäre 1.Mai Demo“ in Zukunft zu einer anderen Art von Konzepten führen werden.

Unserer Meinung nach, ist es nicht nur unnötig eine Demonstration anzumelden, sondern auch ein direkter Gegensatz zu anarchistischen Ideen. Aktionen wie die Scherabendemo am späteren Abend des 1.Mai in Neukölln, sowie der Kabelbrand auf der Bahnstrecke Berlin-Potsdam zeigen, auch in ihrem verschwiegen werden durch die Presse, einen unberechenbaren und wirksamen Ansatz für alternative Aktionen.

In diesem Sinne

Keine Kompromisse. Für einen unberechenbaren Widerstand.

Fünf ist Rechtsaußen.



Agonie und Hoffnung

Ablauf

Die unangemeldete 17:00 Demo am Marianenplatz startete fast pünktlich. Die Präsenz von Zivibullen war im Vergleich zu den beiden Vorjahren noch weiter heruntergeschraubt worden, nur vereinzelt Aufklärungsgruppen waren präsent. Schon nach 100 Meter wurde die Demo von 30 Bullen seitlich begleitet.

Diese kleine Einheit war schon seit Stunden am Rande des Festes postiert und offensichtlich nicht extra für die Demo bereitgestellt worden. In Höhe Legiendamm/Adalbertstrasse stießen drei weitere Wannen von vorne hinzu. Die Demospitze behauptete an dieser Stelle nicht selbstbewusst die Straße, sondern wich trotz der ungefähr 1000 Leuten, die folgten, auf das Gelände des Carlo Giuliani Park aus, wo zu diesem Zeitpunkt mehrere hundert Menschen einem Konzert des Barrio Antifaschista lauschten. Von einer „lautstarken“ Ansage von der Bühne abgesehen, dass „die Bullen hier nichts verloren hätten“, konnte die kleine Bulleneinheit völlig unbedrängt die Demo weiter begleiten.

An der Ecke Adalbert/Waldemarstrasse bog die Demospitze wie schon vor zwei Jahren wieder in das zentrale Festgeschehen ein, erneut verlor der Großteil der TeilnehmerInnen zwischen Bühnen und MyfestbesucherInnen den Anschluss, bis auf die Demospitze war die Demo im weiteren Verlauf garnicht mehr als solche erkennlich.

Als der Zug dann ohne das Eingreifen weiterer eintreffender Bulleneinheiten den Lausitzer Platz und damit den Startpunkt der 18.00 Uhr Demo erreichte, hatte das ganze lediglich den Charakter eines großen Nachmittagsspaziergangs. Nach nicht mal einer halben Stunde war die Angelegenheit, die eher den Eindruck einer Pflichtveranstaltung machte, dann beendet.

Die „revolutionäre 1. Mai Demo“ startete dieses Jahr lediglich mit der berlinüblichen Verspätung von einer Stunde, sodass man/frau/... das Partygeballer auf dem Platz nicht wie im Vorjahr über 2 Stunden ertragen musste.

Es wurden die üblichen austauschbaren Text-

bausteine verlesen, an der Spitze jede Menge rote Fahnen und Verbalradikalität.

Der autonom/anarchistische Block fand sich erstaunlich schnell, auf der Köpenicker Straße liefen dann um die 500 Menschen komplett verummmt und größtenteils in Ketten.

Wie zu erwarten, beschränkten sich die Bullen darauf, die wenigen Querstraßen in Sichtweite, aber außerhalb der Steinwurfweite abzusperren.

Lediglich am Legiendamm war sowohl die Brücke in Richtung Ostbahnhof, als auch der Legiendamm selber von starken Einheiten mit WaWes besetzt, um ein mögliches Abweichen von der Route zu unterbinden. Kurz vor Erreichen der Heinrich-Heine-Straße löste sich der komplette Block aus der Demo und zog quer durch den dortigen Neubaublock und anschließend auf dem breiten Grünstreifen neben der Demo her.

Das erste sich bietende Ziel, eine Hundertschaft der Berliner Bullen, die die Demo verdeckt im Neubaublock begleitete, wurde in einem breiten Durchgang massiv mit Steinen angegangen und verzichtete sichtlich beeindruckt auf offensive Aktionen.

Während die Hundertschaft in Eile versuchte, wieder im Neubaublock verdeckt, zur Spitze des „schwarzen Blockes“ aufzuschliessen, was ihr aber aufgrund mangelnder Ortkenntnisse nicht gelang, kam es zu weiteren militanten Aktionen. Ein Firmenwagen von Vattenfall wurde zerlegt und umgedreht, die Sparkasse an der Ánnenstrasse entglast und die dort postierten WaWes beworfen. (Ein Beispiel dafür, dass die Bullen bei aller akribischen Vorbereitung auch Fehler machen: Ohne operative Einheiten, lediglich mit einer kleinen begleiteten Einheit an dieser Stelle, war auch hier für die Bullen kein offensives Eingreifen möglich.)

Während sich nun große Teile des „schwarzen Blockes“ auflösten, weil ab dem Moritzplatz eine seitliche Begleitung erwartet wurde, griffen kleinere Zusammenhänge noch Bullenfahrzeuge am Moritzplatz sowie 150 Meter weiter den Objektschutz an der Shell - Tankstelle an.

Die eigentlich zur seitlichen Begleitung vorge-

sehenen Hundertschaften (diese sollte wohl ab der 200 Meter weiter liegenden Bundesdruckerei beginnen), eilten aber herbei und ab diesem Zeitpunkt übernahmen die Bullen die Demoregie. Völlig von deren Gnade abhängig durfte die Demo in teilweise engem Spalier nach Mitte laufen und die üblichen „revolutionären Maulhelden“ durften dort im Scheinwerferlicht der Wasserwerfer vor schaulustigen Touristen „ihren Erfolg“ feiern.

Eine erste Einschätzung

Trotz aller Skepsis gelang die Formierung eines „schwarzen Blockes“ sehr schnell (Die Beobachtung in einer ersten Auswertung auf links unten, es habe dabei Schwierigkeiten und drei unterschiedliche Blöcke gegeben, können wir absolut nicht nachvollziehen).

Die Stimmung im Block war sehr angenehm: Kein Alk, kein Rumgepöle, keine hirnrissigen Parolen. Wobei wenig gerufen wurde, aber alle haben sich wohl auch die Energie für das Komende aufgespart. Es wurde sehr rücksichtsvoll miteinander umgegangen, es kam keine Hektik auf, einige nutzen die Präsenz des Blockes, um Parolen zu sprühen. Die Vermummung war für Berliner Verhältnisse ungewöhnlich fast durchgängig komplett und eben nicht lifestyle, was leider in letzter Zeit häufiger der Fall war.

Beim Ausscheren blieben alle gelassen, es wurde nicht unnötig gerannt, der Angriff auf die Bullenhundertschaft war entschlossen (was wohl auch ausschlaggebend für deren Passivität an dieser Stelle war). Wir fanden die weitgehende „Auflösung“ vor dem Moritzplatz richtig.

An einen massenhaften Durchbruch zurück nach 36 war angesichts der verdeckt begleitenden Bulleneinheiten nicht wirklich zu denken und selbst wenn dieser gelungen wäre, hätte sich daraus keine weitere Handlungsoption ergeben. Eine Aufrechterhaltung des Blocks über den Moritzplatz hinaus hätte schnell zur einschließenden Begleitung und zum Angriff der Bullen auf den Block geführt, wobei wir dieser Konfrontation auf Dauer nicht gewachsen gewesen wären.

Insgesamt ergab sich aber das Dilemma für den Block aus der Kooperation des Demobünd-

nisses mit den Bullen. War schon die Zielführung Brandenburger Tor eine Zumutung, weil völlig klar war, dass spätestens ab Bundesdruckerei/Axel-Springer ausschließlich die Bullen darüber entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen die Demo ihr Ziel erreicht, war der Verzicht auf den ursprünglich vorgesehenen Schlenker durch Neukölln/ Kottbusser Damm eine Bankrotterklärung.

Um es in aller notwendigen Klarheit zu sagen: Aufstandsbekämpfung hat viele Gesichter! Es bedarf keiner geheimen Gespäche zwischen den Bullen und dem Bündnis (Und wir sind auch keine Anhänger von Verschwörungstheorien), aber objektiv war der Preis dafür, dass die Demo nach Mitte ziehen durfte, das Einwilligen in eine Routenführung, die den Bullen eine möglichst effektive Kontrolle über das Geschehen einräumte und aktionswilligen Zusammenhängen ihre Handlungsoptionen massiv einschränkte.

Autonome Reloaded ?

Die Situation in Berlin für eine undogmatische, radikale Linke ist seit Jahren katastrophal.

Autonome Theoriearbeit oder zumindestens die Sammlung von Basics für eine grobe Einschätzung der gesellschaftlichen Situation findet jenseits kleiner Zirkel nicht mehr statt.

Militante Praxis beschränkt sich im wesentlichen auf das nächtliche Einfärben von Fassaden oder Glasbruch durch Kleingruppen.

Oder sie findet im Umfeld von Massenaktionen statt, die im wesentlichen von „Bewegungsmanagern“ initiiert und gesteuert werden (Antifa, Mietenpolitische Themen,...).

Der Glanz der gelungenen Aktionen rund um die Räumung des Liebig ist lange verblasst, nach der euphorisch aufgenommenen Demo zu Carlos Ermordung kam eigentlich nichts selbstbestimmtes mehr.

Erst mit der diesjährigen Demo im Februar zum Bullenkongress in Berlin gab es wieder den Versuch, unabhängig von den Elendsverwaltern der etablierten linken und linksradikalen Organisationen wieder eine eigenständige, „autonome“ Politik zu gestalten.

Auch wenn wir nicht alles für gelungen halten, was in diesem Zusammenhang veröffentlicht

wurde, gab es doch den Versuch, sich sowohl inhaltlich als auch praktisch substanzieller zu finden.

Und es gab auch, und dies halten wir für einen wesentlichen Punkt, eine ausführliche (öffentliche) Nachbereitung der beteiligten Zusammenhänge.

Ebenso wurden im Vorfeld des diesjährigen 1. Mai diverse Aufrufe zu einem eigenen Block veröffentlicht, sowie sich kritisch mit der Politik und den Handlungen des „Bündnisses Revolutionäre 1.Mai Demo“ auseinandergesetzt.

Wobei wir die Hoffnung, dieses durch interne und/oder öffentliche Kritik unter Druck setzen zu können, eigentlich nur als naiv bezeichnen können (soviel Kritik muss bei aller Zuneigung gestattet sein).

Weil im Kern der Konflikt mit Gruppen wie der ARAB und der ALB (um mal Ross und Reiter zu nennen) ein politischer ist, der sich nicht zukünftig lässt.

Das heisst, dass natürlich Bündnisse mit solchen hierarchischen vulgäreninistischen und sozialdemokratischen Gruppen nur aus der Position der Stärke heraus gestaltet werden können, so man/frau/... sie überhaupt für wünschenswert hält.

Insofern war der autonom/anarchistische Block, sowie die Debatte darum, ein Schritt in die richtige Richtung, aber eben auch nicht mehr als EIN Schritt.

Auf die Fragestellung, was „autonome Politik“ heute überhaupt sein kann, wenn sie sich nicht erschöpfen will in Dresscodes und dem oberflächlichen Kopieren vergangener scheinbar „glorreicher“ Zeiten, muss an anderer Stelle ausführlicher eingegangen werden.

Wir werden uns daran ebenso mit Freude beteiligen wie an dem „Autonom- Anarchistischen Block auf der 1. Mai Demo.

Liebe Hoffnung Krawall



Die Wege, die wir gehen....

2. Fassung

Sie nennen es den friedlichsten ersten Mai seit 1987, wir sagen: Schön für euch.

Ihr mögt sogar recht haben, berücksichtigt man, mit welchen Zahlenspielerereien solch ein Fazit gezogen wird. Anzahl der Festnahmen plus die Zahl der verletzten Bullen und vielleicht noch die Höhe des Sachschadens sind das Ausschlaggebende für die Herrschenden. Je nach dem was politisch gerade gewollt ist, wird entweder der friedlichste erste Mai beschworen oder aus einer brennender Mülltonne die wildeste Straßenschlachten herbei phantasiert.

Wie dem auch sei, wir schenken dem nicht sehr viel Beachtung, denn es ist klar, dass diese Zahlen alleine in ihren Händen liegen und vor Allem nur wenig damit zu tun haben, ob etwas qualitativ gut oder schlecht war.

Um diese Frage der Qualität zu beantworten macht es Sinn nochmal genauer darauf einzugehen, was wir uns vom ersten Mai erhofft haben, wieso wir als Gruppe daran Teil genommen haben und weshalb wir die Idee des anarchistischen Mobs mitgetragen haben.

Die „revolutionäre 1. Mai Demo“

Angeknüpft an die Diskussionen rund um die unangemeldeten Demos zum Todestag von Carlo und dem Polizeikongress, fanden wir den Gedanken, die „revolutionäre 1. Mai Demo“ mit ähnlichen Fragestellungen anzugehen, sehr reizend, denn schon lange können wir, in Anbetracht der Art und Weise wie diese Demo vom Bündnis organisiert und umgesetzt wird, eigentlich nur noch mit dem Kopf schütteln. Erstens wegen der inhaltlichen Ausrichtung, welche die letzten Jahre unverhältnismäßig von nur einigen wenigen Gruppen aus dem Bündnis dominiert wurde, zweitens aufgrund der Selbst-Inszenierung dieser Zusammenhänge und drittens wegen der Herangehensweise an diesen Tag: Anmeldung, Bullengespräche, Pressekonferenzen, Interviews.

Gekrönt wurde das diesjährige Spektakel mit einer Delegation der griechischen Linkspartei

„Syriza“. Ein reiner Selbstzweck, um den internationalen Habitus am Leben zu halten. Und während die Szeneprominenz gegen Nationalismus wetterte, mussten sich einige beherzte DemoteilnehmerInnen immer wieder mit einem Menschen herum streiten, auf dass dieser doch endlich seine griechische Nationalflagge einpackt. Was solch reformistische, parlamentarische Kräfte – nicht nur aus Griechenland – auf einer revolutionären Demonstration zu suchen haben fragen wir uns jedes Jahr.

Wie so viele sind wir trotzdem immer mit gelaufen, aber als „unsere Demo“ haben wir sie schon lang nicht mehr wahrgenommen. Das Einzige was einem blieb, waren die direkten Aktionen im Demoverlauf und eigene Aufrufe und Plakate im Vorfeld, mit denen wir die letzten Jahren versucht haben, die Revolten in Nordafrika und dem Südeuropäischen Raum mit unseren Kämpfen zu verbinden. Wir haben keine Lust darauf das selbe politische Spektakel durch zu spielen, wie es etwa die besagten Gruppen aus dem Bündnis tun, allein weil es im großen Gegensatz zu unserem anarchistischen Verständnis steht, weshalb wir einen anderen Weg eingeschlagen haben.

Ein Ziel unsererseits war es, auf der Demo und rund um den ersten Mai, eine anarchistische Präsenz zu schaffen, auch um nicht immer wieder hinter dem fragwürdigen Meer von Fahnen von irgendwelchen Gruppen hinterher zu latschen, die sich schlussendlich damit beweihräuchern, wie viele Menschen sie unter ihrem Banner versammeln konnten.

Eine anarchistische Präsenz aber auch um gewisse Widersprüche dieser Demo, welche unter dem Mäntelchen „revolutionär“ stattfindet, ans Licht zu fördern. Denn seit Jahren gelingt es nicht aus dem Verbalradikalismus auszubrechen (Ausnahme war vielleicht 2009) und dieser Radikalität ganz konkret Ausdruck zu verleihen. Damit meinen wir, dass an die Themen, welche diese Demo vermitteln will, durch unser Handeln auf der Straße militant und kreativ angeknüpft wird.

Bullen angreifen, Banken und Kaufhäuser einwerfen, Häuser und Büros besetzen oder

blockieren, Supermärkte plündern oder Kameras zerstören. Nur einige Beispiele dafür, wie wir unsere Kritik an Stadtaufwertung, Überwachung, Autorität, Rassismus etc. Taten folgen lassen wollen. Dies setzt jedoch voraus, dass die organisierenden Gruppen auch gewillt sind, ihre Aufrufe ernst zu nehmen und diesen Anlass unter dem Aspekt zu planen, das eben auch Möglichkeiten entstehen die eine militante Auseinandersetzung zulassen.

Leider mussten wir feststellen, dass dies nicht gewollt war, auch wenn einzelne Gruppen das vielleicht ganz gut gefunden hätten. Doch sind sie nicht beweglich genug, um aus ihren festgefahrenen Organisationsstrukturen neue Wege einzuschlagen und damit experimentieren zu können. Viel zu wichtig scheint ihnen die Selbstinszenierung zu sein. Die politischen Machtspielereien auf einer Ebene mit Polizei und Politik um die Demoroute, sind für immer zum Scheitern verurteilt. Dass sich dem, auf Biegen und Brechen unterworfen wird, nur um am Ende mit 15 000 Leuten unter völliger Kontrolle der Bullen ins „Herzen der Bestie“ zu latschen, können wir einfach nicht nachvollziehen. Und als offene Frage bleibt für uns nach wie vor, was man den mit diesen ganzen Leuten im dort, vorm Brandenburger Tor machen wollte? An die Regierenden appellieren? Die Touristen beeindrucken? Einfach mal „Hallo!“ sagen, um dann frustriert wieder nach Hause zu gehen?

Wir sind der Meinung, dass dieses „Biest“ nichts Anderes verdient, als das Feuer der Revolte und dazu ist eine angemeldete Demo am 1.Mai unter totaler Überwachung der Autoritäten höchst ungeeignet für.

Natürlich können wir den Bezug zu den Rebellionen der südlicheren Ländern wie Griechenland, Spanien und Portugal verstehen, wo regelmäßig Demonstrationen vor die Regierungsgebäude ziehen. Nur finden diese unter ganz anderen Bedingungen statt. Hunderte Militante beteiligen sich dort an Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht oder versuchen in Anlehnung an die Revolten in Nordafrika diese Orte zu besetzen um die totalitäre Kontrolle der Herrschenden in ihrem Terrain zu durchbrechen. Da wir in Deutschland zur Zeit nicht auf eine große Beteiligung aus der Bevölkerung für solche Aktionen zählen können, bleibt unsere Stärke das

Unberechenbare; wilde Demonstrationen oder Mobs, die sich spontan zusammenschließen, zuschlagen und wieder auseinander gehen.

Wir hatten die Hoffnung, dass sich dies auf irgendeiner Art und Weise mit dem ersten Mai verbinden lässt. Im Nachhinein können wir sagen, dass die von den Bullen diktierte Demoroute doch viel zum Scheitern einiger Pläne beigetragen hat. Es gab kaum Möglichkeiten an dieser Wegstrecke Aktionen umzusetzen, einerseits weil es im Kreuzberger Teil kaum etwas Geeignetes gab und andererseits, weil die Route auf ganzer Länge so verlief, dass es den Cops möglichst einfach gemacht wurde, die Demo taktisch in Schach zu halten.

Wir sehen dies als Resultat aus den Verhandlungen, dem Kniefall vor der Staatsmacht, welcher sich zusätzlich so stark in die Länge zog, dass kaum Zeit blieb gut vorbereitet wenigstens Teile der Strecke mitlaufen zu können. Natürlich kann jetzt auch behauptet werden, dass die Leute nicht entschlossen genug gewesen wären, aber wir dürfen auch nicht den Sicherheitsaspekt an diesem Tag ausblenden. Dementsprechend halten wir es auch für vernünftig, dass sich der schwarze Block nach den Angriffen auf die Cops an der Shell-Tankstelle, auflöste.. .

Zum anarchistischen Beitrag

Wir haben uns darüber gefreut das relativ schnell eine lebendige Diskussion unter autonomen/anarchistischen Gruppen in der Öffentlichkeit stattgefunden hat. Einige Beiträge fanden wir sehr beflügelnd, andere etwas weniger gelungen. Grundsätzlich finden wir es aber gut und notwendig, dass in letzter Zeit wieder vermehrt Debatten über Sinn und Unsinn von gewissen Aktionen, Ereignissen und Demos stattfinden, um unser Handeln in Frage zu stellen und neue Möglichkeiten auf dem Weg in die Fröste der Freiheit auszuprobieren. Ebenfalls fanden wir die „Flugschrift zum 1.Mai für erlebnisorientierte Jugendliche“ sehr erfrischend, da sie verschiedenste Fragen in den Raum geworfen hat und den ersten Mai nicht nur historisch betrachtet, sondern auch versucht unsere Kämpfe mit Inhalt zu füllen.

Auch dass die unangemeldete Mieten-Demo wieder stattfand fanden wir richtig und wichtig,

um zu zeigen, dass es am ersten Mai möglich sein kann, sich mit hunderten Leuten zu treffen und zu laufen. Für die Zukunft könnten wir uns vorstellen, den Versuch zu unternehmen, das Myfest zu verlassen und eine Route einzuschlagen, auf der uns die Bullen nicht erwarten. Wir sollten so unberechenbar sein, wie wir nur können, sonst „verkommt“ vielleicht auch dieser Ansatz zu einem kontrollierten Teil des Ersten-Mai-Spektakels. Denn es ist leider so, dass die anfängliche Euphorie schnell in die Routine, in das Schauspiel abrutschen kann, wenn wir uns der Selbstbestimmung berauben lassen.

Ein Ziel, dass wir aus unserer Sicht definitiv nicht erreicht haben, war es eine anarchistische Präsenz außerhalb der Bewegung, außerhalb derer die sich die Texte im Internet durchlesen oder unsere Infoläden durchwühlen, herzustellen. Wir denken, dass viel zu viel Energie in die Planung eines möglichen Demoverlaufs verschwendet wurde, wir schlussendlich, nicht nur durch die dadurch entstandene Abhängigkeit zum Bündnis bezüglich der Route, kaum Ideen umsetzen konnten und uns auch nicht, oder nur marginal, mit anderen Dingen im Vorfeld beschäftigten.

Als Anarchisten sollte uns klar sein, dass die „Bewegung“ nur ein kleiner Teil dessen sein kann, wo wir unsere Bezugspunkte setzen, wo wir Leute treffen oder wo unsere Auseinandersetzungen stattfinden. Für mindestens genauso wichtig halten wir es, im öffentlichen Raum präsent zu sein. An den Orten, wo die Kommunikation stattfindet und Reibungspunkte entstehen, um da Verbündete zu finden, wo sich das Leben, fernab unsere Subkultur abspielt: in Cafés, an öffentlichen Plätzen, U-Bahnstationen und und und.

Mit Flyer, Zeitungen, Sprühereien und allem was uns sonst noch einfällt. Dies hat bei vergangenen Anlässen schon besser funktioniert und es wäre wünschenswert, wenn sich diese Tendenz fortsetzen würde.

Und es hat Boom gemacht

Erfreulich finden wir es, dass sich einige Leute nicht allein auf das Gelingen der Demonstration, was auch sehr naiv gewesen wäre, verlassen haben und in räumlicher Distanz zum Kreuzberger

Ballermann ihrer Wut freien Lauf ließen. So gab es in Neukölln eine Scherbendemo, währenddessen H&M, eine Bankfiliale und Rossmann ihre Scheiben verloren. Wir finden es ermutigend, dass so was in unmittelbarer Nähe einer Bullenwache am ersten Mai möglich ist, und hoffen auf mehr Kontrollverluste dieser Art. Am frühen Morgen des zweiten Mai hatte dann die Berliner S-Bahn zum wiederholten Male einen Kabelbrand zu vermelden, der den ganzen Tag über den öffentlichen Nah- und Fernverkehr behinderte. Dazu gab es ein ausführliches schreiben das hier nachzulesen ist: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/85080>

In der Nacht zum 2. Mai kam es dann im ganzen Stadtgebiet zu einer beachtlichen Anzahl von Anschlägen auf Jobcenter und Arbeitsagenturen, sowie auf die SPD-Zentrale, ein Bürogebäude und das Landgericht Mitte.

Mehr dazu gibt es hier: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/85247> und hier <https://linksunten.indymedia.org/de/node/85248>

Und wie weiter...

Im großen Ganzen können wir sagen, dass wir gar nicht so unzufrieden sind. Auch wenn vieles hätte besser und anders verlaufen können, so denken wir, dass einen Schritt in die richtige Richtung getan wurde, bezüglich einer anarchistischen Auseinandersetzung rund um den ersten Mai.

Auch wenn größere militante Auseinandersetzungen ausblieben, können wir zumindest sagen, dass diese Dinge, die gelaufen sind, genauso wie in den vergangenen 2 Jahren, sehr gezielt stattfanden und so ihren Teil zur Qualität des Ganzen beitrugen. Vieles im Umgang mit den organisierenden Gruppen hat sich durch den ganzen Prozess verdeutlicht und unsere Einschätzungen bestätigt. Was dies für die Zukunft bedeutet wollen wir an dieser Stelle noch nicht festlegen, vielleicht führt es punktuell zu einem Umdenken bei gewissen Gruppen, was neue Möglichkeiten für andere Anlässe eröffnen würde, oder die Positionen und das Verhältnis zueinander hat sich dadurch nochmal verhärtet. Wenn dem so ist, bleibt nur zu akzeptieren, dass uns eben mehr Dinge trennen als verbinden. Wir hoffen weiterhin auf eine lebendige Debatte

über unser Handeln, über das Wann, Wie, Wo und Warum.

Eine Bewegung die nicht fähig ist, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen und bereit ist Konsequenzen daraus zu ziehen, hat diesen Namen nicht verdient und ist dem Stillstand preisgegeben.

**Gegen das Bestehende! Gegen das Spektakel!
Für die soziale Revolte!
Für den unkontrollierbaren Flächenbrand!**



Momente des Angriffs

Scherbendemo

Am späten Abend des ersten Mai kam es in der Karl-Marx-Straße in Neukölln zu einer kurzen und entschlossenen Scherbendemo mit 40-50 Leuten. Dabei wurde die Straße mit Baumaterialien verbarrikadiert. Bei H&M und der Santander Bank wurden die Schaufenster eingeworfen, so dass sie komplett offen standen und für proletarisches spät-shopping frei zugänglich waren bis sich die Büttel davor positioniert hatten. Bei ersterem wurde dazu „Remember Savar“ an die Fassade gesprüht. Savar, die Ortschaft in Bangladesch wo am 24. April 304 TextilarbeiterInnen bei einem Fabrikeinsturz ihr Leben verloren. Nachdem auch noch einige Steine auf eine Rossmann-Filiale flogen verschwand der Mob genauso schnell wie er gekommen ist wieder.

Die Presse schweigt weitestgehend zu diesem Ereignis. Obwohl gestern fast alle größeren Zeitungen in ihrem Live-Ticker davon berichtet haben,

ist heute nichts mehr davon zu hören. Hat man sich doch schon darauf geeinigt dass es der friedlichste erste Mai seit 87 war. Es passt weder in das Bild der üblichen Suffrandle noch will irgendwer daran erinnert werden, dass ArbeiterInnen in der dritten Welt dafür verrecken müssen, damit der Traum der Warenwelt hier gefeiert werden kann.

Aus dem Morgenpost-Ticker 23.46 Uhr: Scheiben in Neukölln zerstört. An der Karl-Marx-Straße in Höhe der Werbellinstraße haben Vermummte unmittelbar nacheinander eine Bankfiliale (Santander), einen H&M-Laden und eine Rossmann-Filiale angegriffen. In zwei Fällen gehen Scheiben zu Bruch, bei der Rossmann-Filiale gelingt es den Randalierern nicht, die Scheiben zu zerstören.



Vom Grollen der Vulkane in den Metropolen: 1. Mai verlängert

„Aufgrund von Sabotage im Betriebsablauf verzögert sich die Wiederaufnahme produktiver Geschäftigkeit. Wir bitten um Verständnis. Genießen Sie den verlängerten 1. Mai.“ (Dies könnte ein Lautsprecher heute auf einem Bahnsteig in Berlin verkündet haben.)

“Könnt Ihr das hören? Es ist der Klang ihrer Welt, die zusammenbricht. Es ist die unsere, die wiederkehrt. Der Tag, der Tag war, wurde Nacht, und die Nacht wird der Tag sein, der Tag sein wird.”

Dies verkündeten am 21.12.2012 über 40.000 aufständische Indigene mit Schweigemärschen im Süden Mexikos. Mit ihrem Aufstand von 1994 gegen das damalige Freihandelsabkommen reklamierten die Aufständischen ein Lebensrecht und setzten dieses gegen die kapitalistische Dynamik, von der sie sich bedroht sahen und sehen.

Wir antworten aus dem Dschungel der Metropolen: „Wir haben Euch gehört!“

Wir sehen selbst das Offenkundige: Eine Welt ausgeplündert, ausgedörrt. Flüchtlingsströme, Hungersnöte, Überschwemmungen, Dürren: die naturalisierten Folgen gesellschaftlicher Verhältnisse. Materielle und psychische Überlebenskämpfe, Konkurrenzkämpfe, Festung Europa, Kriege... Dafür aber Rettungsschirme für das Kapital, statt Banken abzuwickeln, statt Börsen still zu legen, statt endlich damit anzufangen, anders zu wirtschaften, anders zu leben.

Wir wollen den Betrieb hierzulande so ins Straucheln bringen, dass das die Menschen in Griechenland, in Spanien, in Portugal, Zypern.. und auch die indigenen Bevölkerungen dieser Erde, die für ein anderes Leben kämpfen, von hier aus unterstützt. Die sozial bewegte Situation im Süden Europas und auf anderen Kontinenten lässt sich von der gespannten Ruhe hier nicht trennen.

Dafür verlängern wir heute den ersten Mai, praktisch wie inhaltlich.

Wir haben an mehreren Orten im Süd-Westen Berlins, mit Wirkung in die „besseren“ Wohngebenden hinein, die Personenmobilität des Fern-, des Nah- des Güterverkehrs und der kaputtsanierten S-Bahn, sowie in Teilen die Telekommunikation stillgelegt, bzw. eingeschränkt. Dies mit einigen Auswirkungen für den morgendlichen Pendelverkehr, das Internet und die Mobiltelefonie. Für Menschen bestand zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr.

Wir verlängern den ersten Mai, den klassischen Kampftag der Arbeiterklasse, und bringen die auf dem Funktionieren von technischen Netzen und Kreisläufen basierende zerstörerische Normalität des Arbeits- und Ausbeutungsalltages für eine kurze Zeit ins Stocken.

Das, was IWF und Weltbank Ende des 20. Jahrhunderts als „Strukturanpassungsmaßnahmen“ für verschuldete Staaten in der sogenannten Dritten Welt entwickelt haben, wird derzeit in Griechenland erstmals für ein ganzes europäisches Land eingeführt und blüht den Menschen in Europa insgesamt. Griechenland und Zypern sind zu europäischen Experimentierlabors dafür geworden, wie weit die Menschen in die Armut gezwungen werden können und wo die Grenzen derartiger Enteignungsprogramme aktuell liegen. Dieses Modell könnte zur Matrix für ganz Europa werden. Einen Namen haben sie auch schon dafür: Agenda 2020. Für uns ist die Grenze längst überschritten. Als ein lokales Beispiel sei die zweite Fahrpreiserhöhung dieses Jahr durch den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg und eine für die weitere Privatisierung und Zerschlagung sturmreif „sanierte“ S-Bahn genannt. Ein weiteres Beispiel liefert das Milliardengrab Flughafenneubau BER. Das einzige, was dort pünktlich fertig wurde, war der Abschiebeknast. Oder die explodierenden Preise für Mieten und Wohnraum. Oder Übersichtsaufnahmen auf Demonstrationen durch die Polizei.

Nicht erst die aktuelle Krise hinterlässt eine Spur der sozialen Verwüstung. Aber in der aktuellen Krise sehen wir eine neue Angriffswelle auf unsere Lebensperspektiven. Das Diktat der europäischen Wirtschaftseliten in Gestalt der Troika zwingt die politischen Eliten zunächst in Griechenland und Zypern, aber auch in Italien, Portugal, Spanien,... zu einem Sparkurs, der ausschließlich zu Lasten von Menschen geht, die die Verschuldung nicht zu verantworten haben und vom globalen Finanzmarktkapitalismus nicht profitieren. Es passiert vor unseren Augen und ohne Augenwischerei: Die Kürzungspolitik trifft die Armen und Ärmsten und das Kleinbürgertum. Nicht die Reichen. Nicht die Konzerne. Nicht die Banken. Nicht die Aufstandsbekämpfungseinheiten. Nicht das Militär.

Wir beobachten, wie die sich am ersten Mai straßennah gebenden deutschen Gewerkschaften internationalistisch orientierte Kämpfe links liegen lassen, wenn nicht blockieren. An einem europäischen Aktionstag im vergangenen Jahr, während anderswo Hunderttausende auf den Straßen waren, organisierten hierzulande einige gewerkschaftliche Linksabweichler ein paar Dutzend Leute ans Brandenburger Tor – immerhin, könnten wir zynisch sagen und es dabei belassen, wenn diese Episode nicht symptomatisch wäre: Denn mit ihrem Konzept der Sozialpartnerschaft dienen sich die Gewerkschaftsführungen in Deutschland dem nationalen Kapital an. Obwohl sie damit seit langem in der Krise gelandet sind, versuchen sie, auch die Gewerkschaft auf europäischer Ebene nach dem deutschen Mitbestimmungsmodell zu gestalten. Damit ordnen sie sich den systemischen Vorgaben des transnational taktierenden Kapitals unter. Die von ihnen vertretenen abhängig Beschäftigten bleiben flexibler Produktionsfaktor, sie werden nicht „systemrelevant“, und die Systemfrage bleibt auch trotz systemischer Krise tabu. Stattdessen zieht das Kapital mit seinen schmutzigen und teils tödlichen Produktionsstätten von einem Billiglohnland ins nächste oder importiert die Billiglohnarbeiterinnen in die Metropolenländer, je nach Bedarf. In dieser Situation fehlt den gewerkschaftlichen Kampagnen die angemessene Radikalität, sie hinken hinter den sozialen Notwendigkeiten hinterher

– derzeit mit der Forderung nach Mindestlohn und der Einschränkung von Leiharbeit. Notwendig wäre stattdessen, dass aus gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Basisstrukturen heraus organisierte Menschen mit international koordinierten Generalstreiks die globalen Wertungsketten sprengen und so die kapitalistische Produktionsweise als solche ins Zentrum ihrer praktischen Kritik stellen.

Uns deprimieren auch Demonstrationen, die nur laut verkünden: „Wir zahlen nicht für Eure Krise“, solange auch wir diejenigen bleiben, die büßen müssen für die Schulden der Wachstumswahnsinnigen. Blockupy 2012 in Frankfurt/M. z.B. hat den Polizeistaat offenbart, dessen Personal als Option und Drohung bereits in den Kasernen bereitsteht. Derartige Bürgerkriegsmanöver lassen wir uns nicht auch noch von „Bewegungsmanagern“ als Erfolg der Bewegung verkaufen.

Wir können auch anders, wenn Demonstrationen, wie z.B. in Berlin im vergangenen Jahr am 1. Mai von der Polizei angegriffen und zerschlagen werden oder in einer toten, aufstandsgesicherten Regierungsmitte tot laufen wie dieses Jahr. Mit der Sabotage der Infrastruktur treffen wir genauso wie mit einer Demonstration, nur eben anders.

Wir stellen unseren Angriff zur Diskussion als Alternative oder Ergänzung zur Ritualisierung der Maifestspiele, die uns durch die Repression aufgezwungen wird und die der derzeitigen Macht vielleicht gar nicht mehr schadet.

Generalstreik – Pausenmodus – Sabotage als sozialer Streik - Streik als soziale Sabotage

Wir beziehen uns mit unserer Aktion auf die Kämpfe derjenigen, die sich jenseits von Staats-, Partei- und Gewerkschaftsautoritäten organisieren und halten die Perspektive eines grenzenlosen Generalstreiks für richtig. Ein politischer Generalstreik wird in Deutschland absehbar nicht unter Beteiligung der Gewerkschaftsapparate und der Parteien zu machen sein. Ein Generalstreik kommt von unten, von außerhalb der Parlamente, gegen diese und ihre formaldemokratischen Spektakel: Wahlkämpfe und die damit verbundenen periodischen

Führungspersonalwechsel. Wir arbeiten mit unseren Mitteln an der Blockade der Metropole: Damit diese Steuerungsfiliale der globalen Kapitalverwertung einmal nicht reibungslos funktioniert. „Pausenmodus“ nannten das andere, was uns sehr gefallen hat.

Wir agieren und formulieren ausdrücklich aus der Defensive, in der sich hiesige soziale Bewegung angesichts des neoliberalen Angriffes, den wir seit mehr als 30 Jahren durchmachen, nach wie vor befindet. Dennoch halten wir den Gedanken an die Machbarkeit eines internationalen und politischen Generalstreiks hoch, aber nicht als träumerische Illusion oder überhebliche Avantgarde-Inszenierung. Während sich Polizei und Militär schon seit langem auch hier in Deutschland auf Aufstände vorbereiten und gleichzeitig Waffen, Ausrüstung, Know How und Ausbildung nicht nur nach Athen zur Niederschlagung der dortigen Aufstände liefern, sehen wir unsere Aufgabe darin, mit unserer militanten Intervention für einen Generalstreik hier den Aufstand dort zu befördern.

Der Effekt unserer Aktion erinnert an einen Streik, indem er das Funktionieren von Verwertungs- und Funktionszusammenhängen stört. Die Gruppe „Das Grollen des Eyjafjallajökull“ brachte das auf die Formel „Sabotage als Streik“ und erklärte weiter: „Nichts erscheint unwahrscheinlicher als ein allgemeiner Streik, als die allgemeine soziale Sabotage, die das Kontinuum der unentwegten Ausbeutung, Unterdrückung und Zerstörung unterbricht – und nichts ist notwendiger. (...) Die Netzwerkinfrastrukturen, die uns einbinden und das Funktionieren des zerstörerischen Alltags sind kaputtbar.“

Wir machen uns mit unserer Aktion diesen strategischen Vorschlag und den Begriff des „Streiks als sozialer Sabotage“ zu eigen. Zwar fehlt unserer Aktion – und das bedauern wir – die soziale Dimension eines politischen Streiks: Die gesellschaftliche Mobilisierung von unten gegen Herrschaft und Ausbeutung und die damit verbundenen massenhaften kollektiven Widerstandserfahrungen und Erlebnisse gemeinsamer Stärke. Doch auch aus einer Position der Defensive heraus lassen sich offensive Aktionen bewerkstelligen, denen Effekte von

Streik innewohnen. Wir unterbrechen mit unserer Aktion den Fluss der Mobilität und der Telekommunikation und damit den für Kapitalverwertung und Profitmaximierung notwendigen dynamischen Zustand, der die Menschen als Material mit Konsumenten- und Produzenteneigenschaften notwendigerweise eingewoben hält im beschissenen Gesamtzusammenhang. Die Sabotage der Warenflüsse, der Mobilität und der Datenflüsse behindert und unterbricht diesen a-sozialen Zusammenhang, wenn auch nur geringfügig, wenn auch nur punktuell, wenn auch nicht als breite soziale Massenbewegung. Die Sabotage als Streik gedacht, als Bruch mit den eingeübten Abläufen im Alltag, als Unterbrechung des täglichen Funktionierens im Netzwerk (früher im industriellen Zusammenhang: Räderwerk), bricht auch mit der Komplizenschaft durch Mit- oder Nichtstun.

Fanden Sabotage und Streik im vergangenen Jahrhundert innerhalb der Fabrikmauern statt, so hat sich der Arbeitsplatz heute in unser tagtägliches Leben hinein verlagert. Angesichts des Zwanges zur Selbstvermarktung führt kein Weg mehr an den globalen Netzwerkinfrastrukturen vorbei, die unsere Arbeitswerkzeuge geworden sind und über die auch wir selbst alles koordinieren und organisieren. Als Self-Manager oder Billiglohnkraft versklavt, im Verwertungsprozess lokal und global eingebunden, hilft uns eine solche Sabotage des Alltages, andere Lebensperspektiven, neue Räume, neue Sozialität jenseits informations- und kommunikationstechnisch basierter Herrschaft und Ausbeutung zu gründen.

Die Kritik, wir träfen mit unserer Aktion nicht die Richtigen, nehmen wir vorweg und sagen: Diese Kritik setzt bewusst oder unbewusst voraus, dass es eindeutig Richtige gäbe, die es zu treffen gälte. Gibt es aber nicht. Wir greifen die Infrastruktur an, um das Netz zu zerreißen, um die Dynamiken der Abläufe zu stoppen, die uns alle in dieses Macht- und Ausbeutungssystem einweben und zu Komplizen und Komplizinnen von Zerstörung und Mord machen. Unsere Ansatzpunkte dabei sind 1. die Sabotage von Funktionsabläufen und Infrastruktur an Stellen, wo keine Menschen in Gefahr kommen; 2. die

Unterstützung politischer Streiks und der Aufbau von Aufstandsbewegungen, die sich untereinander unterstützen. Das ganze über Grenzen hinweg: Auch wir sind losgegangen und suchen nach angemessenen Formen von Widerstand und Solidarität, international und lokal. Deshalb erklären wir auch unsere Solidarität mit dem seit 520 Jahren andauernden Aufstand der Menschen gegen Kolonialisierung und deren Folgen. Deshalb unterstützen wir auch die Forderungen nach einem sofortigen Stopp des Krieges „niederer Intensität“ der Regierung Mexikos gegen alle zapatistischen Gemeinden!

Aus dem Dschungel der Metropolen antworten wir:

„Wir können das hören. Es ist der Klang ihrer Welt, die zusammenbricht. Wir vertrauen darauf, dass es auch die Unsere ist, die wiederkehrt.“

„Vulkan Grimsvötn. Würde Freiheit Gerechtigkeit“



Lohnarbeit du seist verdammt, Feuer und Flamme fürs Arbeitsamt!

Wir haben heute Jobcenter und Arbeitsämter in Tempelhof (Scheiben zerdeppert), Lichtenberg, Treptow Köpenick (Farbe), Reinickendorf (Hammer), Pankow (Feuer), Steglitz (Hammer) und die SPD Zentrale im Wedding (verantwortlich für die ganze Hartz4- Scheiße) angegriffen, weil wir Jobcenter und Arbeitsämter für zentrale Institutionen zur Durchsetzung des Zwanges zur Arbeit halten und obendrein verantwortlich für die meisten der in nächster Zeit drohenden Zwangsräumungen.

Die militante Geschichte des 1.Mai

Mittlerweile wurde vergessen, was der 1. Mai ursprünglich war: ein Kampftag für mehr Lohn aber vor allem für weniger Arbeit. Seinen Ursprung hatte die Tradition im Mai des Jahres 1886 genommen, als eine Streikdemonstration in Chicago am Haymarket von Polizei angegriffen wurde und die Polizei wiederum aus einer Seitenstrasse heraus mit einer Bombe beworfen wurde. Wer die Bombe tatsächlich geworfen hatte, war niemandem konkret nachzuweisen. Als geistige Urheber wurden acht Anarchisten ausfindig gemacht, denen aber nie etwas nachgewiesen werden konnte. Aber da fragt der Staat nicht so genau nach. Vier von ihnen wurden gehängt, Einer brachte sich im Knast um. Drei bekamen lebenslänglich. Fünf Jahre später

wurden sie alle rehabilitiert. Die drei, die noch im Knast saßen wurden freigelassen, die vom Staat Ermordeten machte das aber auch nicht mehr lebendig. Den beim Bombenanschlag getöteten Polizisten wurde ein Denkmal gesetzt: die Bronzestatue eines Polizisten. Erst 1969 wurde dieser Provokation durch ein Kommando des „weather underground“ (bewaffnete Gruppe in den USA die in den sechziger und siebziger Jahren agierte) ein Ende gesetzt, indem es die Skulptur kurzerhand in die Luft jagte. Noch heute, über 40 Jahre später, sitzt ein Genosse des weather underground, David Gilbert, im Knast. Wir fordern seine sofortige Freilassung.

Der 1.Mai unter dem Faschismus und dem Staatskommunismus: warum wir den 2.Mai als Datum für unsere Anschläge wählten

Im Laufe der Jahrzehnte wurden die ursprünglichen Inhalte des 1. Mai deformiert und geradezu in ihr Gegenteil gekehrt. Aus dem Kampf zur Erlangung des 8-Stundentages wurde unter den Faschisten der Tag der Arbeit und im Staatskommunismus wurde der „Kampftag der Arbeiterklasse“ von oben herab ausgerichtet. Die BRD nach 1945 legte Wert auf Kontinuität zum Faschismus und benannte den Tag ebenfalls „Tag der Arbeit“, dabei die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Bezeichnung des Tages



ausklammernd, da man sonst auch an dessen militante Geschichte erinnert werden würde.

Während der 1. Mai hierzulande längst zum Bekenntnis reformistischer Treue zu Kapital und Staat verkam, zwar die Auswüchse des Kapitals anprangernd, dabei aber die kapitalistische Verwertung nicht in Frage stellend, während andererseits der sogenannte „revolutionäre 1. Mai“ mehr zu einem Ritual mit Polizeierlaubnis verkommt, suchen wir mit unseren Anschlägen auf die Inhalte zurückzukommen:

Kampf der kapitalistischen Arbeit überhaupt!
Kampf der Lohnarbeit als Sklaverei!
Kampf dem Arbeitsamt und dem Jobcenter als Verwalter des Zwanges zur Arbeit!

Das Datum unserer Anschläge ist daher nicht der 1.5., es ist der Tag des Kampfes der Arbeitslosen, der 2.5., der Tag der wohl niemals, und von welchem System auch immer, vereinnahmt werden wird, da Arbeit, dieser Fluch der Menschheit, immer im Zentrum allen Profits, aller Ausbeutung und aller Knechtschaft stehen wird, ohne Arbeit aber das ganze kapitalistische System zusammenbricht: aber ist das nicht eine Perspektive, für die es sich zu kämpfen lohnt?

Jobcenter und Arbeitsamt als Durchsetzung des Zwanges zur Arbeit

Der Zwang zur Arbeit wird durch Institutionen wie dem Jobcenter und dem Arbeitsamt durchgesetzt. Zur Seite stehen ihnen dabei die Krankenkassen mit ihren Medizinischen Diensten,

die uns, wenn wir krank machen, gesundschreiben, und damit den Jobcentern und Arbeitsämtern die Basis für Sanktionen liefern. Eine andere Institution ist der Sozialpsychiatrische Dienst, der mit der Zwangspsychiatisierung die faschistische Einstellung weiterführt: wer die Arbeit verweigert, muss eine psychische Störung haben, muss weggesperrt werden. Werner Bräunig erstach den Chef seines Arbeitsamtes, um ihn für seine drohende Zwangseinweisung zur Verantwortung zu ziehen. Er wurde zu 14 Jahren Knast verurteilt.

Sanktionen des Jobcenter und wie sich Menschen in Italien auf Hartz4 vorbereitet

Im letzten Jahr wurden von den Jobcentern etwa 900.000 Sanktionen verhängt, vor allem, wegen Nicht-einhaltens von Terminen. Die Waffe gegen uns ist die Geldkürzung, obwohl mensch schon mit dem aktuellen Satz kaum über die Runden kommt.

Dennoch hat sich in anderen europäischen Ländern herumgesprochen, dass sich mit Hartz4 ohne zu Arbeiten halbwegs leben lässt. Um einigermaßen cool durch den Bürokratiedschungel des Jobcenters bzw. des Arbeitsamtes hindurchzukommen, grassieren beispielsweise innerhalb der italienischen Community Reader auf italienisch, die bei den Tücken der Antragsstellung und überhaupt bei der Bewältigung der Schwierigkeiten, die bei Jobcenter und Arbeitsamt drohen, beraten und helfen sollen.

Sachbearbeiter und Sachbearbeiterinnen des Jobcenter und des Arbeitsamtes versuchen



illegaler Weise immer wieder Menschen aus Polen, Spanien, Italien oder Frankreich Geld zu verweigern, indem sie ihnen erzählen, dass sie in der BRD nicht versicherungspflichtig gearbeitet hätten und ihnen kein Geld zustehe. Aus dieser Sicht sind derartige Reader genau der richtige Weg, Menschen vor solchen Betrügereien durch Jobcenter und Arbeitsamt zu schützen, zumal darin auch Adressen von Beratungsstellen und Anwälten und Anwältinnen zu finden sind.

Es gibt mehr Arbeitsplätze als sinnvoll sind. Allein in der Bundesagentur für Arbeit werden 83.600 Leute beschäftigt, einzig um Arbeitslosengeldbezieher_innen zu kontrollieren und zu verwalten. Damit macht die Bundesagentur für Arbeit auch noch fett Gewinn: ungefähr 2,5 Milliarden Euro hat die Bundesagentur im Jahr 2012 an Überschuss erwirtschaftet.

Niedriglöhne und Zwangsumzüge

Die Niedriglöhne gegen 4,9 Millionen Menschen können nur aufrecht erhalten werden, weil Jobcenter und Arbeitsämter die Löhne abfedernd subventionieren, den Kapitalisten also einen Teil der Zahlungen abnehmen. Das ganze nennt die Bürokratie „aufstocken“. Löhne von 3,75 Euro werden so auch noch unterstützt und mensch landet trotz 40-Stundenwoche beim Amt, das ihm/ihr womöglich die Übernahme der Mietkosten verweigert, weil die Miete über dem vom Jobcenter finanzierten Hartz4-Satz liegt. So drohte am Kottbusser Tor einer arabischen Familie aus genau solchem Grund die Zwangsräumung, die nach einer Intervention durch das Bündnis „Zwangsräumungen verhindern“ lediglich verschoben wurde, aber

von der Vermieterin, der GSW, nicht zurückgenommen wurde, der Familie also nach wie vor droht. Überhaupt ist, neben den Profiteuren der Mietsteigerungen, wie öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, privaten Wohnungseignern wie Brigitte Hartig (Wohnsitz: Bollmannweg 10, 13595 Berlin// Tonstudio: Soorstraße 14, 14050 Berlin), die Rosemarie Fließ zwangsräumen ließ, die zwei Tage nach ihrer Räumung starb, Immobilienspekulanten wie Goldman Sachs, u.a. das Jobcenter mitsamt dem Amt für Grundversicherung hauptverantwortlich für die meisten Zwangsräumungen der letzten Zeit. Einerseits, weil es gnadenlos die sogenannte „Ausführungsverordnung Wohnen“ für Hartz4-Bezieher und Bezieherinnen durchsetzt, das Mieten ab 394 Euro nicht übernimmt, Schulden für die Miete anhäufen lässt, die die Begründung von Zwangsräumungen abgeben. Zum anderen, weil es immer wieder, sei es aus Unfähigkeit, sei es aus Kalkül, Mietzahlungen nicht an Vermieter und Vermieterinnen überweist und dadurch Mietschulden verursacht, die auch so die Begründung von Zwangsräumungen liefern.

In Berlin liegen 63.600 Bedarfsgemeinschaften über den Mietsätzen der Jobcenter. Allen droht über kurz oder lang die Zwangsräumung. Das werden wir verhindern, wenn es uns gelingt, einen militanten Widerstand im Kiez zu organisieren. Kommen wir zusammen.

Lassen wir uns nicht spalten in unserem Kampf für ein Leben ohne Arbeit, gegen Jobcenter und Arbeitsamt und Psychiatrie, gegen den medizinischen Dienst der Krankenkassen, gegen den Knast! Für Aneignung!

Gedanken und Ideen für ein Ende des Bestehenden

Warum und wie kämpfen wir?

„Weil wir zusammen mit allen Ausgeschlossenen kämpfen, um die von den miteinbezogenen, uns aufgezwungenen, Ausbeutungsverhältnisse zu erleichtern und möglicherweise abzuschaffen. Weil wir es als möglich erachten die Entwicklung der Revolten zu fördern, die überall spontan entstehen, und aus ihnen Massenaufstände, das heißt eigentliche Revolutionen, zu machen. Weil wir einen kapitalistischen Zustand der Welt, der dank der informatischen Restrukturation ausschliesslich den VerwalterInnen der Klassenherrschaft technologisch nützlich ist, zerstören wollen. Weil wir für den unmittelbaren und zerstörerischen Angriff gegen einzelne Strukturen, Personen und Organisationen von Kapital und Staat sind. Weil wir all jene konstruktiv kritisieren, die sich immer noch mit Kompromissen mit der Macht abgeben oder meinen, revolutionärer Kampf sei jetzt nicht mehr möglich. Weil wir, anstatt abzuwarten, entschlossen sind zur Tat zu schreiten, auch wenn die Zeiten noch nicht reif sind. Weil wir diesem Zustand der Dinge sofort ein Ende bereiten wollen, und nicht erst sobald externe Bedingungen seine Veränderung ermöglichen.“ (Das aufständische Projekt)

Die Frage wie wir unseren Kampf führen spiegelt für uns die Frage wieder, wie wir leben möchten. Wir wollen nicht warten auf eine freie Gesellschaft. Wir wollen jetzt und heute unserer Unterdrückung etwas entgegensetzen und unseren Vorstellungen des Lebens näher kommen.

Die Kritik an den formellen Organisationen beruht auf unserem Verständnis von Freiheit. Wir können und wollen uns nicht von starren Strukturen einengen lassen. Wir denken, dass unser Kampf unsere Vorstellungen des Lebens schon soweit wie möglich enthalten sollte und dies bedeutet ein maximales Maß an Freiheit und Selbstbestimmung. Freiheit begreifen wir nicht als ein egoistisches ‚Ich tu was ich will‘, sondern Freiheit immer auch als Freiheit der anderen und somit impliziert der Kampf für die Freiheit

ein hohes Maß an (selbst-)Verantwortung. Freiheit also als die Negation jeglicher Autorität und Fremdbestimmung, Freiheit als der schwierige Weg der (selbst-)Verantwortlichkeit. Diesem steht jegliches ‚für andere sprechen‘ entgegen, denn es muss Raum geschaffen werden, dass alle für sich selbst sprechen können. Es muss also eine Form der Organisation sein, in der alle sich selbst ausdrücken und für sich sprechen können. Dies kann unserer Ansicht nach durch formelle Organisationen bzw. durch starre Strukturen nicht gegeben werden. Dem stellen wir die informelle Organisation entgegen.

Wir wollen hier zwischen starren und fließenden Strukturen unterteilen. Oft haben wir in anti-autoritären Kreisen eine dogmatische Ablehnung von Strukturen bemerkt, die zu Verwirrung und Unklarheit führt. Unser ganzes Leben besteht aus unterschiedlichen Arten der Struktur. Wir können hier einmal Strukturen sehen, als ein planmäßiges Vorgehen, welches wir als wichtig empfinden. In vielen Situationen sind Absprachen, an die sich gehalten werden, Pläne, die zusammen ausgetüftelt werden, unabdingbar. In jeder Art von Kollektiv oder Zusammensein entstehen Strukturen. In jeder Beziehung in der wir Verantwortung übernehmen, gibt es bestimmte Formen von Struktur. Doch diese sollten nicht starr sein, müssen immer wieder überdacht und miteinander bestimmt werden. Dafür müssen sie aber auch deutlich gemacht werden. Durch das Verschweigen von hierarchischen Strukturen lösen sich diese nicht auf, sondern durch ehrliche Diskussionen können wir sie auf ein minimales beschränken. Wir wollen fließende Strukturen auf der Basis von Affinitäten, die sich immer wieder verändern und niemals auf der Stelle stehen.

Was meinen wir mit Affinität? Der Begriff lässt sich übersetzen mit ‚Bezug‘ oder auch ‚Nähe‘/‚Gemeinsamkeit‘. Eine klare Definition wann, wie und ob diese Nähe oder dieser Bezug

besteht, können doch nicht wir geben, sondern muss immer wieder neu bedacht und zusammen erfahren werden. Nur gemeinsam können wir entscheiden ob wir Affinität haben oder nicht und wichtig ist, Affinität ist genau wie unsere Strukturen nicht starr, sondern muss für jedes Projekt neu ausgehandelt werden. Innerhalb eines Projekts ist es wichtig diese Affinität zu definieren, zu bestimmen, doch sie verändert sich wenn es um andere Projekte geht. Der Begriff der Affinität ist also direkt verbunden mit dem Konzept der informellen Organisation.

Ein weiterer Aspekt der informellen Organisation liegt ebenfalls in unserer Utopie begründet. Wir möchten keine gleiche Masse, keine Massenbewegung in der Alle das Selbe denken. Unsere Idee von einer befreiten Gesellschaft heißt nicht, Alle leben wie wir. Eine befreite Gesellschaft heißt in Verantwortung miteinander leben, unterschiedlich. Dies auf unseren Kampf übersetzt bedeutet, dass es nicht um die anarchistische Organisation gehen kann, sondern Verbindungen verschiedener kämpfender Individuen und Kleingruppen, alle auf ihre Art. Ein Zusammenkommen auf Grund gemeinsamer Projekte, ein kritisch solidarischer Umgang miteinander, in dem wir uns zusammen tun wenn möglich und uns trennen wenn nötig, ohne den Respekt für andere Kämpfende zu verlieren und immer mit einer klaren Kampfansage gegen jede Autorität. Verschiedene Aktionsformen, die sich aufeinander berufen können und zusammen an Stärke gewinnen.

„Anarchie ist Bewegung, welche als Bandbreite des wünschbaren jeder/m die Möglichkeit verschafft mit anderen Individuen zusammen gemäss seinen/ihren ureigenen und indiskutablen Bedürfnissen eigene Umstände freien Lebens zu schaffen, innerhalb einer ewigen qualitativen Auseinandersetzung über Alles und Jedes. Aus diesem Grunde wird unsere Art und Weise von Organisation dann befreiend, wenn sie sich auf dem Boden der Formlosigkeit (Informalität) bewegt, gerade weil ihre Formen Ausdrücke sind, die unseren eigentlichen Bedürfnissen entsprechen. Aufgrund der zu erreichenden Ziele, wird die Organisation Ausdruck dieser Bedürfnisse sein und bereit sein sich zu verändern, sobald die Struk-

turen nicht mehr den Bedürfnissen entsprechen. Alle von uns errichtete Strukturen müssen diese unersetzlichen Merkmale haben, gerade weil sie unsere im Werden begriffene Freiheitsbedürfnisse widerspiegeln müssen.“ (Das aufständische Projekt)

Anarchismus bedeutet nicht die Gleichschaltung aller Menschen, sondern eine Vielfalt von Realitäten und Möglichkeiten zu entscheiden, welche Form des Lebens wir möchten. Kein Kampf für Andere, kein Kampf der Massen, sondern konkret der Kampf für die eigene/meine Freiheit im Hier und Jetzt verwirklicht (wobei meine Freiheit immer nur mit der Freiheit aller einhergehen kann). Also der Kampf für die kollektive Freiheit aus dem individuellen Drang nach Freiheit heraus.

Wir fühlen uns eingesperrt in jeglicher Art der Organisation, in der uns von selbsternannten Autoritäten gesagt wird, was zu tun ist und was nicht. Wir sehen uns und unseren Kampf in einem fließenden Prozess, dem jede formale Organisation entgegen steht. Wie können wir uns und unsere Perspektiven weiterentwickeln und auf gesellschaftliche Veränderungen eingehen, wenn wir uns in starre Konzepte übergeordneter Strukturen zwingen? So sehen wir auch uns selbst in einem Prozess der Selbstreflexion, in der wir Fehler machen, oft genug keinen Ausweg sehen oder vor zu vielen Fragezeichen stehen. Doch immer mit dem Bewusstsein, das nichts tun in einer Welt der Unterdrückung, das Gewalttätigste ist, was wir tun können.

Wir tun uns deshalb mit Menschen zusammen, mit denen wir in einem bestimmten Rahmen eine Affinität sehen. Das soll heißen, dass wir ähnliche Ziele und Vorstellungen haben, was unseren Kampf und unser Leben angeht. Mit den Einen geht das Eine gut, mit den Anderen etwas Anderes. Es geht darum unsere Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu entdecken ohne starr dabei zu bleiben. Wir können gewisse Dinge vielleicht gemeinsam tun und andere wiederum nicht. Die Logik des Zweierbeziehungskonzept unserer Gesellschaft, in dem suggeriert wird, eine Person könne all unsere Bedürfnisse befriedigen, finden wir auch übertragen auf politische

Organisation und manche hoffen so einmal auf die eine perfekte Gruppe, die perfekte Organisation zu treffen, die alle Bedürfnisse befriedigt. Doch daran glauben wir nicht, das funktioniert nicht. Wir wollen nicht warten, wir wollen hier und jetzt handlungsfähig sein. Wir erkennen, dass wir Projekte miteinander teilen, und andere Projekte mit anderen teilen. Ohne uns voneinander zu isolieren, sondern in Solidarität.

Was bedeutet Solidarität? Ein Absatz reicht hier eigentlich nicht, doch wollen wir ein paar Sätze darüber verlieren, für ein besseres Verständnis. Wenn wir sagen, wir sind solidarisch mit denen, die für die Freiheit kämpfen, bedeutet unsere aktive Solidarität ebenfalls für die Freiheit zu kämpfen. Allzu oft wird Solidarität mit persönlicher Unterstützung gleichgesetzt (welche ebenfalls oft nötig ist, aber eben nicht dasselbe). Unser, sich aufeinander beziehender, Kampf ist unsere Solidarität! Sind wir z.B. solidarisch mit allen Gefangenen heißt das aktiv gegen Knast und seine Knastgesellschaft zu kämpfen.

Heutzutage (oder evtl. schon immer) ist ein Kampf einer homogenen Gruppe weder möglich, noch was wir wollen. Wir werden keine homogene Klasse oder was auch immer erschaffen, in der alle die selben Ziele verfolgen. Konsens kann es immer nur in kleinem Rahmen geben, was aber keine Befürwortung der Demokratie ist. Denn Demokratie ist immer Stellvertretungspolitik und die Minderheit wird immer unterdrückt werden. Der einzige Unterschied zwischen der heutigen Demokratie und der direkten ist, dass heute eine Minderheit die Mehrheit unterdrückt und in der direkten Demokratie das Ideal ist, dass die Mehrheit die Minderheit unterdrückt. Die Unterdrückung bleibt die Selbe.

Wir leben in totalitären Verhältnissen. Die Herrschaft ist allumfassend. Unsere Unterdrückung haben wir mit übernommen. In diesem Zustand der Totalität ist es schwierig, aber auch wichtig Freiräume zu erschaffen. Räume in denen wir subversiv die Herrschaft unterwandern. Ein Weg ist die Informalität. Heute, wo alles kategorisiert, definiert, dualisiert, identifiziert ist, versuchen wir dem etwas entgegenzustellen.

Was kategorisiert und klar definiert ist, ist einfach zu beherrschen und leichtes Ziel von Repression, deswegen wollen wir nicht starr, sondern beweglich bleiben um ihren Kategorien immer wieder zu entwischen. Je einfacher wir einzuordnen sind, desto leichter sind wir auch zu unterdrücken. Doch wir wollen uns nicht unterdrücken lassen. Die informelle Organisation kann nicht als ein neuer fester Rahmen gesehen werden. Es ist durch die Negation des Starren ein Freiraum für Selbstbestimmung und Mündigkeit. Und für Kreativität.

Aus unseren Erfahrungen mit dem Konzept der informellen Organisation haben sich einige Kritikpunkte und Fragen entwickelt. Diese beziehen sich nicht wirklich auf das theoretische Konzept, sondern eher auf die von uns gemachten Erfahrungen.

Eines der größten Probleme das wir sehen, ist das Verständnis von Kontinuität. Wir meinen hiermit nicht Kontinuität im Sinne einer kapitalistischen Verwertungslogik oder Profit-Denkens, was zu stumpfen Aktivismus oder ausgebrannten Gefährten führt. Wir meinen nicht die Produkte, Leistungen oder Ergebnisse die wir sehen und somit eine Weiterführung des Neoliberalen Konzept und unserer eigenen Ausbeutung, sondern Kontinuität im Sinne eines Drangs nach Freiheit. Dieser Drang nach Freiheit, der uns jede starre Struktur über Bord werfen lässt und uns dennoch klar macht, dass informelle Organisation nicht unverbindlich ist. Informelle Organisation bedeutet die eigene Verantwortung nicht an Autoritäten abzugeben. Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit, also eine viel größere Verbindlichkeit. Und eine Konsequenz. Die Konsequenz, die sich aus unserem Drang nach Freiheit ergibt und die Eigenverantwortlichkeit seinen Arsch zu erheben! Wenn wir gegen jede Autorität sind, bedeutet das viel Arbeit und jede Menge Motivation, denn wir können unsere Verantwortung nicht abgeben und auf den Anführer warten. Was diese Konsequenz bedeutet, ist eine Frage, die wir uns immer wieder stellen. Da es leider nicht einfach scheint, eine Perspektive für die Praxis zu entwickeln, da viele Wege der Vergangenheit nicht zu den erhofften Erfolgen

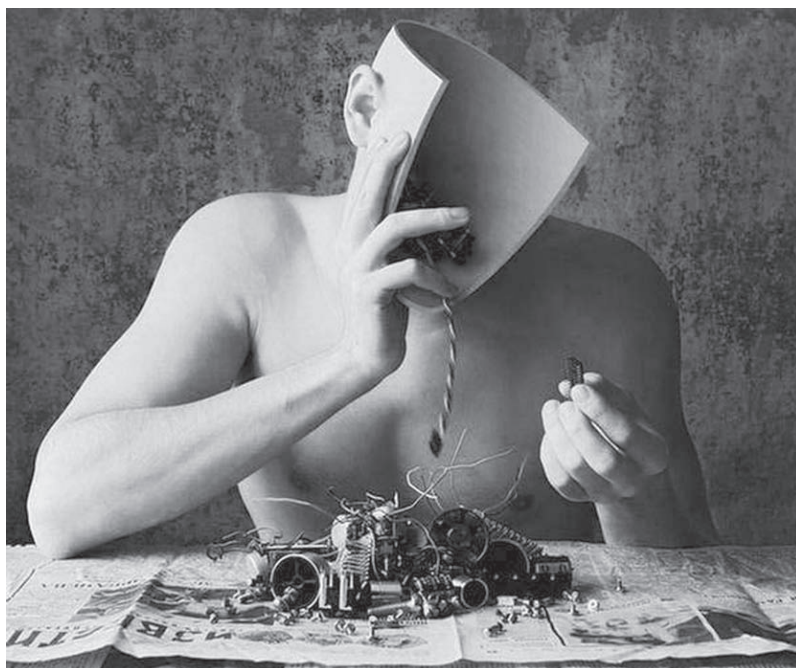
geführt haben und wir vor den Trümmern alter Theorien stehen und ohne wirkliche Perspektive versuchen müssen, durch eine Praxis und neue Erfahrungen, neue Wege zu bestreiten, die zu ungewissen Entwicklungen führen. Doch genau diese Sicherheit aufzugeben, die vermeintliche Sicherheit die uns dieser Staat vorgaukelt, das ist eventuell die Konsequenz von der wir sprechen. Den Sprung ins Unbekannte wagen?

Um zu verstehen was wir meinen, müssen wir erst ein wenig ausholen. Das Konzept der informellen Organisation soll eine Methode darstellen um den Staat anzugreifen, doch was der Staat bedeutet und was die Macht und ihre Aufrechterhaltung bedeutet ist schwammig. Es reicht eben nicht den Staat in Form seiner Institutionen anzugreifen, sondern die staatliche Macht muss in ihrer Ganzheit betrachtet werden. Denn die Ordnung unserer Gesellschaft wird nicht nur durch die Institutionen aufrechterhalten. Wenn wir uns fragen, weshalb wir kämpfen, sehen wir, dass wir nicht aufstehen, weil wir abends nichts zu essen haben, sondern weil wir durch Strukturen unterdrückt werden, die uns das Leben stehlen. Diese Strukturen werden uns vom Staat eingetrichtert aber wir sind es auch, die sie fleißig reproduzieren. Das soll bedeuten, dass es eben nicht reicht den Staat in Form seiner Institutionen anzugreifen (was dennoch sehr wichtig ist) sondern auch die

Strukturen, die uns auf anderen Ebenen täglich unterdrücken und dies bedeutet teilweise auch unsere eigenen Verhaltensmuster anzugreifen und unsere Beziehungen zu einander zu verändern. Ein weiteres Problem sehen wir in der Ansprechbarkeit. Denn wir wollen keine Lehrer_innen oder Schüler_innen sein, doch muss es eine Ansprechbarkeit geben. Wissen muss weitergegeben werden, wenn auch immer wieder kritisch reflektiert. Oft gibt es zu wenig Möglichkeiten oder Versuche sich mit anderen auszutauschen, von einander zu lernen oder Wissen und Erfahrungen zu teilen.

Wir haben keine Antwort, doch wir fragen uns, wie eine bessere Ansprechbarkeit und eine bessere Vernetzung funktionieren kann. Wir fragen uns ebenfalls wie wir Menschen ohne Szeneidentität auf Grund von Affinität begegnen können und wie wir Menschen in unsere Kämpfe besser integrieren können. Wir fragen uns außerdem, wie wir uns in Teilbereichskämpfe einbringen können ohne Kompromisse einzugehen und uns trotzdem nicht isolieren. Wir versuchen es weiter. Als Prozess. Doch wir freuen uns auf Resonanz, Antworten, mehr Fragen und konstruktive Kritik.

***„We go forward by trial and error, and say to whoever has a better method – carry on.“
Insurrection***



SIND WIR IM SOZIALEN KRIEG?

Hier setzt unser Versuch an, anders als auf übliche Art Gegenstrategien zu entwickeln. Wir wollen den Blick nicht nur auf die Kampfmittel richten, sondern dabei von unseren subjektiv erfahrenen, kollektiven Kämpfen ausgehen.

Privatisierte Depression

Uns geht es im Verhältnis zu Ländern, wo offener Krieg, Armut und Willkür herrschen noch ganz gut. Allerdings leiden wir in der Metropole mehr und mehr unter den Verlust von Erfahrungen und Gemeinschaft. Es findet eine Art Privatisierung des Menschen, unserer Zusammenhänge und aller Bedingungen unseres Lebens statt.

Krankheit, Müdigkeit und Depression sind die individuellen Symptome des krankenden Systems. Wir kennen keine Vertrautheit mehr in unseren Stadtteilen, unseren Berufen und Bekanntschaften, keine Verbundenheit mehr mit Orten, anderen Lebewesen, den Jahreszeiten und vor allem nicht mit der Selbstverständlichkeit, unser Leben zu verteidigen, d.h. antagonistisch zu kämpfen.

Eine Gesellschaft, die mit aller Gewalt danach strebt, alles was sie vorfindet, in Macht und Geld zu verwandeln und dabei alles Lebendige auffrisst: Die Lebenszeit und Kreativität der Menschen, die Wälder und Ozeane, letztlich die Zukunft selbst. Eine Gesellschaft des um sich greifenden Krieges, der Krisen der Wirtschaft, des Klimas und auch der Menschen die sich mit tausend und einer Zerstreuung die Frage nach dem Sinn dieser Verwüstung vom Leibe hält. Kein Mensch, der oder die noch einigermaßen bei Herz und Verstand ist, kann die

Ablenkungsmanöver übersehen, mit denen wir dazu gebracht werden sollen, weiter für diesen Scheiß zu arbeiten: Das bewusste Schüren ethnischer und religiöser Konflikte, das Aufwiegeln derjenigen, die ein bisschen besitzen gegen jene, die weniger haben, die Gehirnwäsche in Schulen, Ämtern und Medien. Die Angst vor Verarmung und der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, die Ohnmacht, die in Wut umschlägt, soll umgeleitet werden - weg von denen, gegen die sie sich logischerweise richten müsste: Die Herrschenden und ihr System, an dem sie uns freundlicherweise teilhaben lassen.

Inhaltsleere Einöde, Tristesse, Vereinsamung: Das Leben in einer gigantische Arbeitsmaschine bestimmt unser Leben; es braucht keine Experimente mehr, alles Wichtige ist schon entschieden, alles Wesentliche geregelt. Die Suche nach uns selbst - mein Blog, mein Hausprojekt, meine Arbeit - führt uns zu Abhängigkeiten, die wir für den Lohn einer maßgeschneiderten angeblichen individuellen Identität eingehen. Was ist diese Identität anderes als eine hübsche Verpackung für den Konformismus der Industriegesellschaft? Das Versprechen, mit sich selbst identisch zu werden, heute genau so zu sein wie gestern und morgen, bewährte Qualität „Made in Nirgendwo“, scheint die einzig verbliebene kollektive Sehnsucht einer Gesellschaft, für die Veränderung gleichbedeutend ist mit Gefahr, Verlust und Untergang. Was schließlich ist das Individuum jenseits dieser zur Scheu gestellten Vereinzelung, jenem Lebensgefühl des ausschließlich für sich seins, dieser Privatisierung der Einzelnen, die sich ihr Selbstbild aus Konsumartikeln zusammenbauen statt sich im Austausch mit ihrer Umgebung und dem Leben

1 Die individuelle Entfaltung und Freiheit ist eine Grundlage einer möglichst herrschaftsfreien Gesellschaft. Das Diktat der Masse erstickt die Freiheit der Einzelnen. Jedoch auch ohne Kollektiv, ohne Verantwortung den Mitmenschen gegenüber, wird die Einzelne isoliert und abhängig von fremdbestimmten Strukturen und verliert so ihre Autonomie. Diese Vereinzelung hat nichts mit der Freiheit aller und somit auch des Individuums zu tun. Alltag, Versorgung und Beziehung werden privatisiert, jede_r für sich. Den goldenen Käfig bilden fremdbestimmte Dienstleistungen und Gesetze, den schützenden Rahmen in dem wir uns bewegen dürfen. Der Mensch wird zum Produkt, das Essen zur Verpackung und das Soziale wird eingekauft. Ein sozialer Austausch ist nicht mehr nötig, die Belange der Vereinzelten sind privatisiert und fremdbestimmt zugleich. Individualität hingegen bedeutet Selbstbestimmung, die Entfaltung im sozialen Miteinander und somit gegenseitige Freiheit.

immer wieder neu zu finden? Viele sehen sich bis zum Hals in fremdbestimmten Abhängigkeiten stecken, was es nicht leichter macht, damit zu beginnen, Lust und Limit freiwillig eingegangener Verbundenheiten auszuloten (oder auch nur um den Unterschied zwischen diesen beiden Formen des Nicht-nur-ich-allein). Verfeinerte Kontrolle und nicht enden wollende Erziehung erschweren die Autonomie, sollen den Handlungsspielraum auf die erwünschten Formen dessen eingrenzen, was „Interaktion mit dem sozialen Umfeld“ genannt wird.

Daher unsere Annahme, das wir uns schon lange im sozialen Krieg befinden. Für uns ist es an der Zeit, dass wir wieder darüber diskutieren, dass es über die notwendigen offensiven Angriffe auf das Bestehende hinaus um die Wiederaneignung des eigenen Lebens, um unser materielles und emotionales Überleben geht - und vor allem um das „Wie“.

Wie können wir aus dem sozialen Krieg heraustreten?

Worte wie Aufstand, Revolte, Unruhe, Revolution oder Ideal und Utopie trauen wir uns heute hier in der BRD kaum noch in den Mund zu nehmen, geschweige denn konkret danach zu handeln. Wir gehen den großen Fragen von Organisation und Sinn aus dem Weg. Aber für grundlegende Veränderungen braucht es deine, meine, unsere Entscheidungen, hier und jetzt. Was ist, wo will ich hin, was kann ich tun – mit den dazugehörigen Konsequenzen. Wir brauchen neue Diskussionen und Prozesse für eine neue Zeit. Die klaren überschaubaren Trennungslinien zwischen Regionen des Trikont und Metropole verschwinden. Die Globalisierung bringt Orientierungsprobleme mit sich, auch wenn der Kapitalismus und seine patriarchale Logik dort brutal sein Gesicht zeigt, sich hier versteckt und in der anwachsenden Therapiegesellschaft, der Banken- wie der Klimakrise und im Krieg einschleicht.

Wir, als Teile der sogenannten linksradikalen, anarchistischen und autonomen Szene, beschränken uns immer mehr selbst, wenden uns von der Befreiungsbewegung zur linken

Bewegung, tauschen autonome und anarchistische Perspektiven ein gegen die Kollaboration mit Parteien und anderen regierungsnahen Organisationen. Wir beschränken uns darauf, mit Gleichdenkenden zusammen zu arbeiten statt mit kritischen Geistern, tauschen Herrschaftskritik ein gegen inner- und subkulturelle Herrschaftspraktiken, wir beschränken unser Verständnis von Herrschaft auf Sexismusdebatten, tauschen unser Leben ein gegen prinzipientreues Reden.

Fehlende Bündnispolitik?

Nicht wenige vermeintliche Anführer_innen politischer Projekte, Gruppen und Bewegungen (vor allem jene mit akademischem Hintergrund tun sich hier hervor) sind der Ansicht, die sozialen Bewegung würden unter Fragmentierung und Zersplitterung leiden, was als Problem betrachtet wird dessen einzige Lösung in Zentralisierung und Vereinigung gesehen wird. Wenn wir jedoch genau dahin sehen, wo Unruhen und Revolten entstanden sind, so gibt es dort keine klassische Bündnispolitik mit Parteien oder staatlichen Institutionen, trotzdem werden Regierungen gestürzt, auch größere Gebiete und Regionen werden kurzerhand von der Präsenz des Staates befreit, Lebensstrategien jenseits der üblichen Hegemonie werden entwickelt - wenn auch oft nur für kurze Zeit und auch nicht zwangsläufig frei von Herrschaft.

Vereinheitlichungen und Zentralisierungen von Bewegungen erlauben es Staat und Kapital, den Aufbruch der sozialen Bewegungen zu neutralisieren, ihre kooperativen Teile zu integrieren und die Bewegung als Ganze so zu domestizieren. Die indigenen Bauern in Bolivien, Brasilien und Mexiko sind Beispiele dafür, wie Menschen ihre Lebensräume zurückerobern können. Sie holen sich ihr Land zurück, wehren sich gegen multinationale Konzerne und Staat und erproben andere Formen zu leben, die sich nicht länger an der Hegemonialmacht orientieren. Auch wenn die konkreten Formen, die diese Versuche annehmen, nie perfekt sein werden, eröffnen sie doch einen Weg, der sich durch Erfahrungen und Kritik, durch Fragen unterwegs seine Richtung gibt.

Unser Dasein darf nicht an „die Politik“ oder an Anführer_innen delegiert werden, wir müssen uns unsere Fähigkeit als Menschen zu handeln zurückholen, eine Fähigkeit, die Verhältnisse dieser Welt verändern zu wollen, eine Wiederbelebung und Rückbesinnung auf unsere eigene Kraft zusammen zu agieren, und zwar jetzt und heute, und mit den Menschen in unserem direkten Umfeld.

Oder fehlende Kommunikation?

Dieses Zusammen braucht gemeinsame Räume und die werden nicht verschenkt! Räume der Kommunikation, die Platz machen für die Entwicklung sozialer Beziehungen. Auch darüber was „gemeinsam“ überhaupt heißen kann, was ich mir darunter vorstelle und wie das konkret in meinem Handeln aussehen kann, braucht es eine Klarheit.

Für bestimmte Dinge brauche ich eine Basis, Menschen, denen ich vertraue, die meine Ideen teilen, mit denen ich Pferde stehlen kann - also Menschen, mit denen ich Affinität empfinde. Denn die größtmögliche Autonomie lebt durch die kleinstmögliche Entscheidungsbasis und dies bedeutet, die kleinstmögliche Macht und die größte individuelle Entfaltung.

Diese Basis kann die Stärke verleihen, in größere Netze und Strukturen, in den Rest der Gesellschaft zu wirken. Denn ich oder wir stehen in Beziehung zum Rest der Gesellschaft, wir sind nicht hier, und dort ist die Gesellschaft, wir sind aktiver Teil davon. Ein eingeln in reine Kampagnenpolitik ohne Projektualität, in die angebliche Freiheit ohne konkretes Handeln im Alltag, die pure Szene, meinen Computer und mich, meine einzige Lebensaufgabe, verleugnet diese soziale Notwendigkeit. Also warum nicht einfach mal meine Nachbarin zum Tee, mein Haus, meine Straße zum gemeinsamen Feiern einladen? Warum nicht Ideen austauschen über andere Möglichkeiten des Zusammenlebens, über die Eigentumsfrage im Mietshaus, die gemeinsame Entsorgung des Mülls, über die Sicherheit im sozialen Netzwerk. Es ist an der Zeit wieder mit allen zu kommunizieren und sich nicht abzusondern aus gesellschaftlich notwendigen Kämpfen, die alle betreffen.

Problematisch bleibt: Umso größer die

Bündnisse oder Ebenen der Kommunikation, um so weniger gibt es persönliche, fühlbare, lebendige, direkte und somit auch individuell beeinflussbare Bezüge. Die Idee der Massen, ein rein technisch verstandenes strategisches Vorgehen, die Hast der Effizienz, ist die Sprache der Herrschenden, die wir alle so gut kennen und oft genug auch selbst sprechen. Der Widerspruch bleibt, aber wir können uns aufeinander zu bewegen und nicht noch tiefer in unseren Ghetto versinken!

Los geht's

Wir können an jeder Ecke losgehen und unser Leben selbstbestimmt in die eigenen Hände nehmen. Losgehen bedeutet immer wieder einen Bruch mit dem System. Ein langer Prozess, der permanent im Spannungsverhältnis mit den Strukturen der Herrschaft steht. Das ist nicht so einfach, denn die Grenzen zwischen Feind und Freund sind verwischt, wir haben keine fertige Utopie anzubieten und auch keinen konkreten Vorschlag, der zum morgigen Tag die Welt komplett verändern wird. Wir sind auch Teil dieser Welt und der bestehenden Verhältnisse. Aber die Selbstermächtigung, das Denken und Fühlen des angeblich Udenkbaren, die Ausbreitung der Autonomie, der alltägliche Aufstand, der solidarisch-verantwortliche Zusammenhalt - das sind Teile der Welt von morgen.

Unsere Hoffnungen und Ideen brauchen konkreten Ausdruck – in der Zerstörung des Bestehenden und gleichzeitig in dem, wohin wir wollen, in Wort und Tat. Nur durch diesen alltäglichen Zusammenstoß mit dem Bestehenden, durch die alltägliche Kommunikation, können Perspektiven vermittelt werden. Kurze, spektakuläre „massenwirksame“ Ergebnisse sind oft von Erwägungen strategischer Effizienz geleitet und verlieren dabei ihr Herz, die eigentliche Idee und somit ihre Zukunft. Es ist wichtig, uns mehr auszutauschen, auf verschiedene Arten und Weisen mitzuteilen, wonach wir uns sehnen, welche Träume wir haben, wenn das jetzige kapitalistische System ins Wanken kommt, und nicht nur davon reden, wogegen wir sind. Unsere Ideen sollen nicht zur Selbstbeweihräucherung der Szene dienen. Es geht nicht um abgeschlossene und ghettoisierte Räume, sondern

um Netzwerke, familiäre und partnerschaftliche Beziehungen, Verbindungen, Kollektive, selbstbestimmtes Arbeiten, Solidarität und Gegenseitigkeit. Eine Welt, in der Vertrauen der Schlüssel aller sozialen Beziehungen ist.

Warum werden nicht Aktionsformen gewählt, welche Inhalte und Ziele selbst vermitteln, und warum schreiben wir unsere Erklärungen und Bekenner_innenschreiben nicht für die Nachbarn, für die Menschen, denen wir alltäglich auf der Straße begegnen? Warum trauen wir ihnen nicht zu, dass sie wütend sind und fragen sie, ob sie mitmachen wollen? Warum weigern wir uns, die Schritte zu gehen, die Konsequenzen haben?

Der Schatz der Erfahrungen

Der Mythos, wir könnten ohnehin nichts machen, wurde in der Vergangenheit schon oft widerlegt. Wir müssen uns die grundlegenden Fragen immer wieder stellen, immer aufs Neue diskutieren, nicht nur das Machbare, sondern auch das Potentielle denken, sagen und ausprobieren. Allzu oft aber erleben wir, dass alte Erfahrungen nicht genutzt werden, um neue Versuche zu beraten, sondern um sie abzuschmettern: „Ach, das hatten wir alles schon mal in den 80-igern“. Dabei geht es doch darum, die Erfahrungen von damals zu reflektieren, die guten wiederzubeleben und die kritikwürdigen danach anzuschauen, ob nicht dennoch etwas zu retten ist aus jener anderen Zeitepoche. Oft genug ist es uns zur Gewohnheit geworden, uns nur an die negativen Aspekte vergangener Kämpfe zu erinnern, an das Scheitern, und doch nicht daraus zu lernen. Nicht nur in Spanien und Griechenland gab es Widerstand. Auch in Deutschland wurde in den 20er, 30er, 40er, in den 60er, 70er, 80er und 90er mit Leidenschaft und Überzeugung gekämpft und emanzipative Prozesse in Gang gebracht. Der psychologischen Kriegsführung, der Ruhigstellung der Metropole „Modell BRD“ ist nicht leicht stand zu halten. Es ist jedoch keine Lösung sich anzubiedern, ein alternatives Leben im Kapitalismus zu propagieren, auf dass es erträglich ist. Viele von uns haben ihren Terminkalender so voll gestopft oder sind derart spezialisiert, dass es kaum noch möglich ist spontan zu reagieren, wenn ein neuer Krieg angezettelt wird, wenn Hunderte

Vietnamesinnen abgeschoben werden, wenn Menschen von Bullen ermordet werden, wenn unsere selbstorganisierte Strukturen vom Staat angegriffen werden, wenn Flüchtlinge in der BRD für ihr Leben kämpfen. Den Terminkalender weglegen und spontan sein?

Unsere potenziellen Stärken

Es gibt diese Lüge, ein Akt der psychologischen Kriegsführung, die uns glauben machen soll, es gäbe keine Alternativen zum Mitmachen. Glauben wir das? Oder haben wir Angst, unseren Luxus aufzugeben, wollen lieber der Bequemlichkeit frönen als uns zu ermutigen, uns trotz Widersprüchen in den Kampf zu stürzen. Wir schlagen vor, zu diskutieren, welche Schritte und Brüche es braucht, ohne aus den Augen zu verlieren, was mit uns dabei passiert, womit wir anfangen können. Also den Schritt ins Ungewisse zu wagen - den Kampf für die angeborene Freiheit aller Menschen, selbst zu bestimmen, wohin sie gehen und wie sie leben wollen. Eine Freiheit, die keine Grenzen kennt, weil ihr die Freiwilligkeit in den Beziehungen so selbstverständlich ist wie das persönliche Interesse - aber auch die soziale Verantwortung. Ein Weg ins Offene, der versteht, dass es Freiheit nur geben kann, wenn alle frei sind und sich auf Augenhöhe begegnen - dass tatsächlich nur so nach gemeinsamen Wegen gesucht werden kann, die zu finden so bitter nötig sind. Eine Suche nach Wegen des Überlebens; die sich nicht vom Glanz technischer Lösungen blenden lässt, weil sie erkennt; wie wenig wir im Grunde verstehen von der Schönheit der Welt - und die aus all diesen Gründen eine Art staunende Bescheidenheit und ein taktvolles Umgehen mit anderen Leuten und der Natur kultiviert.

Im engsten Kreis

Wenn wir davon reden, jetzt loszugehen und an jeder Ecke anzufangen, dann meinen wir zunächst mal unseren engsten Umkreis, dich und mich. Wie wäre es denn, mal in der Wohngemeinschaft, in der Küche, in der Aktionsgruppe, in der wir tagtäglich zusammen unterwegs sind, auch mal über materielle und emotionale Absicherung nachzudenken? Was ist, wenn

wir mal keine Miete bezahlen können, was ist, wenn es uns emotional mal schlecht geht, wir ein Burn-out haben? Warum machen wir nicht mehr Schritte, uns gemeinsam eine Basis zu schaffen, von der aus wir agieren können und weniger abhängig sind, weniger gefangen in unserem privatisierten Überlebenskampf, in Miete, Jobcenter, Essen besorgen, Terminkalender etc.? Es ist nicht mehr selbstverständlich, Genoss_innen aus einer materiellen Patsche zu helfen oder aus einer individuellen emotionalen Krise. Wer denkt denn heute über Finanzkoops nach, über das Auffangen von Genoss_innen, wenn sie nicht mehr „funktionieren“? Oder jemanden bei sich zu verstecken, der abtauchen muss, oder Geflüchtete unterzubringen? Nicht so viele - jedenfalls ist es keine Selbstverständlichkeit. Wenn wir agieren wollen, und mit den Konsequenzen leben, brauchen wir aber zumindest einige dieser Sicherheiten. Wieso sonst knicken Menschen immer mehr ein vor den herrschenden Verhältnissen als dagegen zu kämpfen - und das in allen Lebenslagen, vom Job bis zum Knast. Solidarität bedeutet auch, Verantwortung gegenüber meinem Handeln, meinem Umfeld zu übernehmen, und das nicht nur, wenn es gerade Spaß macht oder meinen Fame erhöht. Kollektives Bewusstsein und Handeln ist ein elementarer alltäglicher Baustein für Ideen, für soziale Sicherheiten, für die Grundlagen der Handlungsfähigkeit.

Das größere Gemeinsame

Eine anderer wichtiger Punkt ist, dass wir uns in unseren alltäglichen Kämpfen mehr aufeinander beziehen sollten, uns wegbewegen vom Status quo linker Teilbereichskämpfe, weg von den Antis, hinter denen wir uns in unserem Szeneghetto verschanzen, hin zu einen gemeinsamen Ziel - der befreiten Gesellschaft.

Aber wer sich nur mit der Kritik an Anderen beschäftigt, wem es am Wichtigsten ist, ein einheitliches, makellostes und allerorts verbindliches Verhalten einzufordern, kann keine libertäre Gesellschaft wollen. Eine neue Moral zu erschaffen, an die sich die Menschen halten müssen, um dazugehören zu können zum „Szenekreis“, ist lediglich eine Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse, die es

zu durchbrechen gilt. Denn worin besteht der grundsätzliche Unterschied zur staatlichen Doktrin, wenn nur eine Lebensweise zugelassen und diese mit Zwang durchgesetzt wird? Den neuen, den besseren Menschen gibt es nicht. Wir sollten unsere Ansprüche begründet zur Diskussion stellen, statt sie als in Stein gemeißelte Voraussetzungen zu verstehen, in lebendiger Diskussion eine Ethik entwickeln die es für möglich hält, dass manchmal vielleicht andere die bessere Idee haben könnten. Vielleicht haben dann auch wieder mehr Leute Lust darauf, sich auf eine Auseinandersetzung mit uns einzulassen - wenn sie merken, dass wir nicht nur Selbstgespräche führen wollen.

In gemeinsamen Kämpfen

Es ist wichtig, lokale Kämpfe zu intensivieren, verstärkt (temporäre) autonome Zonen aufzubauen, sich immer mehr zu assoziieren, zu erleben was das heißt. Auch wenn es schon in den 70ern Kiezinitiativen, Stadtteilläden, kollektive Strukturen und Vollversammlungen gab, so sehen wir in ihnen nach wie vor die Basis für eine Zusammenarbeit mit unserer Umgebung sowie die Möglichkeit, unsere Ideen von Solidarität praktisch werden zu lassen. In Berlin erleben wir gerade Dinge, die noch vor Kurzem undenkbar schienen: Kiezinitiativen organisieren sich gegen Mieterhöhungen, Zwangsumzüge werden kollektiv blockiert, im Altersheim wird eine „Wir bleiben alle“ Gruppe gegründet.. Da geht doch was!

Hinaus aus dem Szeneghetto bedeutet auch, wieder einzugreifen in gesellschaftlich relevante Bewegungen. Die Einzelnen stehen der Globalisierungsmaschine als hilflose Teile ohnmächtig gegenüber, und doch zeigt sich, dass die gemeinsam auf den Punkt gebrachte spontane Wut und Leidenschaft einiges erreichen kann.

Wenn der Atomstaat Deutschland bröckelt, wäre es angebracht, nachzusetzen und mit militanten Nadelstichen auf den Atomwaffenstaat, auf Kriege und Landgrabbing hinzuweisen, die schon heute für erneuerbare Energien, wie z.B. Rapsfelder und Solarstandorte geführt werden. Das harmonische Anti-Atom-Demo-Bündnis mit der Grünen Partei gehört zerstört. Denn die Wiederentdeckung der Ökologie heute ist DIE

neue Konsensmaschine der Herrschenden. 30 Jahre lang überließ man sie den Grünen, denen in den 80ern die Rolle zukam, all die explosiven Fragen zu entschärfen, die sich aufdrängen, wenn man sich ernsthaft mit der irrwitzigen Zerstörung des Planeten, und damit unserer eigenen Lebensgrundlagen auseinandersetzt. Jetzt kehrt sie im großen Stil zurück, geläutert von Strickpullis und langen Haaren, als saubere neue Moral, die zuallererst eine Produktmoral ist, unentrinnbar für alle, die nicht als verantwortungslos gelten wollen. Man hat sich unserer Eltern bedient, um den Planeten zu zerstören, uns will man jetzt für den Aufbau nutzen, aber profitabler. Die Katastrophe heißt Umwelt, und die Umwelt schafft es, ein globales Problem zu sein. Nur wer global vernetzt ist, kann eine Lösung finden, und wer das ist wissen wir. Seit hundert Jahren von Jahren. Die Herrschenden sind fest entschlossen zu bleiben, und sie hoffen, dass ihnen das mit einem Logowechsel gelingt, das Schweinesystem gibt's jetzt in grün. Denn alles wird erlaubt sein im Namen der Natur, und wie praktisch: je mehr sie weiterhin zerstört wird, umso überzeugender klingt das Argument, nunmehr alle Macht in die Hände der Regierenden zu legen. Gesundheitspass, Umweltplakette und die gesellschaftliche Kluft, die sich zwischen Bioladen und Lidl aufmacht sind nur die Vorzeichen des sich ankündigenden ökologischen Ausnahmezustandes. Die selbstgemachte Katastrophe als Freibrief für uferlose Kontrollen, allgemeine Zertifizierung und Durchleuchtung, Schmutzsteuern, Wasserqualitätspolizei, Krieg! Und Alle machen mit!

In diese Entwicklungen und Auseinandersetzungen kann ich eingreifen, denn sie gehen mich direkt etwas an. Sie alle versuchen einer emanzipatorischen Perspektive entgegen zu arbeiten. Und das wird oft vergessen – wo will ich hin, warum beteilige ich mich an Kämpfen, warum bin ich gegen dieses und jenes, was folgt daraus für mein Handeln? Die Gedanken und die Kommunikation an diesem Punkt fortzuführen, eröffnet den Blick auf ein gesamtes Projekt. Ein vielfältiges Projekt das unendliche Ziele hat, und doch jeden Tag greifbar und vermittelbar ist – ein herrschaftsfreies Leben.

Das Unmögliche rückt näher.

Die französischen Revolten in den Banlieues von 2005, die griechischen von 2008, die iranischen von 2009. In Spanien organisierten sich 2010 bei Weitem nicht nur Anarchist_innen in Versammlungen in den Stadtteilen für einen Generalstreik. Mitten im Zentrum Barcelonas besetzten sie eine leerstehende Bank, um während des Streiks ihre Vollversammlungen dort abhalten zu können. Die Stadtteilgruppen gibt es immer noch, die Kämpfe gehen weiter. In England finden seit 2010 permanent offensive Kämpfe gegen das Experiment des totalen Sozialabbaus statt. Die Student_innen, die Arbeiter_innen kämpfen, 2011 gab es Riots in mehreren Städten. Die ägyptische und tunesischen Aufstände von 2011... Alle vermitteln das Gefühl, dass die Welt um uns wieder in Bewegung ist. In Momenten spontaner Ausbrüche von Wut und Leidenschaft zeigt sich, dass keine Institution, kein Präsident, keine Staatsgewalt unumstößlich ist. Uns stellt sich aber die Frage, wie die spontanen Revolten gegen das Bestehende aufrechterhalten, wie sie verteidigt und genährt werden können, damit es zu neuen Formen des Zusammenlebens kommen kann?

Obwohl sich um die BRD herum einiges regt, scheint hier die Aussicht auf Revolten fern. Die BRD war lange schon das ruhige Hinterland der wirtschaftskräftigen kapitalistischen Bestie. Aber auch hier könnten die Herrschenden Angst bekommen. Ein Beispiel ist die militante Solidarität mit der griechischen Revolte 2009 – die noch in den kleinsten Dörfchen Bullenautos und -wachen in Brand setzte. In der BRD wie in vielen Städten Europas schien zumindest für einen kurzen Moment ein gemeinsamer Horizont des Kampfes auf. Die Möglichkeit einer Verbreitung, die, wenn sie erst Wirklichkeit wird, den Herrschenden den Boden unter den Füßen wegziehen könnte.

Über mögliche Ansatzpunkte und neue Strategien, kapitalistische und militaristische Infrastruktur anzugreifen, müssen vor allem in der BRD neue Diskussionen geführt werden. Jedes kapitalistische und militärische Netzwerk hat seine Schwächen, Knotenpunkte die angegriffen

werden können, um die Zirkulation zu stoppen und das Netzwerk zur Implosion zu bringen. Wie schnell das kapitalistische System versagt, zeigte der Stromausfall in Norddeutschland, die über Europa ziehenden Aschewolken nach dem Vulkanausbruch auf Island oder der Hurrikan Sandy in den USA. Der altbewährte Schraubenschlüssel in der Maschine nimmt eine neue Dimension an. Sabotage erweitert sich auf die Produktion der Zirkulation, nicht nur den Transport von Menschen und Waren, auch Informationen und Energie zirkulieren durch Netze, Kabel, Glasfasern und Rohre. Es gibt und gab zahlreiche Beispiele, die zeigen wie sinnvoll es ist, in die Abläufe des Kapitalismus und des Militarismus einzugreifen. Die Streiks der Lokführer der Deutschen Bahn sorgten für mehrere Millionen Euro Schaden in der Wirtschaft, weil die Warenflüsse blockiert wurden und die Produktivkräfte nicht zur Arbeit kamen. In Thailand jagten die Aufständischen Umspannwerke in die Luft. Die Hafentarbeiter an der Westküste der USA streikten tagelang, um gegen den Irakkrieg zu protestieren, Occupy Oakland besetzte den Hafen mehrere Tage. In Italien und Belgien wurden Züge mit militärischer Nachschub blockiert. In der BRD machte die DHL Kampagne die zivil-militärische Zusammenarbeit bei den Transporten für den Krieg in Afghanistan sichtbar. Auch das Militär selbst ist immer wieder Ziel von Angriffen. Nicht wenige olivgrüne Autos gingen in den letzten Jahren in Flammen auf und auch trainieren kann die Armee nicht mehr, ohne gestört zu werden. 2012 besuchten viele Grüppchen das Gefechtsübungszentrum der Bundeswehr, kreisten während einer Übung einen Panzer ein und besprühten ihn. All dies zeigt, dass wir mit Nachtaktionen, aber auch mit spontanen und kreativen Angriffen etwas gegen die Strategien von Staat und Armee bewirken können.

Wir halten nichts davon, Nein zu sagen zu Sabotage, nur weil sie nicht sofort und unwiderbringlich den gesamten Kapitalismus abschafft. Um sabotieren zu können, um eingreifen zu können in die Flüsse des Kapitalismus müssen wir Strukturen (wieder)aufbauen und pflegen, uns altes Wissen aneignen oder weitergeben. Wissen darüber, wie stehlen, wie fälschen, wie

Geld beschaffen, wie Autos besorgen, wie Waffen schmieden, wie sich verarzten und wie Käse herstellen. Eine gewisse Koordination zwischen Gruppen ist wichtig, um eine gemeinsame Verteidigung zu ermöglichen. Wir müssen uns mehr austauschen, die Situation gemeinsam analysieren und Strategien entwerfen, auch zusammen mit internationalen Gefährt_innen, wie die Revolte entflammt werden oder am brennen gehalten werden kann, wie wir rechte, reaktionäre und kontrarevolutionäre Bewegungen ausbremsen, wie wir uns vorbereiten können. Alles das werden wir brauchen auf dem Weg zu einem selbstbestimmten Leben. Es gibt nie nur die eine Strategie, nie nur den einen Weg. Vielfalt, Kreativität und Spontanität waren schon immer unsere Stärke.

Aufstand und was nun?

Eine Diskussion über Aufstand verstehen wir nicht als Import aus Frankreich, Griechenland oder Italien. Es hat diese Diskussion in der Geschichte immer wieder gegeben, auch in der BRD. Wir nehmen die aktuelle Debatte als Anstoß und Gegenmittel gegen Massenkadersätze wie z.B. der der IL oder kaderkommunistischen Grüppchen. Es geht nicht darum, den Aufstand vorzubereiten, sondern den Ist- Zustand zu analysieren und sich die Frage zu stellen: Sind wir bereit, und zwar jetzt und hier? Nicht beim Fragen stehen zu bleiben, sondern tagtäglich praktisch nach Antworten zu suchen und sie zu leben. Viele kleine Fünkchen, die sich verstehen und, wenn eines überspringt einen Steppenbrand auslösen - offensiv und emotional für die Freiheit. Nur innerhalb eines Kampfes um die ganze Bäckerei kann es gelingen, unser momentan privatisiertes Leben hinter uns zu lassen, mit geballter Faust auf die Straße zu gehen statt uns in Einzelkämpfe zu verkriechen. Die Energie in den Aufbau unserer Strukturen zu stecken statt in den Erhalt des Systems - nur so können wir wieder zusammenkommen, Wärme in unsere Beziehungen hineinpusten.

Berlin, 2013

Mietenkämpfe, Zwangsräumungen, Widerstand:

„Die Eigentumsfrage stellen – Stadt übernehmen / Strategiepapier aus anarchistischer Sicht“

Bevor wir tiefer einsteigen: Ein Strategiepapier, wie wir es hier unterbreiten wollen, geht womöglich am tatsächlichen Zustand der radikalen Linken vorbei. Die Kongresse der Autonomen, auch die Camps, z.B. im Bereich Antifa, haben vor allem eines gezeigt: Zu weiterreichenden und vertiefenden Diskussionen fehlen entsprechende Strukturen. Womöglich bilden größere Städte die Ausnahmen – doch auch da haben wir unsere Zweifel. Autonome Gruppen sind im Sinne einer sozialen Struktur Ausnahmereisungen geworden. Wir haben nicht den Anspruch, die Gründe dafür in diesem Text zu analysieren. Es kann aber sein, dass dieses Papier, so befürchten einige von uns, vielleicht begrüßt wird, wie so einige andere Papiere zuvor auch schon. Vielleicht wird es für „gut“, „interessant“ oder „kritikwürdig“ erachtet. Um dann sogleich in der Beliebigkeit politischer Themen, den Verstricktheiten mit sich selbst/den eigenen Strukturen, den Alltagsmühen und/oder der eigenen Unorganisiertheit zu versanden.

Dass dem nicht so wird, soll erstens nicht an uns liegen – darum der Beitrag. Und zweitens entscheidet auch Ihr darüber, ob es uns gelingt, die Abwehrkämpfe gegen Mieterhöhung und Zwangsräumungen offensiv zu wenden. Denn das sind uns die derzeitigen Kämpfe – z.T. offensiv geführte Abwehrkämpfe, die oft neben einander zu stehen scheinen und denen noch eine übergreifende Analyse und gesellschaftliche Vision fehlt.

Strategiepapier aus anarchistischer Sicht

...Brennende Autos machen Gentrifizierung zu einem überregionalen Thema - radikale Stadtteilgruppen bilden sich, Autonome ignorieren das Phänomen weitgehend. – Außerparlamentarische Mietenstoppdemonstration mit 6000 Men-

sch. – Die militanten Aktionen/Demonstrationen anlässlich der Räumung Liebigstraße 14 sind bundesweit Thema. – In Berlin besetzen SeniorInnen ihren abgewickelten Treffpunkt. – BMW-Guggenheim-Lab weicht anlässlich militanter Organisation in Kreuzberg auf Prenzelberg aus. – Schwere Behinderungen durch „Fang-den-Bus-Aktivitäten“ anlässlich der Immobilientage. – Politik lenkt ein, Seniorentreff in Berlin-Pankow bleibt. – Etablierung eines öffentlichen Anlaufpunktes am Kottbusser Tor durch Aufbau eines Gecekondu. – Besetzung des Oranienplatzes gegen Residenzpflicht. – Okkupierung öffentlichen Raumes und Hungerstreik gegen Rassismus vorm Brandenburger Tor. – Verhinderung von Zwangsräumungen. – Besetzung leerstehender Schule für Umsonstladen und Haus für Flüchtlinge. – Über 800 Polizisten sind notwendig um eine Zwangsräumung gegen tausend Menschen durchzusetzen. – Rosemarie F. stirbt zwei Tage nach Zwangsräumung – Verhinderung weiterer Zwangsräumungen. – Vorstellung des Berliner Miet(erhöhungs-)spiegels 2013 kann erst mit dreistündiger Verspätung wegen Blockaden präsentiert werden. – Ein GSW-Haus wird durch Besetzung von Obdachlosen und MigrantInnen rekommunalisiert. – Schwerer Anschlag auf Daimler-Benz-Hochhaus verhindert Weiterbau. – Wowereit tritt als Bürgermeister wegen Korruptionsskandal am Flughafen BER zurück. – Der 2. Zug der 22. Hundertschaft verweigert den Befehl zur einer Zwangsräumung, Kontroverse wird öffentlich ausgetragen, Teile der Polizeiführung weigert sich Defizite in der Politik korrigieren zu müssen. – Mietervereine verweigern bundesweit die Mitarbeit am Mietspiegel. – Europaweiter Aktionstag gegen Zwangsräumungen in Griechenland, Spanien, Portugal. In Hamburg und Berlin kommt es zu Massenaneignungen durch Besetzung von Bürogebäuden und Umwandlung dieser

zu Wohnraum. – Die Bundestagswahl wird dominiert von dem Thema Mieten. – In Hamburg verprügelt ein gekündigter Mieter seinen Hausbesitzer und einen Architekten bei einer Begehung, die außerparlamentarische Mieter_innenbewegung einigt sich nach kontroversen Diskussionen zur Solidarität mit dem Inhaftierten, trotz massiver Medienkampagne gegen Selbstjustiz – In vielen Großstädten bleibt kein Wahlplakat unbeschädigt, vielerorts wird die Enteignung von Besitz diskutiert und verziert Wahlplakate. – Schwarz-Rot kommt an die Regierung. – Eine Anschlagserie nach den Wahlen auf Baukonzerne schlägt in der internationalen Presse hohe Wellen. – Trotz Aufforderung 120 reformorientierter Linker in der taz, eine Demonstration für die Freilassung von mehreren gefangenen Militanten zu meiden, kommen 30.000 Menschen in Berlin zusammen. Angeführt wird die Demonstration von mehreren tausend Hartz IV-Empfänger_innen. – Die Mieter_Innen der GSW-Häuser am Kotti (Berlin) verweigern mehrheitlich Mieterhöhungen – In Teilen Kreuzbergs Ausnahmezustand, Polizei kommt nicht ihrem Räumungsauftrag nach. – Im Bundestag wird ein Sondergesetz verabschiedet, das die Bereicherung durch Immobilienspekulation mit Renditeabsichten jenseits von 3% unter Strafe stellt. Gleichzeitig werden Sondergesetze zum Einsatz des Militärs im Inneren erlassen. – NewYorkTimes analysiert Rückzug der internationalen Immobilienfonds aus Berlin und Hamburg. – Der Bau von Eigentumswohnungen erfährt laut Emnid eine gesellschaftliche Ächtung die bei 60 % liegt. – Bundesweite Demonstrationen mit mehreren hunderttausend Menschen in verschiedenen Städten legen das Leben in den Metropolen lahm. – Eine politische Funktionalisierung durch die „Linken“ und „Grünen“ schlägt fehl. Unter massiven Polizeischutz müssen Gysi, Wagenknecht und Trittin den Rückzug antreten. – Entstehende Stadtteilräte und anarchistische Kiezräte diskutieren die Möglichkeit der Aneignung von Häusern, deren Selbstverwaltungsstrukturen und öffentliche Versammlungen die Stadtviertel in Selbstverwaltung überführen soll. – Viele Obdachlose nach Erdbeben in China, es kommt zu massiven Ausschreitungen der Bevölkerungen gegen das diktatorische Regime und zur Solidaritäts-Besetzung der chinesischen Botschaft in Berlin, bei der das Wachpersonal komplett entwaffnet wird. ...

Eigentum verpflichtet – zum breiten Widerstand oder Begrüßen Sie mit uns die Sprengung von Stadtschlössern u.ä.

Tragen wir die Wut in alle Städte

1 Wir reden einer Stärkung der militanten Bewegung das Wort. Militanz ist kein Selbstzweck und meint nicht ausschließlich das Mittel der Gewalt, um politisch emanzipatorische Ziele zu erreichen. Militanz kann ebenso die Beteiligung und Durchführung, auch die Inszenierung von Aktionen und Bündnisse beinhalten, die aus politischen Gründen auf militante Aktionen im Bündnisrahmen verzichtet, aber durch unsere Beteiligung ein solidarisches Verhältnis zu militanten Aktionen herstellbar macht.

Militanz ist eine politische Haltung zu allen Formen der Herrschaft und Dominanz und sucht nach Wegen, diese zu brechen und einen Prozess der egalitären Organisierung der Menschen an sozialen Fragen zu unterstützen, zu bewerkstelligen, selber anzuschieben und die Strukturen dafür zu stellen. Militanz heißt nicht Bündnisse zu meiden, in denen Menschen mit anderen Anschauungen und Schwerpunkten sitzen, sondern im Gegenteil als militante Kraft mit anderen Kräften nach gemeinsamen Wegen zu suchen, eine Gesellschaft oder einen sozialen Konflikt im Sinne einer egalitären Gesellschaft zu unterstützen und mit anderen Kräften voranzubringen. Militanz schließt nicht unbedingt Bündnisse mit Strukturen aus, die an der Basis diverser Parteien arbeiten, strebt dies aber nicht an und versucht in erster Linie, eine Basisorganisierung, fernab institutionalisierter Organisationen, um außerparlamentarische Kräfte zu stärken und deren Erfolge abzusichern. Aber – und davon unterscheidet sich unser Vorschlag von reformorientierten, sozialdemokratisierten Linken – wir verfügen über eine größere Widerstandspalette. Militante Aktionen sind und bleiben Optionen, ihre massenhafte und gewissenhafte Anwendung und Ausweitung bietet Mittel im Ringen für eine andere Stadt und letztlich für eine von Herrschaft befreite Gesellschaft. Sie eröffnen größere Handlungsspielräume und können günstigstenfalls das Zeug dazu haben, Ohnmacht zu durchbrechen – in Situationen,

wo eine öffentliche Mobilisierung Kräfteverhältnisse noch nicht mal ansatzweise in Frage stellt.

Politische Transformation des Projektes „Autonome“

2 Wir regen dringend eine Orientierung der autonomen Gruppen und vereinzelter Strukturen hin zur sozialen Frage an. Die historischen Erfahrungen der Autonomen sind für die Strukturen von Bedeutung, aber die autonomen Gruppen sind möglicherweise in ihren bisherigen politischen Koordinaten nicht mehr politisch handlungsfähig, bzw. als organisierte Kraft möglicherweise nicht mehr überlebensfähig, bzw. haben sich als politisches Projekt möglicherweise überlebt.

Wir regen eine Organisierung mit sozial-revolutionärer und anarchistischer Orientierung an, auch damit versprengte Einzelpersonen und Kleingruppen ihre Kräfte neu bündeln, ihrem Verschwinden als soziale Struktur entgegenwirken und sich einen neuen politischen wie sozialen Ort geben können. Das Prinzip anarchistischer Utopie und die Form einer sozialrevolutionären Ausrichtung des Kampfes an sozialen Fragen orientiert sich für uns am Ziel einer durch und durch herrschaftsfreien Gesellschaft. In dieser sind nicht nur die Klassenwidersprüche aufgehoben, sondern auch die sozialen Hierarchien zwischen den Geschlechtern und die zwischen den Hautfarben – soweit sind dies Positionen, mit denen Autonome mitgehen. Doch führt kein Schritt dorthin über eine selbstgerechte und identitätszentrierte Lebensweise, die glaubt, schon heute im Besitz der Wahrheit zu sein und entsprechend Differenzen zu Anderen für ein Hindernis für gemeinsame Erfahrung bzw. die eigene Subkultur schon für befreites Gebiet hält. Damit meinen wir, dass wir uns in die Mitte der Gesellschaft – und das heißt auf die abgehängten Mehrheiten an den Rändern (!) zu – bewegen müssen. Wir sollten und müssen den Kontakt mit Menschen aufnehmen, die unsere Unterstützung begrüßen würden oder die sich durch ihre Kämpfe als BündnispartnerInnen anbieten. Auch wenn deren Kämpfe von uns erst mal gar nicht als politisch definiert werden, weil sie nicht unserer Logik und unserer Vorstellung davon folgen, was wir gewohnt sind als Wider-

stand zu definieren, weil es sich kein politisches Etikett umhängt – in der Analyse des arabischen Frühling übrigens auch als „Nicht-Politik“ bezeichnet. Sozialrevolutionär heißt nicht nur soziale Kämpfe mit zu entwickeln, sondern auch bereits stattfindende Kämpfe wahrzunehmen. Es heißt eventuell auch Kämpfe zu stärken, die mit Kampfformen aufwarten, die sich z.B. ein Subproletariat (ausgegrenzte Bevölkerungsschichten, Migrantinnen etc.) selbst gesucht hat und daher zwar alltagsorientierten Widerstandsmöglichkeiten, nicht aber linken Traditionen entsprechen.

Spontane Gelegenheiten zu erkennen und zu nutzen, setzt auch tragfähige Strukturen und Orte voraus, die dies möglich machen. Wir bedauern sehr, das wir nicht in der Lage waren, dem inhaftierten Brandstifter von Luxusautos politisch zu Hilfe zu eilen, dessen Taten, obwohl sehr politisch von ihm begründet (Keine Arbeit/Hartz IV), in der Öffentlichkeit unwidersprochen entpolitisiert wurden. Dass er gleichzeitig „Mormone“ ist, wirft zwar Fragen auf, ist aber kein Hinderungsgrund zur Solidarität.

Wir werden uns daran gewöhnen müssen, dass es immer Menschen geben wird, die unsere Widerstandsformen aufgreifen, weil sie sich inhaltlich mit den Zielen identifizieren, bei denen es sich aber seltenst um Menschen handelt, die unseren Szeneattitüden und -konditionierungen entsprechen. Da wünschen wir uns mehr Offenheit und Neugier (Positiv z.B. der „Fall“ von Dennis, der von den Bullen erschossen wurde, aber zu dem es bis dahin keine sozialen Verbindungen gab, oder auch bei den unterschiedlichen Leuten, die um Unterstützung bei Zwangsräumung bitten).

Militante Stadtteilgruppen – das Salz in den Suppen?

3 Wir schlagen vor, entlang der in einigen Städten bereits laufenden Kampagnen gegen Mieterhöhung, Armut, Luxusprojekten, Großprojekten, Verdrängung, als soziale Kraft präsent zu sein, in Bündnissen als organisierte Kraft aufzutreten und Bündnisse aufzubauen, die diesen Namen auch verdienen. Dabei denken wir an Strukturen, die explizit so aufgebaut sind, dass sie einen außerparlamentarischen

Charakter stärken und andererseits Erfahrungen und Austausch mit anderen Strömungen erlauben, die sich einer außerparlamentarischen Perspektive von Kämpfen verbunden fühlen und einem Deal mit den Mächtigen aus aktuellen oder zurückliegenden Erfahrungen kritisch gegenüber stehen. Wir können in solchen Strukturen nicht unsere politischen Kodexe und Attitüden pflegen, sondern müssen daran arbeiten, genau diese zu überwinden, um jenseits identitärer Zuschreibungen tatsächliche Kommunikationen mit anderen Menschen zu ermöglichen. (Eine interessante Frage ist sicherlich, dass von „uns“ herrschende Bilder existieren, die in vielen Köpfen eingepflanzt sind, die wir aber auch selbst mit produziert und reproduziert haben. Gelingt es, Attitüden zu trennen und beiderseitig aufzubrechen?)

Das Aufbrechen von Vorurteilen gelingt darüber, auch als militante und anarchistische Menschen in Erscheinung zu treten, für politische Positionen einzustehen. Das ist gut, weil wir ansprechbar sind und auch Orientierungen in Bezug auf gesellschaftliche Utopien und Wege dorthin aufzeigen können. Das erfordert darüber hinaus im Austausch mit anderen Menschen, Strömungen und Gruppen – sofern sie kein funktionales Verhältnis zu der Arbeit in diesen Bündnissen oder dem politischen Ziel haben – voneinander zu lernen und die eigenen Positionen hinsichtlich Verständlichkeit und Fehlern hinterfragen zu lassen. Das hat aber auch problematische Seiten, weil die öffentlichen Strukturen auch für etwaige Fehler oder Unverständlichkeiten nicht nur ansprechbar sind, sondern auch haftbar gemacht werden können. Die politische Verteidigung der öffentlichen Militanten – im obigen Sinne – ist eine Aufgabe aller Militanten. Das gilt auch umgekehrt. Militante Aktionen können selbstbewusst verteidigt und politisch gegenüber der Öffentlichkeit vermitteln werden, wie auch Repressalien und Medienhetze gegenüber militanten Aktionen ebenso souverän zurückgewiesen werden können. (In diesem Sinne grüßen wir Sonja Suder im Knast. Ihr wird ein Anschlag auf das Heidelberg Schloss weit vor unserer Zeit als Protest gegen die damalige und dortige „Kahlschlagsanierung“ zur Last gelegt.)

Der Kontext im Kleinen ...

4 Die militanten und radikalen Linken haben maßgeblich das Thema Gentrifizierung, Mieterhöhung und Verdrängung in Berlin eingebracht. Es hat sich hinsichtlich Armut inhaltlich erweitert. Nach der außerparlamentarischen Mietenstoppdemonstration mit einer Graswurzelmobilisierung in den Stadtteilen, entstand der politische Durchbruch, mit dem das Thema gegen jede Leugnung der Parteien, in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen wurde und zum Skandalfall wurde. Das dies von sozialdemokratischen Linken eher negiert wird, ist für uns bedeutungslos – wir müssen uns die Frage stellen, wo die nächsten Akzente zu setzen sind. Der Aufbau widerständischer Stadtteilgruppen und deren Vernetzung hat diese Vorarbeit geleistet, in dessen Windschatten einige reformorientierte, auf ihre partikularen Interessen setzende Personen und Grüppchen, segeln konnten. Es ist eine Erkenntnis der letzten Jahre, dass die selbsternannten Anführer von Bewegungen und Projekten in der Regel liberalere Positionen vertreten und Verantwortlichen der Verdrängung, wie Parteien, harmonisierender gegenüber treten, als eine wütende Basis, als die unmittelbar Betroffenen, die sich oft nur noch schwer beherrschen können oder wollen und für radikalisiertes Denken offen sind. Empörung und Zorn wird von den liberalen Anführer_innen gerne in Bahnen des „vernunftorientierten Handelns“ kanalisiert und entmündigt die Betroffenen in ihrer Wut. Sie kommen damit durch, weil wir (!) ihnen zu oft den Raum und die Initiative lassen und weil ihre Dominanz, ihr Know How, ihre Ressourcen, ihre politische Erfahrung und ihre Organisationsfähigkeit sie dazu in die Lage versetzen und sie als Wort- oder gar AnführerInnen anerkannt werden. Die liberalen Anführer einer solchen Politik handeln aus Kalkül: Die verhassten Parteien sollen wieder Etablierung in sozialen Bewegungen finden, wo die Leute eigentlich die Schnauze voll haben von den Lügen der Parteien. Die gewählten Machtvertreter_innen zahlen in Anerkennung und symbolischer Teilhabe. Auf dieser Basis können dann die Bewegungsführer_innen als geachtete Ansprechpartner der Gegenseite agieren.

...und die böse Regierung...

Wenn zu einer Demonstration mit Parteien aufgerufen wird, wie „Diese Regierung macht uns arm“, so wird spätestens hier die verkürzte, populistische und konzeptionslose Position manifest. Rot-Grün, den Konstrukteuren der Agenda 2010 mit ihrem verhassten Meisterstück Hartz IV und Rot-Rot in Berlin, die in dieser Stadt acht Jahre lang neoliberale Standort-Stadt-Politik gemacht haben, bekommen wieder politische Glaubwürdigkeit geschenkt. Eine solche taktische Vorgehensweise muss politisch scheitern, indem sie eine neue Runde der vermeintlichen parlamentarischen Alternativen einleitet und der Wut auf die entmündigende Stadtpolitik aller Parteien die Spitze nimmt.

Indem das Problem, die Situation der Mieter_Innen vor Ort, von seinem gesellschaftlichen Kontext gelöst wird, erzeugt die Perspektive eines Regierungswechsels Hoffnung auf jene, die diese Scheiße mit zu verantworten haben. Diejenigen – das garantieren wir –, die aus der Hoffnung der Betroffenen Wahlstimmen schmieden, werden auf dem Amboss der Realpolitik eine weitere Waffe für den nächsten Betrug an eben diesen Betroffenen zurecht hämmern.

Darüber hinaus sind wirkliche Erfolge nicht auf Kosten anderer Kämpfe machbar. Das macht aber den Kern reformistischer und sozialdemokratisierter Herangehensweise aus: fördere und fordere, teile und herrsche. An Oberflächenphänomenen herum zu pfuschen, statt sich einer sozialen Verbindung mit anderen Gruppen zu stellen.

Unabhängig davon wird Drittens die historische Erfahrung mit staatlicher Herrschaft völlig verdrängt. Aufgabe der staatlichen und staatsnahen Institutionen, der Parteien mit ihren inkompetenten aber machtbewußten VertreterInnen ist die Sicherung von Ruhe und Ordnung. Sie haben keine emanzipatorischen Optionen, außer wir zwingen sie ihnen auf. Es ist ja nicht erst eine Erkenntnis der letzten Jahre, dass von Oben keine emanzipatorischen Impulse kommen. Und was brav oder höflich von unten kommt, wird abgespeist: Mal wird auf den Senat verwiesen, mal auf den Bundesrat, dann auf den Bundestag, dann auf Europa, und letztlich auf den lieben Gott.

Das macht ja aktuell auch das große Fragezeichen aus, das sich eine Bewegung zu stellen hat. Das ist die Stärke einer militanten Bewegung und ihre Schwäche zugleich. Die an die Wurzeln gehenden Fragen werden zwar richtig gestellt – aber die Antworten sind eher noch dürftig, mal abgesehen von der Kampagne gegen Zwangsräumungen, den eher subkulturell angelegten, aber eindrucksvollen Kämpfen wie Liebig 24, oder auch zielgerichtet zugerichteter Autos wie z.B. von Ziegert Immobilien oder verkohlte Luxuskarossen.

Die Arbeit von Stadtteilgruppen kommt genau da an ihre Grenzen, wo sie die Verhältnisse so überzeugend beschreibt, dass sogar Boulevardblätter wie Berliner Kurier und BZ zu Fürsprechern der Mieter_innen werden, dabei aber die Tatsache, dass trotzdem einfach alles so weiter läuft, völlig verschleiern und sich lediglich an den spektakulären Einzelfällen ergötzen. Insofern entspricht das, was am Kotti in seinen Qualitäten und Begrenztheiten möglich ist, der Entwicklung einer militanten Bewegung. Eine Selbstbefragung, zum Beispiel entlang von Aufgabe und Funktion radikaler Stadtteilgruppen, deren Qualität, deren Begrenztheit und des „Wie-weiter?“ scheint uns angeraten. Dabei ist uns wichtig, dass wir die Auseinandersetzung immer mit den Basisstrukturen, den direkt Betroffenen suchen, auch unter Umgehung der liberalen Anführer und Anführerinnen, die meist der Mittelschicht entstammen, weil wir wissen wollen, woran wir sind. Wir unterscheiden denn auch deshalb inzwischen beispielsweise zwischen „Kotti & Co“ und den Mieter_Innen vom Kotti.

„We love Kotti“ als Aufkleber hat eines erreicht: eine große Verbreitung. Aber der Slogan arbeitet mit dem Kotti als Label und bleibt populistisch, wie „Ein Herz für Kinder“ oder „Sei Berlin“ als Kampagne für die Touristenschwemme. Am Kotti werden und wurden die Junkies verdrängt und ein größeres Kamerasystem wurde zur Überwachung gegen Kriminalität eingesetzt – egal ob sie den Kotti lieben oder nicht. Das Verhältnis zu den MieterInnen am Kotti bleibt prinzipiell solidarisch aber auch realistisch.

...und das Recht auf Stadt...

5 „Recht auf Stadt“ gefällt uns nicht. Im Gegensatz zu seiner historischen Herkunft wird der Begriff nicht als radikaler Kampfbegriff, sondern als umfassende, inklusive Parole verstanden und benutzt. Diese Bedeutungsverschiebung hierzulande geht einher mit der Favorisierung des Begriffes durch die akademisierte Mittelstandslinke – nicht ohne Grund wie wir meinen. Denn die Klassenfrage verschwindet in dieser Begrifflichkeit. Recht auf Stadt: Das beanspruchen Investoren für sich schon seit langem und neokonservativen Ökos ebenfalls. Die Eigentumsverhältnisse regeln dieses Recht auf Stadt, Investoren definieren, wie die freien Felder bestmöglich zu bebauen sind. Dabei springen bestenfalls Quoten fürs soziale Gewissen derjenigen raus, die als Gewinner in der Klassengesellschaft leben und profitieren: 1 Drittel Luxuseigentum, 1 Drittel Luxusmiete und 1 Drittel auf Berechtigungsschein oder ähnliche Zuweisungsmethoden, so der Vorschlag der schwarz-roten Regierung derzeit. So planen sie einen exklusiven Wohnungsbau mit sozialem Feigenblatt, der jedoch die breite Masse der Gesellschaft ausgrenzt und dem Wahnsinn einer rendite-orientierten Stadtplanung und Immobilienwirtschaft ausliefert.

Entscheidend für uns: Wir wollen kein Recht auf Stadt. Wir scheißen drauf. Wir nehmen uns was wir brauchen, wenn wir können und zwar entlang der Klassenfrage, die wir neu definieren. Die Ausgegrenzten dieser Zeit heißen Nurjet, Kalle, Rosemarie & Ali. Das „Recht auf Stadt“ tut so, als ob Nicht-Teilhabe ein Systemunfall und über ein entsprechendes Recht ausgeglichen werden könne. Aber das funktioniert so nicht in einer Stadt mit einem gesetzlich und politisch abgesicherten Rechtsrahmen, dessen Funktion es ja gerade ist, Menschen klein, arm, ängstlich, abhängig und fügsam zu halten, damit sie weiterhin bereit sind, sich den Anordnungen ihrer Chefs und Vorsitzenden weiterhin unterzuordnen. Es kann also nicht um weitere „Rechte“ innerhalb dieses Rahmens gehen, sondern um die Zerstörung dieses Rahmens, der die Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse je nach Epoche zwar immer mal wieder auseinandernimmt, neu sortiert und wieder zusammensetzt aber

immer gewaltsam garantiert. Innerhalb dieses Rahmens ein Recht auf Stadt als Parole auszugeben, verfestigt die ja eben gerade rechtlich gesetzte Herrschaft des Privateigentums. Recht auf Stadt will den Aufstand gegen diese Herrschaft nicht mal proben, sondern breitet mögliche Anschlussfähigkeit herstellen – über Klassendifferenzen hinweg, diese so aber nicht beseitigend, sondern viel eher reproduzierend. Ähnliches gilt auch für „Stadt für alle“. Denn was heißt das anderes als „Stadt für alle“, wenn auch wir, die Ausgegrenzten, einen Platz in der Stadt einfordern? Aber die Eigentumsverhältnisse garantieren ja gerade, dass es gar kein Recht auf irgendetwas anderes als Privateigentum geben kann, soll und darf. Und über unsere Armut sind wir von diesem Eigentum ausgeschlossen. Daher auch kein Recht auf Stadt für uns und auch keine Stadt für alle, solange das Privateigentum dominiert. „Die Schöne Stadt - Stadt ohne Eigentum“ halten wir dem entgegen. Häuser denen, die sie brauchen und Immobiliennutzung für menschengemäße Zwecke statt zur Spekulation. Vor diesem Hintergrund wird klar, wie wir in dieser Stadt wohnen wollen: Wir wollen in den Villen der Reichen unsere Konzerte veranstalten, wenn diese sich gerade in einem geilen Theaterstück über Gentrifizierung gruseln. Wir wollen die Villengegenden dieser Stadt sozial aufmischen: Gleiche Lebensverhältnisse vom Villenkiez bis in den Wedding. Nicht weil wir reiche Menschen hassen, sondern weil wir eine andere Gesellschaft wollen, in der die gehobenen Klassen sich in eine soziale Gemeinschaft einfinden, die auf herrschaftsfreier Basis gar keine Privilegien von Menschen über Menschen mehr bereit ist zu akzeptieren. „Recht auf Stadt“, als Parole vielleicht gut gemeint, geht an den realen Umständen und Anforderungen einer radikalen und außerparlamentarischen MieterInnenbewegung vorbei.

... und der Kontext im Großen.

6 Aus dem oben genannten resultiert für uns vor allem aber auch eines: Der Kiez, der Stadtteil, der Bezirk, die Stadt, sind begrenzte Felder der Veränderung. Das Modell einer neoliberalen Stadt ist nur im Kontext einer neoliberalen Welt begreifbar, die alles zur Ware macht. In

diesem Kontext müssen unsere Kämpfe eingebettet sein. Zum Teil läuft das in Bezug zu Griechenland oder auch zu Spanien am Beispiel der Zwangsräumungen.

Wir prognostizieren für die Zukunft einen Clash an sozialen Fragen. International und selbst in diesem weitestgehend als befriedet erscheinenden Land. Die Absicherung militanter Kämpfe auf internationaler Ebene muss auch in diesem Land stattfinden. Die luxuriöse Haltung vieler linker Gruppen, soziale Konflikte von außen zu beobachten und zu kommentieren, muss dringend aufgegeben werden. Wir sind aufgefordert, uns zu organisieren und nach Formen einer Organisation zu suchen, die sich gegen Infiltration behaupten kann, indem sie auf breite Erfahrung und Weitergabe von Erfahrung setzt, indem sie militante Aktionen als Teil ihres Bewegungsselbstverständnisses etabliert und diese Strukturen selber trägt. Die Weitergabe breiter Erfahrung, die Revolutionierung sozialer Auseinandersetzungen und auch ständiges kritisches Hinterfragen eigener militanter Perspektiven hinsichtlich des Zieles herrschaftsfreier Gesellschaften sind ein wichtiger Schutz gegen Manipulation und Steuerung von sozialen Kämpfen durch die Gegenseite. Gegen die Zersetzung von Bewegungen, auch von Innen heraus, sind die Abwehr der Herausbildung hierarchischer Strukturen sowie einzelner nicht autorisierter WortführerInnen/SprecherInnen Teil eines politischen Selbstverständnisses, das wir als Selbstverständlichkeit immer wieder einfordern wollen.

Die Orientierung an den Überflüssigen ...

7 Die sozialen Widersprüche, die sich für den ärmeren Teil der Bevölkerung ergeben: Den Umständen, unter denen diese dem Druck gegen Verarmung stand halten – von ausgegrenztem Subproletariat bis hin zu unterem Mittelstand und prekarierten ArbeiterInnen und Selbstständigen, d.h. selbständig Versklavten – muss mit einer Antwort begegnet werden, die die sozialen Konflikte revolutioniert. Mit Befriedungsangeboten ist in den Städten (und auch auf dem Land) nichts mehr zu holen, die Gegenseite befriedet gerade noch eine neue ökologisch-konservative Mittelstandelite, die ärmeren Schich-

ten werden in zwangsförmige und gleichzeitig entgarantierte Verhältnisse gepresst (Hartz IV). Die Aufstandsbekämpfung steht für den Fall bereit, dass sich die Unzufriedenheiten nicht spalten und gegeneinander aufsplitten lassen, die Vereinzelungen plötzlichen Momenten der Solidarisierung weichen und Brücken zwischen den verschiedenen Ausgegrenzten entstehen und bestehen bleiben, die neue Kämpfe ermöglichen.

... meint uns selbst ...

8 Die „privaten“ Lebensverhältnisse lassen sich politisch einordnen. Unsere eigenen „privaten“ Verhältnisse unterscheiden sich oft kaum von denen, die immer als die „Betroffenen“, die „normalen Leute, die wir erreichen wollen“, durch die Diskussionen geistern. Wir sollten uns überfälliger Weise von einem politischen Verhältnis lösen, das ähnlich einer akademisierten Mittelstandlinken nach Anknüpfungspunkten zu Betroffenen Ausschau hält, um ihre eigene identitäre, bzw. ideologische Politik damit abzustützen und zu rechtfertigen. Uns geht es nicht darum, Menschen für einen politischen Kampf zu instrumentalisieren und Events a la IL (Interventionistische Linke = linker Flügel der Sozialdemokratie) zu inszenieren. Eine militante Basisarbeit ist möglich – als „Betroffene“ mit anderen „Betroffenen“. Das Private ist Politisch. Es geht um Selbstorganisation statt Instrumentalisierung von „Betroffenen“, ohne sich zu DienstleisterInnen von anderen „Betroffenen“ machen zu lassen.

Inhaltliche Einbettung

9 Wir beziehen uns mit unserem Aufruf auf das „Sozialrevolutionäre Stadtumstrukturierungsprogramm – Der Zweijahresplan“ (Interim No: 707 von 2010 / <http://de.indymedia.org/2010/03/277065.shtml>), welches für uns in vielen Teilen explizit aktuell bleibt und woran wir mit unserer Veröffentlichung anknüpfen wollen. Unsere Differenzen sind nicht dergestalt, dass wir ihnen in diesem Papier einen nennenswerten Raum einräumen werden. Wir gehen aber davon aus, dass der Zweijahresplan einer strategischen Auffrischung bedarf. Darum wollen

wir die Ansätze einer sozialrevolutionären Perspektive zusammen bringen mit einem Grundverständnis einer revolutionären Organisierung gegen die gesamten Verhältnisse, gegen die wir uns richten. Wir glauben, dass obige Grundsatzzpositionen von allen politischen Fragen aus gedacht werden könnten – wie z. B. bei der Organisierung zu Antiatom, wo in der Castor-Organisierung ein Zusammengehen mit diversen Bevölkerungsschichten schon lange erprobt ist und von der Gegenseite mit einem dementsprechenden Bürgerkriegsmanöver beantwortet wird: siehe die Besetzungsszenarien anlässlich der Castortransporte. Wir können diese Organisierungsvorschläge auch an der Frage von Frontex und des kolonialen und rassistischen Verhältnisses zu Flüchtlingen und MigrantInnen anwenden.

Stadt als Kampfterrain, Eigentum und Sollbruchstellen

10 Wir schlagen vor, die Städte an der Frage von Mieten, Verdrängung und Armut zu einem Kampfterrain zu machen, das die soziale Frage von der Eigentumsfrage her aufrollt. Privates Eigentum konzentriert sich in den Händen weniger, ist gesetzlich geschützt und ist Grundlage für Kapitalanhäufung, also weiterer Ausbeutung und Umverteilung von unten nach oben. Wie man derzeit bei Zwangsräumungen schön sieht, wird das auch polizeilich abgesichert. Der Versuch, die Zwangsräumung zu verhindern, war ein Angriff auf die Selbstverständlichkeit von Privateigentum und Wohnen als Ware. Das war der revolutionäre Kern des Versuches, die Zwangsräumung zu verhindern. Das hat die Gegenseite sehr wohl begriffen – 800 Bullen mitsamt Hubschrauber sollten garantieren, dass ein in diesem Fall tatsächlich recht mickriger Vermieter sein „Recht“ behält. Es ging ums Prinzip. Dieses Prinzip Privateigentum und das darin verankerte Recht des Eigentums garantiert den Ausschluss der Besitzlosen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum. Es gibt Menschen, die können sich entscheiden, nicht zu mieten, sondern zu kaufen. Darunter gibt es viele, die sich als links verstehen – aber anscheinend die Trennung von politisch und privat problemlos in der eigenen Person vollziehen können, ohne beim Bau/Kauf

einer Eigentumswohnung an der politischen Widersprüchlichkeit zu zerbrechen. Indem sie auf Privateigentum setzen, werden sie zum Motor herrschender Verhältnisse und tragen dazu bei, die neoliberale Verwertungsmaschine am Laufen zu halten (Selbst eigengenutztes Wohneigentum hebt den Mietspiegel indirekt, indem es als „Wohnumfeldverbesserung“ eingerechnet wird). Einige haben ein schlechtes Gewissen und ziehen sich zurück. Wieder andere werden in der Mietwohnung, die sie bewohnen, vor die Wahl gestellt: kaufen oder ausziehen. Aus einer Situation der Hilflosigkeit und politischen Verzweiflung heraus versuchen sie, sich in ihrer Wohnsituation wenigstens individuell über den teuer erworbenen Eigentumstitel abzusichern. Dass diese Absicherung auf tönernen Füßen steht – siehe Spanien, die dort Zwangsgeräumten sind in der Regel Eigentümer, die aufgrund der Krise ihre Kredite nicht mehr bedienen können – steht auf einem anderen Blatt.

Die meisten jedoch wissen genau, diese Option (der Kauf/Bau von Eigentumswohnungen) besteht für sie gar nicht. Hier verläuft die Trennlinie zwischen den Klassen. Wer sich den Bau oder Kauf einer Eigentumswohnung nicht leisten kann, wer darüber hinaus mit der Mieterhöhung nicht mithalten kann, wem das Amt, auch trotz Job oder als Alleinerziehende, die Wohnung nicht mehr garantieren will, der/die muss entweder zusammenrücken, der/die spart am Essen, der/die muss wegziehen, ohne wissen zu können, wie lange er/sie dort „sicher“ ist. Hier sehen wir eine politische Tragödie, denn ein Teil der Linken bricht weg: entlang des Privilegs, sich Wohneigentum leisten zu können. Und in vielen Fällen beobachten wir nicht nur ein Wegbrechen (das ja, wenn sich die Illusion der Sicherheit des Privateigentums offenbart hat, rückgängig machbar wäre), sondern wir sind mit einem aktiven Seitenwechsel konfrontiert: Die neuen Eigentümer wehren sich offensiv gegen eine radikale Eigentumskritik. Ein besetztes Haus ist ein Angriff auf die Ordnung des Privateigentums (auch wenn irgendwann Verträge ausgehandelt werden). Der Kauf oder Bau einer Eigentumswohnung sind die Bestätigung dieser Ordnung.

Zwangsumzüge

11 Bei den Zwangsumzügen war es eindeutig vermittelbar, die Wohnung gehört doch auch dem und der, der und die darin wohnt. Die Ablehnung von Zwangsräumungen in der Bevölkerung war und ist eindeutig, den Nachteil auf der Ebene der Legitimität hatten eindeutig der Eigentümer und die ihm behilfliche Polizei. O-Ton des Einsatzleiters: Der Einsatz sei „rechtlich einwandfrei, moralisch fragwürdig“ gewesen. Gleichzeitig machte die Gegenseite zwischenzeitlich klar, dass sie bei Eigentumsfragen wie im Zusammenhang mit Mietschulden bereit ist, über Leichen zu gehen: Mittlerweile ist eine 67jährige unmittelbar in Folge ihrer Zwangsäumung gestorben.

Der Versuch eine Zwangsäumung zu verhindern, brach auch mit der Vorstellung, das herrschende Recht anzuerkennen – nicht als Floskel, sondern praktisch und als Perspektive. Diese Eindeutigkeit ist in aller Deutlichkeit wenig herausgestellt worden – aber das ist unsere Lernerfahrung damit. Das erklärt dann auch 800 Bullen, Hubschrauber und bewaffnete Zivis auf der Spontandemonstration. Nun geht es darum, das, was sich durch den Versuch, die Zwangsäumung zu verhindern, eröffnet hat, weiter zu denken. Was setzt das frei, in welche Richtung müssen wir denken und entsprechend handeln: Wenn es eine dauerhafte Praxis gäbe, Zwangsäumungen immer wieder zu verhindern, dann wäre doch auch der Schritt denkbar, eine juristisch korrekte Mieterhöhung/Modernisierung zu verweigern, und dann den öffentlichen Kampf aufzunehmen und durchzusetzen, in der Wohnung zu den alten Bedingungen wohnen bleiben zu können. Wer weiß, dass er/sie die Wohnung tatsächlich nicht mehr zahlen kann, der hat auch nichts mehr zu verlieren – und dieser Kampf kann dem Fall ähneln, den wir bei den Zwangsumzügen haben – dass juristisch alle Wege ausgeschöpft wurden und sowieso kein anderer Weg bliebe, als mittels einer Kampagne zu versuchen, in der Wohnung zu bleiben.

Und wenn wir schon beim Ausblick sind, wenn es mal eine/r gewagt hat, die Mieterhöhung zu verweigern, wagt es vielleicht der Nächste auch, oder gar ein komplettes Haus verweigert die Mietzahlung, um damit bewusst in einem

kämpferischen Verhältnis an die Öffentlichkeit zu gehen. Soweit wäre das eine Richtung, um die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen und an den Eigentumsverhältnissen zu rütteln. Aber dazu müssen vor allem die sozialen Bedingungen hergestellt werden.

Wir bleiben beim Beispiel der Zwangsumzüge: Hier gab es ein Gemisch aus NachbarInnen, Szene und KiezaktivistInnen, die miteinander verschmolzen und somit eine soziale Struktur herstellen konnten, um den Versuch zu wagen die Zwangsäumung zu verhindern. Das aber stellt sich nicht von alleine her, dafür muss man was tun und auch Offenheit mitbringen, um sich mit anderen auszutauschen, die nicht immer das gleiche im Kopf haben, wie man selbst. Aktive Stadtteilarbeit wurde längerfristig vorbereitet und traf sich mit einer bestehenden Infrastruktur. Szene, die nur Szene spielt, kann gar kein Angebot an andere Betroffene machen – entscheidend ist und bleibt, ob die Linksradiakalen sich mit anderen verbinden wollen, ob sie offen für andere sind. Wenn jetzt Autonome „Zwangsäumung verhindern“ als erfolgreichen Kampf sehen, übersehen sie oft die soziale „Arbeit“, die dem sichtbar gewordenen Kampf voraus ging. Es ist nach wie vor die Frage, wie sich linke Betroffene mit anderen Betroffenen organisieren. Von einander zu lernen ist eine beiderseitige Geschichte, auch wenn man selbst über einen anderen Erfahrungshintergrund in Kampagnenarbeit und militanten Projekten verfügt.

Wer soziale Kämpfe hin zu einer sozialen Revolte will, muss sich die Frage stellen, wieweit er/sie sich sozial auch anderen Menschen öffnet. Es geht nicht um irgendwelche Menschen sondern schlicht und einfach um die Besitzlosen als soziale Klasse, die sich aber in sehr unterschiedlichen Milieus und Zusammenhängen bewegen. Das können die NachbarInnen sein, das können Flüchtlinge sein, das können Menschen auf den Ämtern sein, die gegängelt werden – je nach politischer Schwerpunktsetzung und vor allem auch eigener Betroffenheit. Es wird nicht die „Szene“ sein, die die Eigentumsverhältnisse kippt. Das ist nur als ein sozialer Kampf möglich, mit anderen zusammen.

Militante Aktion als ein Baustein sozialer Kämpfe

12 An den sozialen Kämpfen können neue militante Initiativen entstehen und sich verankern, die – kontinuierlich angewendet – auch zu einer Ausweitung und zu einem Allgemeingut einer politisch militanten Bewegung werden können. Kleingruppen können mit niedrighwelligen Aktionen Erfahrungen sammeln und wachsen. Ziel dabei wäre, militante Aktionsformen zu entwickeln, die auf Verständnis in der Bevölkerung treffen, weil sie versteh- und nachvollziehbar sind und an die eigenen Lebensrealität anzuknüpfen verstehen. Sprühen, eingebettet in einer Kampagne wie z.B. „Zwangsräumungen gemeinsam verhindern!“, ist verständlich. „Miete verweigern, Kündigung ins Klo, Hausbesetzung sowieso!“ entspricht einem subkulturellen, und auch vor sich selbst nicht eingelösten Anspruch und Hintergrund, der nicht mal mehr die eigene Szene mobilisiert. Die Codes der eigenen Identitätspflege stehen der sozialen Organisation mit anderen Menschen im Wege.

Begleitend zu diesen sozialen Kämpfen kann es auch Formen der Aktion geben, die der Wut einen Ausdruck verleihen, und womit sich viele Menschen identifizieren können. Militanz kann auch die Funktion haben, zum Ausdruck zu bringen, dass wir uns den Verhältnissen unversöhnlich gegenüber stellen, und kann als akzeptierter, respektierter und integrierter Teil einer Bewegung dafür sorgen, dass diese nicht so leicht reformistisch vereinnahmbar ist. Das kann z.B. heißen, Investoren zu besuchen und/oder sie mit Adressen und allem Drum und Dran öffentlich anzugehen, ihre Büros oder ihre Reproduktionsorte zu verwüsten, Baumaschinen und Neubauten von Eigentumswohnungen und Geschäftsgebäuden vor ihrer Inbetriebnahme schwer zu beschädigen oder zu zerstören, an der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen beteiligte Firmen in den Ruin zu treiben, Luxusautos, Zwangsumzugsspeditionen, Baukonzerne und ihre Sicherheitsfirmen abzufackeln und und und ...

Unsere Städte verlören dann den Charakter risikofreier Investitions- und Wirtschaftsstandorte, den sie durch die Imagepolitik der neoliberalen

Stadtentwicklung verliehen bekommen haben. Neben dem Sachschaden ist auch der Imageschaden durch massive militante Kampagnen nicht zu verachten, wenn sich über die Stadtgrenzen hinaus herumspricht: Es ist zu riskant, dort zu investieren. Und der Schaden ist um so größer, wenn Prestigeprojekte angegriffen werden. Berlin hat ein idiotisches Stadtschloss zu bieten, Hamburg die Elbphilharmonie – überall gibt es derartige unsoziale Prestigeprojekte, deren Beseitigung auf mehr als nur klammheimliche Sympathie stoßen würde. Diese Prestigeprojekte werden auf Kosten von Jugend, Sozialem, Bildung etc. durchgesetzt. Solche Prestigeprojekte sind auf den Knochen der Armen gebaut. Die Blockade solcher Prestigeteile kommt z.B. den Armen zu gute. So bewirkten die kontinuierlichen Angriffe durch militante Aktionen auf das Carloft, dass nicht nur dessen Image geschädigt wurde, sondern die ganze Geschäftsidee in dieser Stadt ihre Attraktivität verlor.

Sehen wir den Tatsachen in die Augen: Wenn wir verhindern wollen, dass wir weiter aus der Stadt vertrieben, dass unsere sozialen Netze weiter zerrissen werden, dass immer mehr hungern, weil wir oder FreundInnen oder NachbarInnen beim Essen sparen müssen, um die Miete zu bezahlen, wenn wir eine solidarische Welt wollen - dann kommen wir um Aufstand und Revolution nicht herum. Breit organisiert und verankert, mit allen uns zur Verfügung stehenden Optionen an Widerstandsmöglichkeiten.

Sorry Leute, aber so sieht's aus. Darum wird es die nächsten Jahre gehen. Wenn nicht, dann wird es nicht schöner.

Referat für verhinderte Aufstandsbekämpfung - pünktlich zur Walpurgisnacht und dem 1. Mai 2013

Die Freiheit die wir meinen....

Nicht nur um den 1. Mai benutzen wir bewusst Wörter wie „soziale Revolte“ und „Freiheit“, um unser Verlangen beschreiben zu können und unserem Kampf Ausdruck zu verleihen. Dieser Text beschäftigt sich mit dieser Freiheit und der Art und Weise, wie wir für sie kämpfen werden und wie nicht. Es kann als ein Input in die Diskussion rund um das Verlangen nach einer anarchistischen Präsenz am 1. Mai (aber nicht nur) gesehen werden. Erstveröffentlicht wurde der Text in der ersten Ausgabe der „Publikation“, Mai 2013.

Die Freiheit die wir meinen.....

Im Folgenden sollen ein paar Gedanken in den Raum geworfen werden, die sich um den Begriff der Freiheit drehen. Anlass dafür sind die immer wieder aufkommenden Fragen um dessen oftmals plakative Verwendung in Publikation oder in Diskussionen.

In diesen Gedanken soll es aber nicht nur um die Freiheit als solches gehen, sondern auch um Formulierungen wie „frei sein“.

Der Text ist keine akademische Abhandlung darüber, woher und wie dieses Wort in unseren Sprachschatz gelang, sondern in wie fern wir diese zwei Silben in unserem Alltag benutzen und definieren, bzw. wie uns eine vermeintliche Definition aufgedrückt wird, beispielsweise durch die Medien, die Politik und die Wirtschaft. Ein subjektiver Versuch das Wort mit Inhalt zu füllen, Beweggründe über dessen Gebrauch im Hier und Jetzt als AnarchistInnen darzulegen und sich mit der „Freiheit“ als Utopie, Hoffnung und als Umstand bestehender, bzw. noch zu erschaffender sozialer Gebilde auseinander zu setzen.

Wie uns eine kapitalistische Freiheit anezogen wird

Es sind Redensarten wie „die Freiheit nehme ich mir“, die uns vermitteln sollen, dass Freiheit durch einfachste Mechanismen und Prozesse entstehen kann. Als ein Zustand von individueller Erfüllung und Verwirklichung. In jeglichen Gesellschaften, die auf Konkurrenz und Wett-

bewerb aufgebaut sind streben die Menschen danach der oder die Erste zu sein, um sich in diesen Zustand zu versetzen. Die Karriereleiter könnte bei Einigen nicht schräg genug an der Fassade des Kapitals gelehnt sein, denn individuelles Glück und Leid hängt in dieser sterilen Umgebung hauptsächlich von Geld, Waren und von dessen Austausch ab. Die modernen Träume dieser rottenden Gesellschaft werden durch Schecks, Kreditkarten und anderen Zahlungseinheiten verwirklicht. Eine Illusion entsteht in der man denkt, dass man frei ist, sich alles zu nehmen was man will, solange man nur eine entsprechende Summe auf den Tisch legt. Strebe nach mehr und du wirst mehr Freiheit erlangen. Hierbei wird diese Freiheit recht schnell - und ohne große Analyse - mit dem Wort „Möglichkeit“ oder Angebot gleich gesetzt. Möglichkeiten die dir neue, unerschlossene Türen öffnen und dir das Gefühl von Erfolg vermitteln.

Das diese Freiheit aber nicht vom Individuum erschaffen wird, ist spätestens dann ersichtlich, wenn man zur Einsicht kommt, dass sie eine rein wirtschaftliche, von Gütern und Zahlen beherrschte Freiheit ist. Es sind die Zahlen auf dem Arbeitsvertrag oder dem Bescheid vom Arbeitsamt. Zahlen auf dem Konto oder auf den Münzen und Scheinen in deiner Hosentasche, die bestimmen, welche Freiheit dir in diesen Tagen – wirtschaftlich betrachtet – zusteht.

Diese Freiheit ist aber immer bloß ein Etappenziel und wägt man sie ab, ist sie jedes Mal wenn man glaubt sie sich durch Waren und Güter erfüllt zu haben, gleich gewichtig zu all den anderen käuflichen Freiheiten. Und, je mehr man diese Freiheit versucht zu erlangen, desto mehr schränkt man die eines anderen Menschen ein. Lassen wir uns auf diese materielle Freiheit mit samt ihrer Logik ein, müssen wir uns selbst auch an die Nase greifen, denn dieser Kreislauf ist eine Gefüge basierend auf Abhängigkeit. Wir konsumieren und kaufen, weil manche Sachen schlicht nicht anders zu Verfügung stehen, oder uns zu viel Kraft rauben könnten, würden wir sie uns anderweitig besorgen. Hier sei das Prinzip des Wohnungsmarktes, der „kleinen Investitio-

nen“ unseres Lebens und all der anderen Abhängigkeiten zwischen uns und der Welt der Waren erinnert, wie auch an die logischen Konsequenzen dessen: Wettbewerb und Leistungszwang. Das Verlangen nach Freiheit und dessen Verwirklichung durch Waren ist also ein rein kapitalistisches Prinzip, in dem Glück und Leid dicht neben einander liegen.

Überdenkt man diese beschriebenen Abläufe, ist der Übergang zu dem entscheidenden Faktor, dem Konstrukt des Staates, fließend. Er bestimmt nicht nur die wirtschaftliche Freiheit, sondern auch unsere grundlegenden Umstände. Diese im Näheren betrachtet sind weder durch unser Handeln, noch durch unseren Einsatz entstanden. Wir haben irgendwie gelernt mit ihnen zu leben, sie zu akzeptieren, denn sie wurden uns in die Wiege gelegt.

Oft wird davon geredet, dass Freiheiten erkämpft werden mussten. Gemeint sind aber wohl eher die Rechte, die uns in der bestehenden Ordnung zustehen. Das ist erst einmal grundlegend kein Fehler, denn ja, historisch gesehen würden viele gesellschaftliche Zusammenschlüsse nicht so existieren, hätten sie nicht gekämpft, ihre Missstände auf die Straße getragen und jene angegriffen, die sie unterdrückten oder gar vernichten wollten.

Es ist wohl eher ein Missverständnis, denn eine Gesellschaft oder ein Staat weiß, dass Kompromisse und Verhandlungen notwendig sind, um funktionieren zu können. „Unsere“ Rechte sind durch Vereinbarungen entstanden und fundamental von Moral und Werten geprägt. Diese Vereinbarungen sind nicht im Kampf entstanden, sie sind der Minimalkonsens zum Überleben, der nur solange legitim ist, wie ihn ein Staat für brauchbar hält und solange er ein Gefühl von Sicherheit und Wohlstand schaffen muss. Es ist der soziale Frieden innerhalb der Gesellschaft, der einen reibungslosen Ablauf garantiert und einzig und allein durch die Herrschenden festgelegt wird.

Ein fatales Unterfangen, dem wir leider zu oft beiwohnen, denn der Zustand eines sozialen Friedens ist für viele natürlich angenehmer, als der des sozialen Krieges.

Die Massenmedien, wie wir sie als integralen

Bestandteil dieses kapitalistischen Systems begreifen, geben dem Ganzen den letzten Schliff. Sie sind ein bestimmendes, polarisierendes – und keinesfalls freies – Werkzeug, das dir den Glauben schenkt, Teil einer freiheitlichen Gesellschaft zu sein. Du siehst die Bilder anderer Regionen, anderer Länder und es schleicht sich der Gedanke ein, dass du hierzulande ein größerer Spielraum inne hast, bzw. dass dir mehr Freiheit, ein größeres Angebot zur Verfügung steht. Dies ist dann kein Missverständnis mehr, sondern ein grober Fehler.

Die Wahrung des sozialen Friedens ist wie das Pflegen eines Kaktus': Selbst der schlechteste Gärtner weiß ihn am Leben zu halten.

In einem Staatengebilde gibt es die unterschiedlichsten Arten, wie eine solche Freiheit oder Unfreiheit zum Ausdruck kommt. In einer Diktatur werden die Wege, die du gehen sollst, doppelt kontrolliert und dein Handlungsspielraum enorm eingeschränkt. Du wirst bewusst an der kurzen Leine gehalten, damit du immer vor Augen hast, wo deine Grenzen liegen. Gerade weil die Lebensumstände innerhalb einer Diktatur so menschenverachtend sind, haben sie doch dadurch etwas sehr Positives inne: Du weißt ganz genau wer der Feind ist und wo du ihn angreifen kannst. Die Fronten sind klar, da der soziale Frieden schlichtweg nicht existiert. Im Vergleich ist die westliche Demokratie oder etwa eine liberale Gesellschaft scheinbar das Gegenteil. Du kannst durch Wahlen entscheiden, wer dich repräsentiert und regiert, du kannst auf Reisen gehen, ein Grundeinkommen bestreiten und und und. All die Rechte eben, die dir schmackhaft gemacht werden, in dem dir gesagt wird, du hättest für sie gekämpft.

Im gleichen Atemzug kannst du aber auch auf all dies verzichten. Du kannst es boykottieren, dich dem Ganzen entziehen und in einer Subkultur, einer Parallelgesellschaft leben. Selbst das kannst du tun, ohne dass der Staat ein Problem damit haben wird. Denn, du bist das Individuum, das sich seine individuellen Freiheiten einräumt und kein ernsthafter Gegner des gesellschaftlichen Zusammenspiels. Es ändert auch nichts, ob deine Subkultur vom Staat komplett

abgekoppelt ist. Der Staat lässt es dich tun. Es macht für ihn keinen Unterschied, er wird es dich nur ab und an spüren lassen, dass du immer noch Teil seiner Struktur bist, beispielsweise durch Repression.

Ob er dich an der kurzen Leine oder an der langen Leine hält ist im Grunde nicht der Rede wert und sollte nicht Ausgangspunkt für unser Handeln sein. Wichtig ist die Tatsache, dass du an der Leine und nur so frei bist, wie dich das kontrollierende Organ frei sein lässt. Oder um es mit allgemein bekannten Worten auszudrücken: Bewegst du dich nicht, spürst du auch deine Ketten nicht.

Allein die Tatsache, dass der Zustand des „frei sein“ abgestuft wird, ist absurd. Es gibt nur frei und unfrei.

Demokratatur

Die Gewalt die du in einer Diktatur stärker spüren wirst, oder die in einer Demokratie eher subtil angewandt wird, geht immer von jenem Staat aus, da er das Monopol dessen inne hat. Er verwaltet, richtet und entscheidet. Seine VerteidigerInnen, jene, die kontrollieren in welchem Rahmen du dich bewegst, sind die Autoritäten, gehüllt in die unterschiedlichsten Kleider. Die der Gerichte, der Bullen, der Ämter, der Zubringer derer, also jene, die deren Maschinerie am Laufen halten.

Gesellschaftliche Freiheiten, wie sie uns präsentiert werden, sind institutionalisiert, begrenzt und dadurch auch immer ungleich verteilt. Diese Freiheit hat viel mit Macht zu tun, aber gleichzeitig ist sie nicht das Privileg der Mächtigen. Sie wird reproduziert in unser aller Köpfen, denn sie ist - ganz banal gesagt - bürgerlich. Der oder die BürgerIn hält diesen Mechanismus am Leben, genau wie es etwa der Bulle oder der Staatsanwalt tut, nur um am eigenen Lebensstandard nichts einbüßen zu müssen. Allein die Kompetenz und Intensität mag unterschiedlich sein.

Zurück zur Frage der Freiheit stellt man doch eine minimale Vereinbarung bezüglich dieser fest: Deine Existenz, hinsichtlich deiner Verwert-

barkeit. Wir selbst können da selbstverständlich nur aus einem westeuropäischen Kontext sprechen. Bewegen wir uns außerhalb dieser Festung, gelten ganz andere Regelungen, die einem selbst diese Existenz absprechen.

So viel zur staatlichen Freiheit, den Menschenrechten und der Besessenheit Einiger, diese verteidigen zu müssen.

Entzug und Isolation

Mit den staatlichen Freiheiten verhält es sich auch so, dass sie dir wieder genommen werden können, missachtest du die Bestimmungen und Gesetze. Freiheitsentzug ist der juristische Begriff, gemeint ist Knast, gesellschaftliche Isolation und Ausschluss. Welch Absurdität, denn wie soll man eingesperrt lernen, die Freiheit ehren? Und vor Allem: Welche Freiheit? Primär sind es doch Funktionen, um den Menschen gefügig zu machen und ihm in den vorgeschriebenen Bahnen zu halten.

Der Entzug der körperlichen Freiheit und dessen Prinzip ist aber auch übertragbar, beispielsweise auf den Entzug von Waren. Dein Lebensstandard, dein Status sinkt, je mehr dir deine gewonnenen wirtschaftlichen Freiheiten entzogen werden. Auch da sind Ausgrenzung und Isolation die Konsequenz. Wir können es drehen und wenden. Der Staat und seine Freiheiten sind Pseudo-Freiheiten. Falsch, verlogen und fremdbestimmt.

Eine Lösung dieses Konflikts schwebt uns hier nicht vor. Wir haben keine Antwort darauf, wie es möglich wäre einen Staat zu erschaffen, der die Freiheit aller Individuen repräsentiert und möglich macht.

Es ist auch völlig nebensächlich, dass spätestens jetzt Stimmen einiger Reformisten aufschreien, sie hätten Konzepte der wahren Demokratie gefunden, sie wüssten eine Staatsform, die einem die Freiheit einräumt, denn in jedem Falle – und dies nicht nur weil uns dieser Reformismus mehr als nur einmal auf die Füße gefallen ist - sprechen wir einem solchen Gebilde, sei es demokratischer oder diktatorischer Natur, jegliche Existenz ab.

Staat und Freiheit sind nicht vereinbar. Basta. Diese Freiheit nehmen wir uns raus....

Brot und Freiheit

Lasst uns für einen Augenblick die hiesigen Breitengrade verlassen und unsere Aufmerksamkeit auf die aktuellen Kämpfe in Nordafrika richten. Militäreinheiten kontrollieren die Straßen und liefern sich blutige Schlachten mit den Revoltierenden, den Aufständischen, obwohl uns durch die Medien vermittelt wurde, dass eine Demokratie Einzug hielt. Eine Demokratie, die den Glauben an ein besseres Leben vorgaukelte, allein durch den unbekanntem, süßlichen Klang des Wortes und seine viel umworbene Bedeutung. Eine Demokratie, die vermischt mit religiösen Werten und Moral - die nicht von allen Schichten getragen wird - an die Tragödie der Unterdrückung nahtlos ansetzt. Die Wahl der Mittel im Kampf gegen diese Unterdrückung kann so unterschiedlich sein, wie die Vorstellung nach dem was nach einem Aufstand kommen könnte. Tatsächlich sind es nicht vordergründig die Forderungen nach Demokratie oder nach einem Staat, der den Alltag wieder in Gang setzt, sondern Ausrufe wie „Brot und Freiheit“, welche die Kämpfenden eint. Ein Phänomen, denn das Eine, das Brot, scheint uns realer, als das Andere, die Freiheit.

Das ist natürlich eine Frage der Interpretation, denn Brot kann eine Metapher für die menschliche Existenz sein, für das lebenswichtige Rad im Getriebe des Lebens und Freiheit wiederum das Begehren nach einem Miteinander, einer Gesellschaft, in der Gleichheit, Würde und Respekt essentiell sind.

Ist dieses Verlangen nicht phänomenal, bestreitet man doch einen unbekanntem Weg?

Ein Experiment, dessen Durchführung niemals zum Scheitern verurteilt sein kann, denn es ist ja ein Experiment, aus dem nur wertvolle Erfahrungen und Begegnungen entstehen können.

Man weiß ja nicht, wie es sich anfühlt frei zu leben. Es ist eine Utopie, eine Hoffnung und ein Verlangen nach einem Zustand, den man so noch nicht erlebt hat. Die Neugier und der Mut ihr nachzugehen, ist das, was uns fasziniert und uns gespannt dort hinschauen lässt, denn wir stehen vor einer ähnlichen Frage.

Wir wissen nicht was es heißt, frei zu sein.

Die Freiheit ist ein unerforschtes Areal, dessen Berge und Täler nicht klar und deutlich auf der Karte verzeichnet sind.

Der Weg zur Freiheit ist viel unerschlossener und unreglementierter ohne ein Staategebilde. Kollektiv und selbstbestimmt können wir uns vielmehr auf das Glück und Wohlbehagen fixieren, als wenn wir dies als Individuen dem Staat überlassen. Letzterer ist durchzogen von Macht, Korruption und Verteidigung der Interessen derer, denen das Konstrukt nützt. Das wissen wir - nicht nur weil wir AnarchistInnen sind - und dadurch wird das Phänomen, also dieses experimentieren mit der Freiheit, recht paradox, weil die Staaten, trotz all diesem Wissen, in „bester“ Verfassung sind.

Vielleicht ist dies der Angst und dem fehlenden Selbstbewusstsein der Menschen, ihre Angelegenheiten selbst klären zu wollen, verschuldet. Vielleicht unterschätzen wir uns auch. In jedem Falle ist es doch der Fehler jenen Kompromiss einzugehen: Du bestimmst die Vertreter, gibst deine Verantwortung an meist unbekanntem Menschen ab, nur um dich nicht mit dieser beschäftigen zu müssen.

Nichts Neues, ein Ideal in keinster Weise. Es ist ein Spektakel, dem wir uns schleunigst entledigen sollten.

Weder Fordern noch Glauben

Nur weil dieser Text sich nun langsam dem Ende nähert, heißt das nicht, dass nun die Zeit wäre Lösungen und Ansätze darzulegen, die aufzeigen könnten, wie wir die Freiheit erreichen. Das ist nicht Sinn und Zweck dieser Zeilen und auch nicht die Art, wie wir an die Dinge herangehen sollten.

Ach ja, und „Wir“, das sind nicht etwa nur wir AnarchistInnen, sondern all die, deren Verlangen nach Freiheit erst dann befriedigt sein kann, wenn unsere Leben wieder völlig angeeignet sind.

Entgegen der Repräsentation, der Hierarchie, des Patriarchats – des Staats.

Das Beispiel aus Nordafrika ist aus einem entscheidenden Grund gewählt worden:

Während wir uns in unterschiedlichsten Kämpfen wiederfinden, uns immer wieder aufs Neue organisieren, diskutieren, wie die Auseinandersetzungen geführt werden sollen, unsere Widersprüche hinterfragen und uns von anerzogenen Rollen versuchen zu lösen, zirkulieren wir doch immer um die eine Frage:

Verlieren wir uns in aktivistischen, symbolischen Handlungen – die zwar Selbstbewusstsein, Stärke und ein Gefühl der Kollektivität versprühen – oder erreichen wir Zustände, die WIR, und zwar nur WIR, kontrollieren und bestimmen, ohne das ein Staat oder jegliche ähnlich strukturierte Institution Einfluss nimmt?

Verschwenden wir unsere Energien in Forderungen nach etwas, dessen Umstände wir ungefähr kennen oder erfahren haben – Demokratie könnte solch ein Umstand sein - oder kämpfen wir für das Unbekannte, ja vielleicht das Unfassbare?

Es ist an der Zeit unsere Kämpfe mit einem Inhalt zu füllen, der entgegen der Logik des Machbaren spielt. Würde, Freiheit und Konsequenz sind große Worte, deren Gebrauch sich allzu oft nicht getraut wird. Warum eigentlich?

Haben wir Angst vor ihrer Größe und ihrer Unnahbarkeit?

Es sind doch genau diese Wörter, die es erst möglich machen eine Struktur, eine Gesellschaft zu schaffen, auf der alles Andere, für das wir im Hier und Jetzt schon fast besessen einstehen, entstehen kann. Wir manövrieren uns durch all die Grabenkämpfe, um dann hohe Mauern errichten zu können, hinter deren Türen wir in unseren bunten Kostümen unserer Identitäten errungene Teilerfolge abfeiern.

Was nützt uns der Respekt, die Toleranz und die Gleichheit Aller, wenn wir nicht frei sind?

Wenn wir nicht frei sind, selbst zu entscheiden, wen und was wir respektieren und tolerieren, machen diese doch keinen Sinn mehr.

Es sind Fragen die das Ende dieses Textes einleiten und es werden Fragen sein, die uns auf dem Weg zur Freiheit sicher noch oft genug den Kopf zerbrechen werden. Lasst uns nicht in altbekannte Muster fallen, die diesen Fragen bewusst ausweichen. Was auch immer wir tun,

wir werden nicht frei von Widersprüchen und Gegensätzen sein, wichtig ist nur, dass wir uns diese selbst zu Schulden kommen lassen, deren Reflektion in die eigenen Hände nehmen und immer ein Auge auf die herumlungenden Hunde haben.

Jene, deren lange Leinen uns des Öfteren im Wege liegen und uns schon fast zum stolpern einladen.

Anarchistinnen

*„Wir verlangen nichts, weil das was wir wollen,
das Ende einer Welt ist, wo wir nicht alles haben können.“*